Magazin für das Programm „Lernen vor Ort“

vor Ort

12

Juni 2013

Fallbeispiele:

Kreis Lippe
Stadt Leipzig
Stadt Trier
Stadt Herne
Landkreis Osnabrück
Heidekreis
Landkreis Mühldorf a. Inn
Stadt Mannheim
Stadt Frankfurt a.M.

Werkstattbericht

Die Koordination von Familienbildung und Elternarbeit als Aufgabe des Bildungsmanagements auf kommunaler Ebene

www.lernen-vor-ort.info

LernenvorOrt
Eine gemeinsame Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung mit deutschen Stiftungen

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

seit dem Jahr 2009 haben 40 Kommunen im Rahmen des BMBF-Programms „Lernen vor Ort“ daran gearbeitet, ein integriertes datengestütztes Bildungsmanagement auf kommunaler Ebene zu etablieren, an dem alle wesentlichen Bildungsakteure vor Ort beteiligt sind.

Mit Beginn der zweiten Förderphase im September 2012 haben sich 35 dieser Kommunen auf den Weg gemacht, die entwickelten Ansätze zu verstetigen und für einen Transfer in den ungeförderten Raum aufzubereiten.

Mittlerweile sind viele konstruktive und zukunftsweisende Ansätze entstanden, die einem breiteren Publikum zugänglich gemacht werden sollen. Dies geschieht durch die Werkstattberichte „vor Ort“, die von zahlreichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den „Lernen vor Ort“-Kommunen, unterstützt durch Expertinnen und Experten aus den verschiedenen Fachgebieten, verfasst wurden und beispielhafte Entwicklungsansätze und Zwischenstände aus dem Programm „Lernen vor Ort“ darstellen.

Für die Fortführung der gemeinsamen Arbeit zur Weiterentwicklung der Managementmodelle und einer nachhaltigen Umsetzung wünschen wir allen am Programm beteiligten Kommunen weiterhin gutes Gelingen und viel Erfolg.

Bonn im Juni 2013

Programmstelle „Lernen vor Ort“

Mehr Infos:
www.lernen-vor-ort.info

Inhalt

Koordination von Familienbildung und Elternarbeit in der Kommune [3] Einleitung [3] Problemlage [4] Aufträge an die Koordinierung [5] Tätigkeiten der Koordinierung [11] Kompetenzanforderungen [13] Unterstützung durch das Bildungsmonitoring [14] Netzwerkkoordination und Kooperation im Rahmen des Bildungsmanagements auf kommunaler Ebene [15] Verständnis von Kooperation und Netzwerken [16] Kooperations- und Netzwerkformen [17] Koordination der Akteure zur zielgruppenspezifischen Ansprache entlang der Lebensphasen [28] Differenzierung zwischen Stadt und Land [29] Modelle zur Zielgruppen-definition [30] Themenbezogene Charakteristika der Lebensphasen: Das Lebensphasenmodell [32] Heraus-forderungen und Ansatzpunkte für die Koordinierung [33] Verweise [46] Anhänge [47]

Werkstattbericht

Im Rahmen des Bundesprogramms „Lernen vor Ort“ haben 27 Kommunen das Themenfeld „Familienbildung und Elternarbeit“ als eine thematische Schwerpunktsetzung benannt. Die gewonnenen Erfahrungen bei der Koordinierung thematischer Aktivitäten im Rahmen des datenbasierten Bildungsmanagements auf kommunaler Ebene sind Gegenstand des vorliegenden Berichts und beziehen sich auf die Erfahrungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kommunen zur Koordinierung im Handlungsfeld „Familienbildung und Elternarbeit“.

Dieser Werkstattbericht kann Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus Bildungsbüros („Bildungsmanagerinnen und Bildungsmanagern“) Anregungen und Hinweise für die eigene Arbeit geben. Behandelt werden zentrale Fragestellungen, die unter Einbeziehung der kommunalen Verantwortungsträger beantwortet werden müssen, wenn Aktivitäten im Themenfeld Familienbildung und Elternarbeit dauerhaft kommunal koordiniert werden sollen.

Im Fokus: Rahmenbedingungen für datenbasierte Koordinierung auf kommunaler Ebene
Durch die Erläuterung des erweiterten Bildungsbegriffs soll zunächst ein gemeinsames Verständnis für die Notwendigkeit der Koordinierung von Aktivitäten im Bereich der Familienbildung und Elternarbeit im Rahmen des Bildungsmanagements auf kommunaler Ebene hergestellt werden. Auf dieser Grundlage werden die zentralen zu klärenden Fragestellungen der Beauftragung, Verortung und des inhaltlichen Aufgabenzuschnitts dieser Koordinierung diskutiert. Daran schließt sich eine Beschreibung der durch die koordinierende Einheit zu leistenden Tätigkeiten und der an sie gestellten Kompetenzanforderungen an. Die grundlegende Unterstützungsfunktion bei der Koordinierung thematischer Aktivitäten durch das Bildungsmonitoring wird am Ende des Kapitels dargestellt.

Im Fokus: Netzwerkkoordination und Kooperationen im Rahmen des Bildungsmanagements
Wichtiger Bestandteil der Arbeit der koordinierenden Unterstützungseinheit ist die Begleitung und Koordination von Netzwerken und das Schaffen von Grundlagen für Kooperationen. Nach einer einleitenden Erläuterung zum Verständnis der Begriffe Netzwerk und Kooperation werden im zweiten Kapitel unterschiedliche Kooperations- und Netzwerkformen dargestellt und anhand von Beispielen aus vier Kommunen beschrieben, wie Netzwerke und Kooperationen im Rahmen des Bildungsmanagements auf kommunaler Ebene aufgebaut und begleitet werden. Schlussfolgerungen für die Koordination sowie eine Checkliste mit zu beachtenden Fragestellungen schließen das Kapitel ab.

Im Fokus: Koordinierung der Akteure zur zielgruppenspezifischen Ansprache
Ziel der koordinierenden Unterstützungseinheit ist unter anderem, die Handlungen mehrerer Personen und Systeme im Themenfeld Familienbildung und Elternarbeit zusammenzubringen, sodass ein Nutzen für alle Beteiligten und vor allem ein Mehrwert für die Zielgruppen entsteht. Insofern ist es Aufgabe der koordinierenden Einheit, eine Akteure und Institutionen übergreifende Zusammenarbeit mit dem Ziel einer verbesserten Zielgruppenansprache zu koordinieren.

Welchen aus der Praxis heraus entwickelten Instrumenten sich die Koordination dabei bedienen kann, wie es gelingt, einen systematischen Überblick über die Zielgruppen und adäquate Formen der Erreichbarkeit zu gewinnen und welche Herausforderungen mit dem Koordinierungsprozess verbunden sind, ist Gegenstand dieses Kapitels.

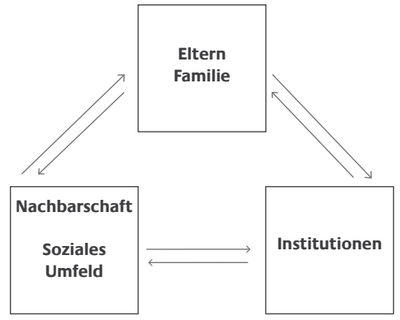


Abbildung 1:
Die Bedeutung der Familie im Bildungsprozess

Die drei wesentlichen Einflussfaktoren auf den individuellen Bildungserfolg im Wechselspiel. Entwurf auf Grundlage von Häussermann et al. (2010) [1]

1. Koordination von Familienbildung und Elternarbeit in der Kommune

Autorinnen und Autoren: Dr. Susan Arnold, Stadt Leipzig; Manfred Becker, Stadt Trier; Christine Etterich, Stadt Frankfurt am Main; Jürgen Haarstick, Heidekreis; Petra Sievers, Stadt Herne

1.1 Einleitung

Bildung und Lernen finden in allen Lebensphasen und an vielfältigen Orten statt. Der Bildungsbegriff umfasst nicht nur die Bildungsprozesse in Institutionen und mit formalen Abläufen. Es stehen vielmehr ein erweiterter Bildungsbegriff und die Erkenntnis im Mittelpunkt, dass Bildung über alle Lebensphasen hinweg nahezu immer und überall stattfinden kann.

Die Bildungsprozesse werden dabei von verschiedenen Faktoren beeinflusst. Die drei wesentlichen äußeren Einflussfaktoren auf die individuelle Bildungsbiographie sind: Eltern und Familie, Nachbarschaft und soziales Umfeld sowie Institutionen (siehe Abbildung 1).

Das Wohlbefinden und die Entwicklungschancen eines Kindes liegen in der Regel in den Händen der Eltern. Kinder und Jugendliche lernen von Anfang an in und von ihren Familien, daher haben Eltern einen wichtigen Einfluss auf die Bildung ihrer Kinder. Hier werden alle grundlegenden sozialen Kompetenzen entwickelt, sprachliche Fähigkeiten aufgebaut, Bildungsaffinität gestärkt, Freude an kulturellen Angeboten geweckt und begleitend die formalen Bildungswege unterstützt. Familie ist, im Sinne eines erweiterten Bildungsbegriffs, ein zentraler Lernort von hoher Bedeutung.

Die Familien werden in ihren Funktionen und zur Bewältigung dieser Aufgaben durch Familienbildung und Elternarbeit unterstützt. Deren Ziel ist es, ihre Beziehungs- und Erziehungsfähigkeiten so zu entwickeln und zu stärken, dass sie die Entwicklungschancen ihrer Kinder bestmöglich nutzen und ihre Kinder bei deren Bildungsbiographien positiv begleiten können.

Familienbildung und Elternarbeit sind wesentliche Bausteine bei der Gestaltung einer kohärenten Bildungslandschaft und ihre Koordination ist eine grundlegende Aufgabe für die Kommunen. Sie sollten auf der Grundlage eines abgestimmten Akteure und Institutionen übergreifenden Verständnisses stehen. Daran können sich Planungen orientieren oder gemeinsame Strategien und Konzepte entstehen. In den Prozess sollten sowohl die Verwaltung als auch die relevanten externen Partner einbezogen werden (vgl. BKJ et al. 2002 [2]).

Wenn es eine Familienförderungsstrategie in der Kommune gibt bzw. diese entwickelt wird, sollten die Schnittstellen zur kommunalen Bildungsstrategie definiert und gestaltet werden. Daran anknüpfend kann die Kommune zum Beispiel Koordinierungsaufgaben im neuen Bildungsfeld übernehmen. Im Mittelpunkt einer solchen kommunalen Bildungsplanung stehen die individuelle Bildungsbiographie und die Bedingungen des Aufwachsens.

Voraussetzung ist eine Verständigung über den Bildungsbegriff auf der kommunalen Ebene. In der Kommune sollte es eine politische Willensbekundung geben, sich für verschiedene Bildungsaspekte zu öffnen.

1.2 Problemlage

Familienbildung richtet sich an Erziehende (Mütter, Väter, andere Erziehungsberechtigte und junge Menschen) und Kinder bzw. Jugendliche. Wie der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge [3] betont, sind daher nicht nur als problematisch definierte Zielgruppen wie Familien in sozialen Problemlagen oder alleinerziehende Familien gemeint, sondern: Alle Familien können einen Bedarf an Familienbildung haben.

Die Kommune selbst ist ein starker Partner in den Bereichen Familienbildung und Elternarbeit: Familienbildung ist eine Pflichtaufgabe nach SGB VIII. Im Rahmen der §§ 79 und 80 SGB VIII haben das Jugendamt und das Landesjugendamt die Planungsverantwortung. Durch die Länder werden gemäß § 16 Abs. 4 SGB VIII die näheren Regelungen vorgegeben: „Das Nähere über Inhalt und Umfang der Aufgaben regelt das Landesrecht." Die Länder stellen finanzielle Ressourcen für den Aufbau von Familienbildung zur Verfügung und schaffen Förderstrukturen. Das hat die Abhängigkeit der Förderung von der jeweiligen Haushaltslage des öffentlichen Jugendhilfeträgers und von der Höhe der Länderzuschüsse zur Folge.

Eine große Anzahl freier Träger und privater Anbieter ist im Bereich der Familienbildung aktiv, die die verschiedenen Zielgruppen unter den Familien ansprechen. In vielen Fällen sind die Angebote kostenpflichtig und können deshalb nicht durch alle Familien gleichermaßen wahrgenommen werden. Darüber hinaus gibt es eine große methodische Vielfalt. Derzeit ist ein bundesweiter Trend zur Nutzung von Familienbildung durch eine soziale Mittelschicht erkennbar. Gründe dafür liegen unter anderem in der Wahrnehmung einer gestiegenen Komplexität in Erziehungsfragen und einer damit einhergehenden Nachfrage nach einer qualifizierten Unterstützung. Die gezielte Förderung von Angeboten der Familienbildung im Rahmen der allgemeinen Bildungsplanung bzw. einer speziellen Familienbildungsplanung ist für die Kommune eine Möglichkeit zur Steuerung der Qualität und der Zielgruppenerreichung.

Im Rahmen der Weiterentwicklung von Familienbildung erhalten auch Institutionen wie Schulen und Kindertageseinrichtungen den Auftrag, Familienbildung und Elternarbeit zu verstärken. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen dazu qualifiziert sein und die Einrichtungen sind wichtige Kooperationspartner für Familienbildungsanbieter.

Fallbeispiel: Stadt Trier

Im Rahmen des Netzwerkes Familienbildung wird die Gehstruktur für Familienbildungsangebote verstärkt. In den Kindertagsstätten vor Ort wird der Bedarf bei Eltern festgestellt. Referenten aus Familienbildungsstätten bieten dann in der Kita zu diesen Themen Angebote an. Durch die direkte Einbindung des Jugendamtes in den Arbeitskreis „Familienkom(m)pass" ist auch eine unbürokratische Nutzung von Mitteln des Bildungs- und Teilhabepaketes im Einzelfall möglich.

Familienbildung findet entlang der Lebensphasen (vgl. Abschnitt 4.1) statt. An den Schnittstellen zwischen den Lebensphasen, meist auch dem Übergang von einer Bildungsinstitution zur nächsten, kommt es oftmals zu Brüchen. Es sind verschiedene Institutionen zuständig, die Angebote sind nicht aufeinander abgestimmt und in der Kommune sind verschiedene Ämter bzw. Fachbereiche beteiligt. Häufig kennen die Akteure innerhalb und außerhalb der Verwaltung die Angebote der anderen nicht und es findet kein systematischer Austausch statt. Aus dieser Situation entsteht ein wachsender Koordinierungsbedarf für die Kommunikation und die Kooperation zwischen den Akteuren, damit eine lebensphasenbezogene und die Übergänge berücksichtigende Familienbildung in der Kommune gestaltet werden kann.

Kommunen sollen durch die Koordinierung für sie relevanter Themenschwerpunkte im Rahmen eines Bildungsmanagements Angebotsstrukturen verbessern und die Bildungsbeteiligung erhöhen. Mit dem Aufbau einer Koordinierungsstelle für Familienbildung und Elternarbeit wird das Ziel verfolgt, die entsprechenden Angebote für Familien in der Kommune bedarfsgerecht zu vernetzen und weiterzuentwickeln. Dafür ist es erforderlich, dass Bildungs- und Sozialdaten miteinander in Relation gesetzt werden, um eine Übersicht über Handlungsnotwendigkeiten zu erhalten. In enger Abstimmung mit der Expertise der regulär zuständigen Fachämter werden Grundlagen für die Arbeit von Bildungsmanagement und dessen Gremien erarbeitet.

Angebote von Familienbildung und Elternarbeit sollen organisatorisch so aufeinander bezogen werden, dass sie als zielgruppenorientiertes Gesamtsystem funktionieren, das mit kommunalen Strategien der Familienpolitik abgestimmt sein soll. Allen Angeboten gemeinsam ist das Bildungsziel der Stärkung der Beziehungs- und Erziehungskompetenz. Um die vorhandenen Potenziale optimal einsetzen zu können, müssen Angebote transparent sein und die beteiligten Institutionen und Leistungssysteme müssen auf der örtlichen Ebene strukturell vernetzt werden.

Zielgruppe für die Koordination sind die Akteure in der Kommune, die Familienbildungsangebote durchführen oder verantworten. Zu diesen zählen Kindertageseinrichtungen, Horte und Schulen, Weiterbildungs- und Familienbildungsanbieter sowie die zuständigen Ämter und Träger. Außerdem sind die relevanten Akteure der Zivilgesellschaft einzubinden.

1.3 Aufträge an die Koordinierung

Auftraggeber

Die Koordination von Familienbildung und Elternarbeit zielt einerseits auf die Abstimmung zwischen verschiedenen kommunalen Ämtern und andererseits auf die Abstimmung mit und zwischen den eingebundenen und den einzubindenden Akteuren und Institutionen. Hier liegt der Aufgabenbereich der koordinierenden Einheit im kommunalen Bildungsmanagement. Dazu braucht sie eine an den kommunalen Bedarf angepasste und immer wieder zu aktualisierende programmatische Ausrichtung über strategische Aufträge.

In der Regel werden diese Aufträge von Steuerungsgremien des Bildungsmanagements (zum Beispiel Lenkungskreis, Steuerungskreis) gegeben, die sich allgemein in kommunalinterne und intern/externe Gremien unterteilen. Kommunalinterne Gremien dienen der Abstimmung und Entscheidung der in der Verantwortung der Kommune liegenden Aufgaben, intern/externe Gremien steuern Aufgaben, die auf Grund von Schnittmengen nur gemeinsam gelingend gestaltet werden können.

Neben Arbeitsaufträgen durch diese Steuerungsgremien sind Aufträge von einzelnen Akteuren (Fachämter der Kommunalverwaltung oder externe Fachbehörden) möglich. Sinnvoll ist in diesem Fall eine vorherige Abstimmung über die grundsätzliche Möglichkeit und den Umfang solcher direkten Aufträge, damit die Koordinierungsstelle arbeitsfähig bleibt.

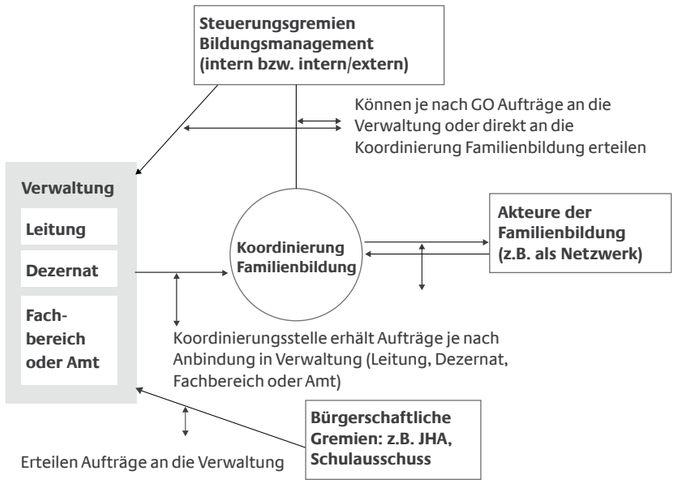


Abbildung 2:
Aufträge an die Koordinierung

Der Aufgabenbereich Familienbildung und Elternarbeit liegt in seiner gesamten Bandbreite in der Verantwortung mehrerer Akteure, zum Beispiel Städte und Gemeinden als Träger von Kindertageseinrichtungen, Landkreise oder Städte und Gemeinden als örtliche Träger der Jugendhilfe und die Länder als Verantwortliche für schulische Bildung, wie anhand folgender Beispiele deutlich wird.

Fallbeispiel: Stadt Leipzig

Ein wichtiges Ziel von „Lernen vor Ort“ in Leipzig ist es, bildungspolitische Leitlinien im Stadtrat zu verabschieden, die größtmögliche Wirkung entfalten. Die bildungspolitischen Leitlinien werden den strategischen Orientierungsrahmen für eine Weiterentwicklung der Leipziger Bildungslandschaft geben. Das Thema „Familien als Bildungspartner“ wird eine Leitlinie prägen.

Fallbeispiel: Stadt Herne

2011 ist das Leitbild „Lernen! in Herne“ durch den Lenkungskreis in einem dialogischen Prozess unter Beteiligung der pädagogischen Fachkräfte in Herne entwickelt und durch den Rat der Stadt verabschiedet worden. Darin werden Familien als zentrale Lernorte für Kinder und Jugendliche benannt. Die Familien sollen zukünftig systematisch in ihrer Beziehungs- und Erziehungskompetenz gefördert werden. („Familien sind zentrale Lernorte, die ganzheitlich unterstützt und gefördert werden.“) In der Bildungskonferenz 2012 wurden die Vorschläge zur Unterstützung von Familien in Bildungsprozessen weiter konkretisiert.

Fallbeispiel: Stadt Trier

Verwaltungsumfrage „Familienfreundliche Kommune“

Anhand der Checkliste „Familienfreundliche Kommune“ (hrsg. v. „Familienforschung Baden Württemberg“) wurden im Rahmen des Programms „Lernen vor Ort“ Mitarbeiter der Verwaltung aus allen Dezernaten in Interviews befragt, wie diese aus der Sicht des jeweiligen Fachbereiches (zum Beispiel Zentrales Controlling, Jugendamt, Stadtentwicklungsamt, Stadtplanungsamt, Amt für Soziales und Wohnen, Kulturamt, Sportamt) den „Ist-Zustand“ hinsichtlich Familienfreundlichkeit der Kommune sehen und welche Strukturen für diese politische Querschnittsaufgabe nötig sind, sowohl verwaltungsintern wie auch auf gesamtkommunaler Ebene. Wie kann die Kommune der grundlegenden Bildungsinstanz Familie notwendige und möglichst gute Bedingungen schaffen? Der aus den Interviews resultierende breite Maßnahmenkatalog wurde in Rückmeldung mit der Verwaltung hinsichtlich Priorität, Zeit- und Finanzbedarf bewertet und dann in die politischen Gremien gegeben. Zielsetzung ist, diesen Maßnahmenkatalog im Rahmen eines Auditierungsprozesses zur „Familiengerechten Kommune“ umzusetzen.

Interne Auftraggeber: Es werden Aufträge innerhalb der Verwaltung entwickelt. Die gesamtstrategische Steuerungskompetenz für den Bereich Bildung und damit auch für die Familienbildung und die Elternarbeit ist im Idealfall bei der Verwaltungsspitze angesiedelt. Auf Grund einer Datenbasierung erfolgt durch sie die verwaltungsinterne Auftragsinitiierung [4]. Verantwortliche für die Auftragsvergabe können demnach Oberbürgermeister, Dezernent oder Fachbereichsleitung bzw. Amtsleitung sein.

Fallbeispiel: Stadt Leipzig

Um eine gelingende lokale Bildungslandschaft aufzubauen, ist es wichtig, dass Bildungspolitik zur „Chefsache“ erklärt wird. Oberbürgermeister Burkhard Jung als Leiter der Gemeindeverwaltung und zugleich stimmberechtigter Vorsitzender des Stadtrates ist ein Schlüsselakteur des Projektes und steuert den Gesamtprozess für die Stadt Leipzig. Dadurch erhält das Thema die erforderliche Aufmerksamkeit außerhalb der Verwaltung sowie die erforderliche Durchsetzungskraft innerhalb der Verwaltung. Die verwaltungsinterne Steuerung erfolgt über die Dienstberatung des Oberbürgermeisters (mit den Bürgermeistern der sieben Dezernate) als Topmanagement-Gremium. Hier wird dezernats- und ämterübergreifend über Bildungsthemen informiert, aus dem Blickwinkel verschiedener Fachlichkeiten diskutiert und entschieden. Darüber hinaus stellen Verfahren, wie verwaltungsinterne Mitzeichnungspflichten und Informationsvorlagen, die Einbeziehung der Dezernate und Ämter in Entscheidungsprozessen sicher und gewährleisten eine klare Vorgangsdokumentation.

Ist die Koordinierungsstelle Teil eines Fachbereichs oder Amtes, kann es auch die Leitung dieses Fachbereichs oder des Amtes sein, die den Auftrag auslöst. Bei einem erhaltenen Auftrag aus einem Steuerungsgremium obliegen die Konkretisierung und Präzisierung dann ebenfalls dieser Fachbereichs- bzw. Amtsleitung. Im Dezernat III sind die relevanten Fachbereiche für Bildung gebündelt: Schule und Weiterbildung, Kinder – Jugend – Familie und Kultur.

Fallbeispiel: Stadt Herne

Hier erfolgt die strategische Steuerung der Bildungslandschaft innerhalb der Verwaltung. Unter Vorsitz des Dezernats werden langfristige Entscheidungen diskutiert und über aktuelle Themen berichtet sowie das weitere Vorgehen abgestimmt.

Externe Auftraggeber: Die Beauftragung durch ein sogenanntes externes Steuerungsgremium, das sich aus wesentlichen verwaltungsexternen und -internen Vertretern und bildungsrelevanten Institutionen zusammensetzt, hat einen hohen Stellenwert im kommunalen Bildungsmanagement.

Neben den für das Bildungsmanagement eingerichteten Steuerungsgremien sind insbesondere im Bereich Familienbildung und Elternarbeit die gesetzlichen kommunalen Pflichtausschüsse, wie der Jugendhilfeausschuss nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz und der Schulausschuss nach Landesrecht, einzubinden und zu berücksichtigen.

Die Aufträge werden über die Verwaltungslinie an die Koordinierungsstelle sowie zur Umsetzung relevanten Abteilungen, Referate oder Ämter weitergegeben. Die Etablierung von stabilen Kommunikationswegen spielt hierbei eine wesentliche Rolle und muss in Steuerungsprozessen berücksichtigt werden.

Fallbeispiel: Stadt Leipzig

Innerhalb der Stadtverwaltung tagt zweimonatlich eine zuständigkeitsübergreifende verwaltungsinterne Lenkungsgruppe, in der auch die Sächsische Bildungsagentur Regionalstelle Leipzig sowie die Agentur für Arbeit Leipzig vertreten sind. Die Stadträte werden regelmäßig über das parlamentarische Verfahren in den Fachausschüssen sowie zur Ratsversammlung über den Arbeitsstand von „Lernen vor Ort“ unterrichtet. Einmal jährlich wird eine bildungspolitische Stunde im Stadtrat Leipzig durchgeführt. Der Steuerungskreis „Lernen vor Ort“ tagt zweimal jährlich unter Vorsitz des Oberbürgermeisters. Er setzt sich aus den Leitern der größten bildungsrelevanten Institutionen in der Stadt zusammen: Agentur für Arbeit Leipzig, Deutscher Gewerkschaftsbund Region Leipzig-Nordsachsen, Handwerkskammer zu Leipzig, Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig, Industrie- und Handelskammer zu Leipzig, Jobcenter Leipzig, Medienstiftung der Sparkasse Leipzig, Sächsische Bildungsagentur Regionalstelle Leipzig, Stadt Leipzig, Universität Leipzig. Sie richten innerhalb des Steuerungskreises „Lernen vor Ort“ das kommunale Bildungsmanagement strategisch aus.

Oberbürgermeister Burkhard Jung beschrieb die Rolle als ein „sichtbares Bündnis der Bürgerschaft in Leipzig, das die Interessen der Gesamtgesellschaft mitdenkt“. Die inhaltliche Diskussion im Steuerungskreis basiert wesentlich auf den Erkenntnissen im Bildungsberichtswesen und Schwerpunktsetzungen. So wurden zum Beispiel im November 2010 im Steuerungskreis jeweils Festlegungen für datenbasierte und als zentrale Herausforderungen formulierte Punkte getroffen. Sie konkretisieren das weitere Vorgehen im Programm „Lernen vor Ort“ in Leipzig auch im Bereich Familienbildung und Elternarbeit.

Familienbildung und Elternarbeit erreicht häufig die Gruppen mit den größten Bedarfslagen nicht. Festlegung: Die Aktivitäten im Aktionsfeld Familienbildung und Elternarbeit von „Lernen vor Ort“ zielen darauf ab, Konzepte und Strategien zu entwickeln, wie Gruppen mit den größten Bedarfslagen erreicht werden können. [5]

Fallbeispiel: Stadt Herne

2009 hat die Stadt Herne mit dem Land Nordrhein-Westfalen einen Kooperationsvertrag zur Weiterentwicklung des regionalen Bildungsnetzwerks geschlossen. Auf der Grundlage dieser Vereinbarung wurde ein Lenkungskreis eingerichtet, der mit Vertreterinnen und Vertretern der Stadt, des Landes, Vertreterinnen und Vertretern aller Schulformen sowie der Bildungs- und Erziehungsstiftung der Herner Sparkasse besetzt ist. Dieses Gremium berät über die strategische Ausrichtung der Bildungslandschaft, zum Beispiel durch die Entwicklung des Leitbilds „Lernen! in Herne“ oder die thematische Ausrichtung der jährlichen Bildungskonferenzen. Für die gezielte Auseinandersetzung mit dem Thema Familienbildung wurde ein Arbeitskreis Familienbildung gegründet, in dem sich die relevanten Akteure innerhalb und außerhalb der Verwaltung zusammenfinden. Ziel des Arbeitskreises ist es, im Rahmen des Leitbilds und der bestehenden Daten zur Lage der Familien und der Familienbildung (Familienbericht 2008 und Bildungsbericht 2011) die Bedarfe für Familienbildung in Herne sichtbar zu machen und geeignete Maßnahmen zur Verbesserung vorzuschlagen.

Verortung und Anbindung

Anbindung in der Aufbauorganisation

Die Wahrnehmung der koordinierenden Aufgaben in einer Fachabteilung oder einer koordinierenden Einheit des Bildungsmanagements lässt sich nicht generalisieren. Wichtig ist, dass die Aufgaben mit einem deutlichen Auftrag durch das kommunale Bildungsmanagement unter Berücksichtigung von personellen und fachlichen Ressourcen zugewiesen werden.Politik und Netzwerkpartner brauchen einen verbindlichen und verantwortlichen Ansprechpartner.

Die Anbindung der koordinierenden Einheit für Familienbildung und Elternarbeit im Bildungsmanagement hat ausschlaggebenden Einfluss auf ihren „Aktionsradius“, ihre Wahrnehmung durch andere Akteure in den Bereichen Familienbildung und Elternarbeit sowie auf die Gestaltungsmöglichkeiten ihrer Aufgaben. Für das Gelingen von koordinierenden Aufgaben sind Abwägungen zu folgenden Punkten grundlegend:

- Ob die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter für Familienbildung und Elternarbeit arbeitsrechtlich Teil der koordinierenden Einheit des Bildungsmanagements bzw. des Bildungsstabs ist oder ob sie oder er diese Aufgabe als Angestellte bzw. Angestellter einer anderen Einheit in der Verwaltungsstruktur ausführt, ist eine wesentliche Entscheidung vor dem Hintergrund der jeweiligen Zielbestimmung.
- Die hierarchische und die fachliche Anbindung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der koordinierenden Einheit können Prozesse und Entscheidungen ausschlaggebend unterstützen oder hemmen.

Mit der Entscheidung für eine bestimmte Anbindung in der Aufbauorganisation können so ganz unterschiedliche Sachlagen geschaffen werden, zum Beispiel:

- Anbindung als Stabsstelle des Oberbürgermeisters oder der Oberbürgermeisterin, des Landrats bzw. der Landrätin, des Dezernenten oder der Dezernentin usw. für die Aufgabe der Koordinierung von Abstimmungsprozessen.
- Anbindung an ein Fachamt mit der Aufgabe, dezernats- oder ämterübergreifend zu koordinieren.
- Anbindung außerhalb von kommunalen Verwaltungsstrukturen zur Erfüllung koordinierender Aufgaben.

Die Gegebenheiten vor Ort müssen unter der Federführung der Verwaltungsspitze sehr genau geprüft werden. Es ist festzuhalten, dass es entscheidend für das Gelingen von koordinierenden Aufgaben ist, ob und wo in der Hierarchie die koordinierende Einheit für das kommunale Bildungsmanagement angebunden ist.

Verortung

Es ist zu klären, wo eine Koordinierungsstelle für Familienbildung und Elternarbeit sinnvoll räumlich untergebracht ist und in welchem Bezug sie damit zum (kommunalen) Bildungsmanagement steht. Vorab: Nicht sinnvoll ist der tatsächliche Sitz einer Mitarbeiterin oder eines Mitarbeiters in einem Beratungsbüro im Sinne einer Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger. Hier überwiegt die Gefahr, dass die Beratungsangebote für Familien und Aufgaben der Bürgerberatung in den Vordergrund treten. Eine solche Verortung für eine Koordinierungsstelle Familienbildung und Elternarbeit im kommunalen Bildungsmanagement ist ungeeignet.

Räumliche Verortungen können stadträumlich oder sozialräumlich sein, zum Beispiel:

- Die zentrale Verortung aller koordinierenden Einheiten im Bereich Bildung (Bildungsstab [6]) an einem tatsächlichen Ort, das heißt, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bildungsstabs, auch die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter für Familienbildung und Elternarbeit [7], sind in einem Haus und sind Teil des Bildungsstabs.
- Die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter für Familienbildung und Elternarbeit ist Teil des Bildungsstabs, hat aber ihren/seinen Sitz im Gebäude des Fachamts (zum Beispiel Jugendamt).
- Die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter für Familienbildung und Elternarbeit ist Teil des Bildungsstabs, hat aber ihren/seinen Sitz im Sozialraum in einem Koordinierungsbüro.
- Die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter für Familienbildung und Elternarbeit ist Teil des Fachamts, hat aber ihren/seinen Sitz im Bildungsstab.

Auch diese Entscheidung hängt von den jeweiligen Gegebenheiten und Erfordernissen vor Ort ab. Festzuhalten bleibt, dass die Koordination von Familienbildung und von Elternarbeit in enger Verknüpfung zum Bildungsmanagement stehen muss. Das kann über die organisatorische Verortung geschehen, aber auch über die Steuerung der Aufgaben. Wesentlich ist die Einbettung der Koordinierung von Familienbildung und Elternarbeit in eine gelebte und funktionierende Steuerungsstruktur mit klaren Kommunikationswegen.

Fallbeispiel: Stadt Frankfurt a.M.

Die Familienbildung ist im Jugendamt gemeinsam mit der Stabstelle „Aktive Nachbarschaft“ in einer Abteilung verortet. So können sozialräumliche Bedarfe in Kooperation mit der Stadtteilentwicklung angegangen werden.

Es gibt ein gesondertes Budget für Projekte der sozialräumlichen Familienbildung, die gemeinsam mit den zuständigen Sozialrathäusern (Kinder-, Jugend- und Sozialdienst) geplant und durchgeführt werden. So ist eine zielgruppen- und lebenslagenspezifische Ausgestaltung der Projekte der Familienbildung gewährleistet. Es sind im Rahmen der sozialräumlichen Familienbildung auch Mittel für eine sozialräumliche Koordinierung der Angebote vorgesehen. Es gibt in Frankfurt neun Familienbildungsstätten, die ihre Zuständigkeiten regional aufgeteilt haben. Projekte, die mit diesen Mitteln finanziert werden, sind zum Beispiel: Eltern-Kind-Treffs in Kindertageseinrichtungen, Elterncafés in Schulen, Themen-Treffpunkte zu Erziehungsfragen nach der Geburt eines Kindes, Unterstützung beim Netzwerkaufbau von jungen Familien im Stadtteil.

Fallbeispiel: Stadt Leipzig

Der Aufbau des Bildungsmanagements wird vom Oberbürgermeister gelenkt und zielt darauf ab, zuständigkeitsübergreifend Verantwortung zu schaffen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Programm „Lernen vor Ort“ wurden als Stabsstelle dem heutigen Amt für Jugend, Familie und Bildung der Stadt Leipzig zugeordnet, um auf die Verwaltungskapazitäten und -routinen des Amtes zurückgreifen zu können. Um die ämterübergreifende Arbeit und den fachlichen Transfer zu intensivieren, wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stabsstelle „Lernen vor Ort“ in die jeweiligen Ämterstrukturen eingebunden. Die Projektstrukturen wurden somit von Anfang an mit den Regelstrukturen der Kommunalverwaltung verknüpft. Dies geschah mit Hilfe eines zu Beginn des Jahres 2010 etablierten fachbehördenspezifischen Tandem-Modells. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der einzelnen Felder („Aktionsfelder“) steht dabei ein fester Partner bzw. eine feste Partnerin in dem jeweiligen thematisch zugehörigen Amt zur Seite. Vorteile dieses Modells liegen in der Möglichkeit, Aktivitäten gemeinsam mit den Ämtern zu planen und die Nachhaltigkeit der Ergebnisse sowie der aufgebauten Strukturen und Netzwerke zu sichern. Familienbildung und Elternarbeit sind als Bestandteile des Bildungsmanagements im Amt für Jugend, Familie und Bildung der Stadt Leipzig verortet.

Fallbeispiel: Stadt Herne

Der Aufbau des Bildungsmanagements erfolgt in Herne sowohl zentral als auch dezentral. Die Leitung des Bildungsmanagements ist im kommunalen Bildungsbüro angesiedelt, gemeinsam mit dem Bildungsmonitoring und dem Übergangsmanagement. Die Koordinationsstelle für Familienbildung ist im Fachbereich Kinder – Jugend – Familie im Familienbüro verankert. Von hier aus wird die Gesamtentwicklung der Familienbildung sowie insbesondere der Ausbau der Familienbildungsangebote an Familienzentren und weiterer Bildungsinstitutionen (zum Beispiel Grundschulen) koordiniert. Der Austausch zwischen dem kommunalen Bildungsmanagement und der Koordination Familienbildung erfolgt im Gesamtnetzwerk, an dem auch alle anderen Koordinatoren für Bildungsbereiche beteiligt sind. Diese Aufteilung ermöglicht einen fachlichen Zugang zu den Bildungsbereichen und sichert dennoch eine zentrale Abstimmung zwischen den Koordinationsstellen.

Inhalte

In Arbeitsaufträgen und Erwartungen an eine Koordinierungsstelle Familienbildung und Elternarbeit spiegeln sich die Bedarfe wider, die je nach Entwicklungsstand einer Kommune beim Aufbau eines Bildungsmanagements sehr unterschiedlich sein können. Maßgebliche Faktoren sind der Arbeitsstand des Bildungsmonitorings bei der Erfassung und Aufbereitung örtlicher Bildungs- und Sozialdaten, die im Idealfall sozialräumlich zur Verfügung gestellt werden, und der Aufbau von Steuerungsstrukturen zur belastbaren Abstimmung von Arbeitsaufträgen und politischen Grundsatzentscheidungen (zum Beispiel Leitbild) für die Ziele der Kommune.

Im Regelfall werden die Arbeitsaufträge durch das intern/externe Steuerungsgremium erteilt bzw. mit dem Gremium abgestimmt (siehe Abschnitt 2.2.1). Die koordinierten Abstimmungsprozesse können sich beispielsweise auf die Entwicklung von datenbasierten Anregungen zu Handlungsbedarfen bis zur Entwicklung von Strategien und Konzepten zur Ausrichtung der Familienbildung auf Zielgruppen oder zur Durchführung von Aktivitäten beziehen.

Typische Beispiele für Arbeitsaufträge für die Koordinierung von Familienbildung und Elternarbeit sind:

- Entwicklung eines allgemeinen Verständnisses von Familienbildung und von Elternarbeit, Definition sowie Abgrenzung von Schnittstellen und Frühen Hilfen
- Verbesserung der Datenlage
- Entwicklung eines zielgruppenorientierten Angebots zur Stärkung der Elternkompetenz, Elternschulungen
- Entwicklung von Strategien zur Erreichbarkeit von Familien für Bildungsangebote der Familienbildung
- Entwicklung von Strategien zur Erreichbarkeit von Familien für Bildungsangebote an ihre Kinder, besonders zur Prävention von Schulabbruch
- Entwicklung von Strategien zur Verbesserung des Übergangs von der Kindertageseinrichtung in die Schule
- Entwicklung von Strategien zur Verbesserung der Grundbildung von Familien
- Entwicklung eines übergreifenden Blicks für die Spezifika der Sozialräume
- Einbindung von Projekten und Ressourcen wie Familienbüro, Kinder- und Familienzentren in Strategien und Konzepte
- Einbindung von Netzwerken zu Familienbildung und Elternarbeit in Strategien und Konzepte
- Einbindung von Ergebnissen zu Elternarbeit und Erziehungspartnerschaft in der Kindertageseinrichtung und Schule
- Entwicklung von an Lebensphasen orientierten und Institutionen übergreifenden Strategien (Familie, Kindertageseinrichtung, Schule mit Anbietern)
- Gründung und Koordination von Netzwerken zu Familienbildung und Elternarbeit

Einer besonderen Abstimmung bedarf der Umgang mit Aufträgen, die den Koordinierungsaufgaben nicht eindeutig zuzuordnen sind, zum Beispiel die Organisation von Fortbildungen für pädagogisches Personal, die Beratung von Eltern und pädagogischem Personal oder die Beschaffung von Geldern für Maßnahmen.

Bei der Fortbildung für pädagogisches Personal handelt es sich um eine klassische Aufgabe der Länder für die Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern bzw. der Jugendämter für die Fortbildung von Erzieherinnen und Erziehern. Aufgabe der Koordinierungsstelle ist es grundsätzlich, durch die Feststellung von Fortbildungsbedarfen und die Abstimmung in Steuerungsgremien dafür zu sorgen, dass die eigentlich verantwortlichen Stellen die Bedarfe bedienen. Je nach personeller und finanzieller Ausstattung der Koordinierungsstelle ist es aber denkbar, dass diese selbst operativ tätig wird. Um Konkurrenzsituationen zu vermeiden, ist es wichtig, dass solche Tätigkeiten nach einer ausdrücklichen Abstimmung erfolgen.

1.4 Tätigkeiten der Koordinierung

Eine idealtypische Ausbildung (Studiengänge) des in der Koordinierung im Bereich Familienbildung und Elternarbeit eingesetzten Personals lässt sich nicht formulieren, da eine Koordinierungsstelle verschiedene Disziplinen vertreten muss. [8]

Deutlich macht dies folgende nicht abschließende Aufstellung über das für eine erfolgreiche Arbeit nötige Fachwissen:

1. Fachwissen über die Aufbau- und Ablauforganisation, die rechtlichen Zusammenhänge und Handlungslogiken der in Familienbildung und Elternarbeit in der Kommune konkret tätigen Behörden und Organisationen
2. Fachwissen über Inhalte, Methoden und den Stand der Wissenschaft in Familienbildung und Elternarbeit
3. Fachwissen über die Organisation der Arbeit in Netzwerken und Gremien
4. Fachwissen über die Grundlagen strategischen Arbeitens

Diese verschiedenen Fachlichkeiten werden sich nur in Ausnahmefällen in einer Person vereinigen. Wichtig ist daher, dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Koordinierungsstelle ihrer Grenzen bewusst sind und aus der Kommunalverwaltung heraus gezielt unterstützt und fortgebildet werden.

Ein Koordinierungsteam sollte daher fachliche und methodische Kompetenzen (vorrangig in Sozial- und Erziehungswissenschaften) und strategische Kompetenzen sowie Erfahrungen in Verwaltungshandeln haben.

Die Tätigkeiten sind abhängig von der örtlichen Struktur der im Bereich Familienbildung und Elternarbeit tätigen internen und externen Akteure und dem Entwicklungsstand der Steuerungsgremien. Eine erfolgreiche Koordinierung erfordert zwingend einen Auftrag der verantwortlichen Institutionen, da eine Koordinierungsstelle sonst nicht erfolgreich wirken kann.

Die prägende Aufgabe der Koordinierung im Bereich Familienbildung und Elternarbeit ist es, die vorhandenen Angebote und Maßnahmen im Kontext zu Bildungs- und Sozialdaten auszuwerten, um Handlungsnotwendigkeiten und Angebotslücken festzustellen. Zu einer wirklich funktionierenden Koordinierung werden die Ergebnisse nur, wenn sie in eine gemeinsame Strategieentwicklung im kommunalen Raum über Zuständigkeiten der einzelnen Akteure hinweg mündet. Wichtig ist dabei, dass die Akteure für ihre originären Arbeitsbereiche weiterhin verantwortlich bleiben.

Der gesamte Prozess – angefangen von der Arbeit zur Erfassung der Ist-Situation bis zur Strategieentwicklung – sollte in enger Abstimmung mit den originär zuständigen Stellen erfolgen, damit zum einen deren Expertise genutzt und zum anderen eine hohe Akzeptanz erreicht wird. Daher sollten Aufträge und Aufgaben, die ausschließlich den Aufgabenbereich eines Fachamtes oder bereits von dort koordinierte Schnittstellen betreffen, auch dort weiterhin verantwortet werden. Aufgaben, die über diesen Kontext hinausgehen und eine strategische Bedeutung haben, sind durch eine beauftragte Stelle im Rahmen des kommunalen Bildungsmanagements (Bildungsbüro, Abteilung Bildung etc.) zu koordinieren.

Dieser Auftrag erfordert eine klare Rollen- und Kompetenzzuweisung innerhalb der Kommunalverwaltung. Soweit die Kompetenzen externer Akteure berührt werden, gilt das auch für diesen Personenkreis. Eine besondere Rolle spielt dabei die Zusammenarbeit mit dem Land und den freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe. Hier könnte ein sinnvolles Instrument der Abschluss oder die Ergänzung von Kooperationsvereinbarungen sein.

Die Tätigkeiten einer Koordinierungsstelle haben in der Aufbauphase andere Schwerpunkte als in der Implementierungs- und Verstetigungsphase. Während im Aufbau die Schaffung von Datengrundlagen prägend ist,

wird in der weiteren Arbeit die Entwicklung von Strategien in einem Prozess mit Steuerungs- und Partizipationsgremien und deren Umsetzung einen deutlichen Arbeitsschwerpunkt bilden.

Neben dieser rationalen Aufgabenbeschreibung sind in der Praxis regelmäßig die Erwartungen an eine Koordinierungsstelle insbesondere bei unklarer Kommunikation über die Aufgaben diffus und vielfältig. Neben grundsätzlich sinnvollen strategischen Arbeiten werden auch sogenannte Dienstleistungen erwartet bzw. gewünscht, wie die Beratung von Bürgerinnen und Bürgern oder die Unterstützung von Akteuren in ihrer operativen Arbeit. Hier bedarf es Fingerspitzengefühl und auch einer deutlichen Rückkopplung mit Steuerungsstrukturen, um die in der Aufbauphase befindliche Zusammenarbeit der Akteure nicht nachhaltig zu gefährden.

Sinnvoll ist eine klare Prioritätensetzung in der Arbeit der Koordinierungsstelle, die im Konsens mit Steuerungsgremien entwickelt wird, um eine Überforderung des Personals und eine Unzufriedenheit mit mangelnden Ergebnissen zu vermeiden. Eine Koordinierungsstelle muss dabei auch die Courage haben, den Steuerungsgremien deutlich zu machen, was nicht bearbeitet werden kann. Die Abstimmung mit den Steuerungsgremien ist wechselseitig. Zum einen kann das steuernde Gremium aktiv Aufträge geben, zum anderen wird sich im Regelfall eine Koordinierungsstelle Aufträge der Steuerungsgremien durch aktive Vorlagen und Strategievorschläge selbst holen müssen.

Tätigkeiten in der Aufbauphase
Im Einzelnen lassen sich diese Tätigkeiten wie folgt benennen:

a. Einordnung in und Abgleich mit kommunalen Strategien der Familienpolitik bzw. Familienförderung
b. Einordnung in und Abgleich mit der kommunalen Strategie zum Bildungsmanagement
c. Definitionen von Familienbildung und von Elternarbeit und Frühe Hilfen
d. Systematisierung des Feldes Familienbildung, Überblick über die Angebote und Anbieter nach unterschiedlichen Kriterien
e. Erstellung von Informationsmaterialien
f. Erstellung eines einheitlichen Erhebungsrasters zur Erhebung der benötigten Daten zur Systematisierung der Angebote
   » Beschreibung der Bildungsziele der Angebote (mithilfe der Anbieter)
   » Beschreibung der Zielgruppen und Nutzer nach Lebensphasen
   » Beschreibung der Zielgruppen und Nutzer nach Sozialräumen
   » Abgleich mit der Erreichbarkeit der Zielgruppen
   » Ziel: Standardisierte Berichterstattung, um Angebotstrukturen bedarfsgerecht zu ändern
g. Eingliederung des Themenfeldes in die kommunale Bildungsberichterstattung und Einfließen in das Bildungsmanagement
h. Aufbau von Kooperationen mit den zuständigen Stellen innerhalb der Verwaltung
i. Aufbau von Vernetzung mit den Anbietern, persönliche Kontakte
j. Teilnahme an bereits bestehenden themenbezogenen Arbeitskreisen und Netzwerken in der Kommune zu Familienbildung, zur Prävention von Schulabbruch, zur Verbesserung des Übergangs von der Kindertageseinrichtung in die Schule
k. Entwicklung von Strategien zur Verbesserung der Grundbildung von Familien
l. Durchführung von Veranstaltungen zur Diskussion von Bedarfen und zur Vernetzung der Akteure
m. Aufbau von sozialräumlichen Netzen zu Elternarbeit
n. Aufbau einer Geschäftsstelle für Elternarbeit und Erziehungspartnerschaft in Kindertageseinrichtung, Horten und Schulen
o. Begleitung der Durchführung von Praxisprojekten zur Umsetzung von kommunalen Bedarfen

Tätigkeiten in der Implementierungs- und Verstetigungsphase
Zum Beginn der Implementierungs- und Verstetigungsphase sollte ein kommunales Konzept stehen, wie die Rechercheergebnisse in die Praxis umgesetzt werden. Daraus ergeben sich exemplarisch folgende Tätigkeiten:

a. Wahrnehmung von Aufgaben der Anbieterberatung
   » Beratung von Anbietern zu neuen Konzepten, Abgleich mit Bedarfen, Vermittlung
   » Unterstützung der Vernetzung
   » Unterstützung der Kommunikationsstrukturen
   » Regelmäßige Information der Anbieter über aktuelle themenbezogene Entwicklungen in der kommunalen Bildungslandschaft und Veränderungen in den kommunalen Strategien
b. Empfehlungen an eine zielgerichtete Förderung und Modifizierung der Angebote und zur lokalen (Um-)strukturierung der Familienbildungslandschaft
   » Gezielte bedarfsorientierte Vermittlung von Angeboten der Familienbildung an Regeleinrichtungen
   » Regelmäßige Analyse der Ergebnisse der Auswertung der Statistik der geförderten Anbieter
   » Aufbau einer regelmäßigen sozialräumliche Bedarfserhebung in Kooperation mit Jugendpflegern in den Sozialräumen
   » Abgleich der Ressourcen der Anbieter mit den Bedarfen
   » Zielgerichtete Lenkung der Angebote
c. Erstellung von Informationsmaterial, zum Beispiel Fortschreibung und regelmäßige Aktualisierung der Angebote und Anbieter: Zum Beispiel halbjährlich sozialräumlich
d. Gestaltung und Pflege der Kooperationen mit den zuständigen Stellen innerhalb der Verwaltung: zum Beispiel Fachdienste, Abteilungen, Ämter wie Familienpolitik, Jugendpflege, Netzwerk Kinderschutz, Frühe Hilfen, Kindertageseinrichtung, Schulamt
e. Teilnahme an Arbeitskreisen, Workshops und Netzwerktreffen und Pflege der Vernetzung mit den Anbietern, persönliche Kontakte
f. Fortschreibung des städtischen Konzepts zur Familienbildung
g. Umsetzung des städtischen Konzepts zur Familienbildung
h. Leitung der Geschäftsstellen von Netzwerken, zum Beispiel Netzwerk Familienbildung, Netzwerk Erziehungspartnerschaft
i. Mitarbeit an Fachplänen
j. Regelmäßige Zuarbeiten zu Vorlagen, Stadtratsanfragen, Stellungnahmen
k. Zuarbeiten zur regelmäßigen Fortschreibung in der kommunalen Bildungsberichterstattung
l. Entwicklung von Qualitätsstandards für Familienbildung

Fallbeispiel: Heidekreis

Masterplan Bildung als Instrument einer Gesamtstrategie
Der Heidekreis entwickelt derzeit aufbauend auf den Ergebnissen des Bildungsberichts „Bildung im Heidekreis – Erste Ergebnisse“ in einem partizipativen Prozess mit den Bildungsakteuren in Fachforen Lösungsvorschläge für eine strategische Verbesserung von Bildung. Diese Vorschläge werden durch die Strategiegruppe – die intern-externe Steuerungsgruppe im Heidekreis – diskutiert und zu einem Strategievorschlag für den gesamten Heidekreis, dem „Masterplan Bildung“, ausgebaut. Im Fachforum „Chancengerechtigkeit in der schulischen Bildung“ wurden auf Grund der Ergebnisse des Monitorings, wirtschaftliche Verhältnisse und Bildungsstand der Eltern sind maßgebliche Faktoren für den Bildungserfolg der Kinder, insbesondere Lösungsvorschläge für die Elternarbeit entwickelt. Handlungsansätze sind die Durchführung von Aktivitäten, um Eltern von insbesondere nichtdeutschen Schülerinnen und Schülern stärker an die Schule heranzuführen, wie die Organisation eines jährlichen Schulfestes und regelmäßige Sport-, Theater- oder Musikveranstaltungen zur Kontaktaufnahme mit Eltern, die ansonsten nicht erreicht werden. Ein weiterer Ansatz ist die (aufsuchende) Beratung von Familien und die Information über bestehende Unterstützungsangebote (Beantragung Förderprogramme, individuelle Unterstützungsmöglichkeiten etc.) durch Lehrkräfte oder Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter.

1.5 Kompetenzanforderungen

Resultierend aus den Tätigkeiten, die von der Datenerhebung und -analyse über die Strategieentwicklung bis zur Koordinierung der Umsetzung von Strategien gehen, ist es unerlässlich, dass im Idealfall diese Aufgaben der Koordinierungsstelle durch ein klares Mandat in Form von Projektorganisationsverfügungen, die innerhalb der Kommunalverwaltung wirken, oder Kooperationsvereinbarungen mit externen Akteuren deutlich und für alle beteiligten Akteure transparent zugewiesen werden. Eine diffuse Auftragslage ist regelmäßig ein Faktor nicht gelingender Prozesse.

1.6 Unterstützung durch das Bildungsmonitoring

Es ist die Aufgabe des Bundesprogramms „Lernen vor Ort“, als unterstützende Einheit für das Bildungsmanagement grundlegende steuerungsrelevante Informationen zusammenzutragen, darauf bezogene Prozesse zu analysieren und weiterführende Handlungsschritte zu koordinieren. Die datenbasierte Vertiefung des Bereichs Familienbildung dient als Steuerungs-, Planungs- und Konzeptgrundlage. Grundlage einer bereichsspezifischen Datenerhebung und -analyse vor Ort kann ein Auftrag von Seiten der Steuerung sein. Oftmals dienen Thesen bzw. ein vermuteter Handlungsbedarf als Ausgangspunkt.

Familienbildung unterstützt in modernen Konzepten die Qualifikationen, Kompetenzen, Werthaltungen, Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsprozesse sowie die Lebensbewältigung in der Familie. Sie wird als Angebot an alle Familienmitglieder verstanden. Die Lernmöglichkeiten sind vielfältig: Es gibt Angebote im Vorfeld absehbarer Ereignisse (Geburt, Entwicklung), für biographische Prozesse oder für transitionsbedingte Herausforderungen [9]. Das Bildungsangebot ist konzeptionell am Lebenslangen Lernen orientiert. Daten, die für Familienbildung relevant sein können, sind deshalb weit zu fassen. Oft liegt der erste Fokus des Interesses auf der Zielgruppe „Eltern mit Kindern in den ersten Lebensjahren“, da die Stärkung der Beziehungs- und Erziehungskompetenzen in der Familie gerade in dieser Altersstufe Basis für weitere positive Entwicklungschancen für die Kinder ist.

Eine deutliche Klärung der Zielbestimmung muss einer Datenerhebung vorausgehen, um die entsprechenden Indikatoren sinnvoll entwickeln und die Datenerhebung und -auswertung effektiv gestalten zu können. Wichtige Daten zur Darstellung und Analyse von Familienbildung in der Bildungslandschaft können sein:

- Soziodemographische Daten, Prognosen, gesamt und nach Sozialräumen

  Beispiele für soziodemographische Daten:
  - » Einwohner- und Haushaltsstruktur (unter anderem Geburten, junge Menschen, Elterngeld und Landeserziehungsgeld)
  - » Anzahl der Familien mit Kindern (nach Altersgruppen)
  - » Einkommen und Arbeit (unter anderem Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit und Bedarfsgemeinschaften, Einkommen)
  - » Bildung und Betreuung (unter anderem Förderung von Kindern in Kindertagesbetreuungseinrichtungen)
  - » Versorgungsquote
  - » Bildung und Erziehung an Schulen
  - » Spezifische Lebenslagen und Problemstellungen (unter anderem Erzieherische Hilfen, Kriminalität und Jugendkriminalität, Sucht, Gewalt, gesundheitliche Beeinträchtigungen von Kindern und Jugendlichen, Kinder und Jugendliche mit Behinderungen)
  - » Ergebnisse von Diagnostik in der Kindertageseinrichtung und der Einschulungsuntersuchungen,
  - » Angebote des Gesundheitsamtes für Familien und deren Nutzung,
  - » Angebote der frühen Förderung und deren Nutzung
- Daten zur Organisation der Familienbildung in kommunalen Strukturen
- Daten zur Zusammenarbeit zwischen Land und Kommune
- Erfassung der Rahmenbedingungen für Anbieter und Angebote
- Erfassung von Fachgremien und Netzwerken
- Anbieter- und Angebotsstrukturdaten, zum Beispiel Anbieter, Zielgruppen, Themen, Lebensphase, Angebotsform, räumliche Verortung, zeitliche Angebotsstruktur.

Erhebungen zur Familienbildung gehen zweckentsprechend mit einer Abfrage von Leistungsdaten der Anbieter und mit dem Vergleich dieser Daten einher, um Rückmeldungen für Steuerung und Koordinierung kurzfristig zu ermöglichen und schnell auf Bedarfe reagieren zu können. Das sind zum Beispiel Teilnehmerdaten, Daten zur Auslastung nach Sozialraum, Angebot und Anbieter. Sie müssen vergleichbar erhoben werden. In der engen Zusammenarbeit mit dem zuständigen Fachamt und dessen Expertise werden sie größtmögliche Aussagekraft haben.

Eine solche Datenerhebung und -analyse in der Familienbildung ist in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht sinnvoll. Ansätze, die auf die Erfassung von Ergebnissen und Wirkungen mit quantitativen Methoden ausgerichtet sind, sollten angestrebt werden. Die Voraussetzungen für solche Evaluationsdesigns müssen frühzeitig geschaffen werden. Sie können anschließend zur weiteren Evaluation von Angeboten zur Verfügung stehen.

Qualitative Kategorien sind im Evaluationsdesign notwendig, um zum Beispiel die Erreichbarkeit von Zielgruppen differenziert darzustellen. Antworten auf konzeptionelle Fragen, wie etwa zur Zielgruppenerreichbarkeit und zu Notwendigkeiten bei der (Weiter-) Entwicklung von Angeboten lassen sich erst vor dem Hintergrund einer Zielbestimmung finden. Qualitative Kriterien von Angeboten sind detailliert zu betrachten: Sowohl der Angebotsinhalt als auch die Qualität und die fachliche Intensität des einzelnen Familienbildungsangebots sind relevant.

Fallbeispiel: Stadt Leipzig

Die Arbeitseinheit „Bildungsmonitoring“ wurde 2010 damit beauftragt, ein Monitoring- und Berichtssystem für Bildungsaspekte für die Stadt Leipzig zu entwickeln. Dieses orientiert sich am Anwendungsleitfaden zum Aufbau eines kommunalen Bildungsmonitorings des BMBF und deckt weitere, darüber hinausgehende Themenfelder ab. Durch das Steuerungsgremium und mit Konkretisierung durch die Verwaltungsspitze wurde eine „Sonderstudie Familienbildung“ beauftragt. Die Studie hatte zum Ziel, die Struktur der öffentlich geförderten Familienbildungsangebote und die Steuerungsstrukturen zu analysieren und weitere Handlungsbedarfe aufzudecken. Gemeinsam mit dem Aktionsfeld Familienbildung und Elternarbeit, dem zuständigen Fachamt der Stadtverwaltung und den Anbietern im Bereich Familienbildung entstand damit eine Vertiefung des Bereichs Familienbildung in der Bildungsberichterstattung der Stadt Leipzig mit quantitativer und qualitativer Datenabbildung. Diese war grundlegend, um Konzepte und Strategien zu entwickeln, wie Gruppen mit den größten Bedarfslagen erreicht werden können und so den erteilten Auftrag erfüllen.

Fallbeispiel: Stadt Herne

In Herne wurden bis Ende 2011 zwei gezielte Erhebungen zur Familienbildung durchgeführt. Im Sommer 2010 wurde im Rahmen einer Elternbefragung erhoben, welche Bedarfe Eltern in Bezug auf Familienbildung in Herne haben. Hier wurde deutlich, dass sich Eltern mehr Unterstützung und Informationen zum Bereich Schule wünschen. Diese Ergebnisse wurden in den Steuerungsgremien vorgestellt und diskutiert. In 2011 wurden die Familienbildungsakteure zur ihren bestehenden Angeboten befragt. Aus der Analyse ist zu erkennen, wie sich die Angebote in den Sozialräumen verteilen, welche Zielgruppen angesprochen und welche Themen bearbeitet werden. Die Analyse dient als Grundlage für die konzeptionelle Weiterentwicklung des Familienbildungsangebots gemeinsam mit den Akteuren im Arbeitskreis Familienbildung.

2. Netzwerkkoordination und Kooperation im Rahmen des Bildungsmanagements auf kommunaler Ebene

Autorinnen und Autoren: Nadine Dobberstein, Stadt Duisburg; Jana-Maria Hahn, Stadt Frankfurt am Main; Angelika Kurtic, Landeshauptstadt München; Monika Schanz, Landkreis Lindau

2.1 Einleitung

Im Tätigkeitsbereich der Elternarbeit und Familienbildung sind Kooperation und Netzwerkarbeit unerlässlich. Eine Verbesserung und Stabilisierung der bildungs- und -entwicklungsfördernden Angebote macht ein gemeinsames Handeln und Entscheiden der Akteure vor Ort erforderlich. Die Zusammenführung der Akteure in Form eines Netzwerks oder einer Kooperation fördert eine koordinierte Zusammenarbeit, einen aktiven Austausch, eine verbesserte Qualität der Angebotsstruktur und eine Bündelung von Ressourcen und Wissen. Eine gemeinsame, gegenseitige Information aller beteiligten Akteure unterstützt die Entwicklung einer aufeinander abgestimmten Angebotsvielfalt und ermöglicht die Stabilisierung der Bildungsangebote.

2.2 Verständnis von Kooperation und Netzwerken

Was ist Kooperation?
Eine Kooperation bezeichnet das Zusammenwirken und die Zusammenarbeit mehrerer Personen oder Systeme. Von der Koexistenz – ein unabhängiges Nebeneinander – über die Koordination, die Vorgänge aufeinander abstimmt und gegenseitig zuordnet, bis zur Koalition, in der sich verschiedene Akteure zu einem Bündnis zusammenschließen. Grundlegend für unser Verständnis von Kooperation ist zunächst ein gemeinsames Ziel, dessen Erreichung einen persönlichen bzw. institutionellen Nutzen einbringt.

Ein gemeinsames Ziel muss zu Beginn festgelegt werden, damit Kooperation bzw. Koalition gelingt. Denn oftmals stehen die Kooperationspartner in einem Konkurrenzverhältnis in Bezug auf Zuständigkeiten, Gelder etc. zueinander.

Kooperationen

Bei Kooperationen handelt sich um eine klar definierte Gruppe mit einer übersichtlichen Teilnehmerzahl, einem exakt definierten Ziel und dezidierten Aufgaben. Sie endet in der Regel mit der Erreichung des Ziels.

Das bedeutet, dass Abstimmungsprozesse zwischen den Partnern grundsätzlich notwendig sind:

- Klarheit über die verschiedenen Zuständigkeiten, auch organisatorischer Natur (zum Beispiel Schule, Jugendhilfe, Jugendamt usw.) gewinnen
- Kontinuierlicher Informationsfluss und Transparenz
- Abstimmung zwischen Verantwortlichen über Angebote und Passung

Was ist ein Netzwerk?
Ein Netzwerk bezeichnet einen Zusammenschluss mehrerer Akteure, das ein gemeinsames Anliegen, Thema usw. hat und einem Informationsaustausch dient. Aus dem Netzwerk können Kooperationen entstehen, wenn neben einem reinen Informationsaustausch die Akteure ein konkretes Ziel entwickeln. Im Bereich der Eltern- und Familienbildung kann dies zum Beispiel die Abstimmung von Angeboten, aber auch eine Positionierung hinsichtlich Forderungen auf politischer Ebene sein.

Sie können zudem entlasten und vorhandene Ressourcen in Bezug auf Projektentwicklung bündeln. Öffentlichkeitsarbeit, Analysen, Koordination von Aktivitäten können auch – je nach Besetzung bzw. auf welcher Ebene – eine steuernde Funktion haben.

Um diese Aufgaben bearbeiten zu können, sind folgende Bedingungen zu gewährleisten:

Auf der Ebene der Teilnehmer:

- die Erarbeitung und Beachtung von Regeln und Ritualen
- Festlegung von einem oder mehreren Sprechern, ggf. Festlegung einer Geschäftsordnung (und die Verteilung der administrativen Aufgaben)
- Sicherung und Dokumentation der erarbeiteten Themen und eine Herstellung von Transparenz

Auf der Ebene der Steuerung:

- die Bereitstellung eines angemessenen Teils ihrer Arbeitszeit für Netzwerkarbeit
- der erklärte Wille zur Beteiligung seitens der Leitung
- der Umgang mit Datenschutz und vertraulichen Informationen muss geregelt und autorisiert sein

Netzwerk

Ein Netzwerk ist eher als eine offene Gruppe zu bezeichnen, mit variabler Teilnehmerzahl und dem Hauptziel des thematischen Austauschs. Es gibt in der Regel kein definiertes Ende der Netzwerkarbeit.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Entwicklungsgruppe „Kooperationen und Netzwerkarbeit“ haben im Verlauf des Programms „Lernen vor Ort“ unterschiedliche Formen der Kooperation und Netzwerkarbeit kennen gelernt bzw. sind mit unterschiedlichen lokalen Ausgangslagen und Aufträgen in der Funktion als Koordinatorin bzw. Koordinator konfrontiert worden. Die einzelnen „Lernen vor Ort“-Kommunen unterscheiden sich deutlich in Größe, Rahmenbedingungen, Vorerfahrungen sowie in der Art und Weise der Anbindung an die bestehenden Strukturen.

Eine ausführliche Darstellung unterschiedlicher Fallbeispiele aus verschiedenen Kommunen und Kreisen wird in Abschnitt 2.3.3 dargestellt. So zeigen die unterschiedlichen Erfahrungen, dass neben den oben genannten allgemeingültigen Punkten, die lokalen Gegebenheiten und damit auch die Herangehensweisen sehr unterschiedlich sein können. Eine wichtige Erkenntnis ist, dass die örtlichen Strukturen und Gegebenheiten ein zentrales Unterscheidungsmerkmal, gleichzeitig aber auch mit die wichtigsten Erfolgsfaktoren darstellen. So kann beobachtet werden, dass in großen Städten vor allem Kooperationen in Kleingruppen etabliert werden. In ländlich strukturierten Landkreisen kann dieser kleingliedrige Ansatz nicht verfolgt werden. So werden hier eher Kooperationsformen gewählt, die eine übergreifende Zielsetzung verfolgen und die einzelnen Maßnahmen nachhaltig entwickeln und betreuen.

Folgende Fragen sind individuell für jede „Lernen vor Ort“-Kommune zu beachten:

- Wo ist „Lernen vor Ort“ angesiedelt? In welchem Dezernat, bei welchem Amt, welcher Behörde usw.?
- Mit welchen Kompetenzen ist die Koordinationsstelle ausgestattet?
- Wie groß (Flächengröße, Einwohnerzahl) ist das jeweilige Gebiet? Wie groß ist der Teilnehmerkreis und aus welchen Professionen setzt er sich zusammen?
- Wie groß sind die jeweiligen Entfernungen? Handelt es sich um ein Quartier, eine Stadt, einen Landkreis, sodass möglicherweise große Entfernungen zu überbrücken sind?
- Wie viele Menschen kümmern sich in diesem Handlungsfeld um Eltern- und Familienbildung und habe ich immer die gleichen Teilnehmer und Ansprechpartner?

2.3 Kooperations- und Netzwerkformen

Mit der Untersuchung der unterschiedlichen Fallbeispiele der mitwirkenden Kommunen konnten verschiedene Formen und Phasen definiert werden. Nachfolgend sollen nun anhand von zwei konkreten Fallbeispielen in einer ländlich strukturierten Kommune die Phasen dargestellt werden. Diese sind in der Regel chronologisch aufeinander aufgebaut und werden wie folgt überschrieben:

- **Phase 1:** Ausgangssituation bzw. Auftrag
- **Phase 2:** Zusammenstellung/Beteiligung
- **Phase 3:** Entwicklungsphase
- **Phase 4:** Umsetzung
- **Phase 5:** Evaluation, Rückmeldung, Ergebnissicherung

Gleichzeitig können drei Formen beobachtet werden, die wiederum auf drei verschiedenen Ebenen anzusiedeln sind:

- **Form 1:** Kommunale Steuerung
- **Form 2:** Verwaltung
- **Form 3:** Operativ

Die Beispiele wurden deshalb gewählt, weil hier die einzelnen Formen von der Entstehung bis zur Verstetigung darstellbar sind. Innerhalb der Infokästen werden parallel zur Beschreibung des Netzwerkes bzw. der Kooperationen die Formen und Phasen beschrieben.

Top-Down-Ansatz (Arbeitskreis Soziales)
Ein Förderprogramm zur Regionalentwicklung erforderte in einer Kommune die Gründung eines Arbeitskreises im Bereich Soziales. Die Impulse hierfür kamen von Landrat und Kreistag. Mit der Implementierung des Arbeitskreises sollte ein Gremium geschaffen werden, das nah an der operativen Ebene Impulse aufgreift und deren Notwendigkeit für die Region prüft.

Mit der Gründung des Arbeitskreises wurde die Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises beauftragt. Diese nahm mit Entscheidungsträgern der politischen und handlungsspezifischen Ebene Kontakt auf. Hier wurden Vertreter in Person von Kreisrätinnen und Kreisräten und Vertreterinnen und Vertretern aus allen Bereichen der Sozialgesetzgebung wie Jugendsozialarbeit, Gesundheitsamt, soziale Dienste, Altenpflege und Erziehungsberatungsstelle entsandt.

Phase 1: Ausgangssituation/Auftrag Zu Beginn einer Kooperation bzw. eines Netzwerkes steht ein Auftrag der übergeordneten Instanz bzw. ein Impuls durch Dritte	**Form: Kommunale Steuerung** Kooperationen und Netzwerke auf der Ebene der kommunalen Steuerung dienen im Regelfall der Entscheidungsfindung und müssen mit der strategischen Ausrichtung der Kommune bzw. der beteiligten Institutionen abgestimmt sein. Diese sind eher als Gremien mit politisch oder juristisch definiertem Auftrag zu bezeichnen.
Phase 2 und 3: Ausgangssituation/Auftrag In dieser Phase wird die Zielsetzung klarer, die Rollenverteilung definiert und die Rahmenbedingungen der Zusammenarbeit werden geklärt.	**Form: Verwaltung** Zur Umsetzung der Entscheidung auf strategischer Ebene bedarf es in der Regel einer intensiven Zusammenarbeit, Kooperation bzw. Vernetzung der einzelnen Akteure der Verwaltung. Diese sind in der Regel durch themenspezifische und durch das Arbeitsumfeld definierte Arbeitsgruppen gekennzeichnet.
Phase 4: Umsetzung Während der Umsetzungsphase entstehen oftmals neue Kooperationen oder Kleingruppen zur Umsetzung oder zur Entwicklung von weiteren Projekten bzw. Produkten.	**Form: Operativ** Die Umsetzung einzelner, zielgerichteter, inhaltlich wie auch zeitlich klar definierter Projekte finden in der Regel auf operativer Ebene zwischen den Akteuren vor Ort statt. Hier sind klar definierte und vertraglich festgelegte Kooperationen zu finden.

Von Seiten des Jobcenters und der Agentur für Arbeit wurden keine Vertreter benannt, zumal die Gleichstellungsbeauftragte die Schnittstelle hierzu übernehmen und die Vertreterin des Bildungsbüros diese Belange vertreten konnte. Eine Vertretung des Förderprogramms war auch ständiges Mitglied des Gremiums. Die Leitung des Arbeitskreises wurde zum einen mit der Gleichstellungsbeauftragten als Vertretung der kommunalen Steuerung und zum anderen mit einer Kreisrätin als Vertretung der politischen Entscheider festgelegt. Mit der Besprechungsfrequenz von einer Sitzung pro Quartal musste keine explizite Freistellung zur Mitarbeit erreicht werden.

Aus der Arbeit ergaben sich unterschiedliche Handlungsimpulse. Diese waren zum einen aus der operativen Ebene eingebracht worden, zum anderen durch die Akteure im Arbeitskreis angestoßen. Ein Kernstück dieser begleitenden Phase war die Präsentation von laufenden Projekten im Arbeitskreis. Hierbei wurden Potenziale von Kooperationen in der Umsetzung sichtbar. So entstanden mehrere Projekte in Kooperation, was sich im Hinblick auf die Vernetzung der Akteure im Themenfeld als äußerst gewinnbringend darstellte. Für den Arbeitskreis ergab sich an dieser Stelle die Notwendigkeit, die Operative, also freie Träger, Vereinigungen von Ehrenamtlichen sowie an der Zielgruppe tätige Institutionen als ständige Mitglieder in den Kreis aufzunehmen.

Eine dauerhafte Begleitung der Aktivitäten durch den Arbeitskreis konnte etabliert werden. Darüber hinaus stellten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der operativen Ebene wichtige Impulsgeber für weitere Projekte im Programm dar. Der Anreiz zur Mitarbeit liegt in der zentralen Stellung, die der Arbeitskreis bezüglich Kommunikation auf allen Ebenen und Transparenz zwischen den Akteuren der einzelnen Vorhaben einnimmt.

Es stellte sich heraus, dass im Sinne einer effizienten Sitzungsgestaltung zu bestimmten Themen Untergruppen installiert werden sollten. So entstanden die Untergruppen „Bürgerschaftliches Engagement“ und „Geschützte Arbeitsverhältnisse im Tagelöhnerprinzip“. Eine Weiterentwicklung des Arbeitskreises mit dem Ziel der Installation eines Gremiums, das sich zunächst aus den Impulsen der Operative speist, ist geplant. Diese Impulse sollen wiederum mit der strategischen Steuerungsebene im Landkreis abgestimmt und in die dortigen Entscheidungen eingebracht werden. Aber auch der Impuls von Seiten der strategischen Ebene der Entscheidenden soll in das Gremium einfließen und wiederum in die operativen Prozesse eingebunden werden.

Mit dieser veränderten Funktion verlässt der Arbeitskreis jedoch die Ebene eines lockeren Netzwerkes, das innerhalb der Funktionen bedient werden kann, zumal hier neben Impulsen der Abgleich der strategischen Entscheidungen auf die Umsetzungsebene stattfinden soll. So muss nun die Zusammensetzung überdacht sowie die Entscheiderebene aktiv einbezogen werden. Darüber hinaus müssen neben dem klaren Auftrag auch die Rolle der Moderation und die zugehörigen Ressourcen festgelegt werden. Hierfür bedarf es einer Entscheidung innerhalb des zuständigen Ausschusses im Landkreis. Mit diesem Schritt wird aus dem themenorientierten und zeitlich definierten Netzwerk ein fest installiertes verstetigtes Netzwerk, das zielgerichtet und begrenzt Kooperationen anstößt und begleitet.

Bottom-Up-Ansatz (Arbeitskreis Medienkompetenz)

Der Arbeitskreis Medienkompetenz entstand im Gegensatz zum vorab beschriebenen Beispiel aus einer Initiative der operativen Ebene. Die Idee der Veranstaltung eines Präventivtheaters im Bereich Medienprävention veranlasste den Jugendbeauftragten, verortet in der kommunalen Jugendarbeit, Schlüsselakteure zu einer Arbeitsgruppe einzuladen.

Aus der ersten Idee einer einzelnen Veranstaltung entwickelte sich eine ganze Veranstaltungsreihe. Um nun einen Handlungsspielraum zu schaffen, war an dieser Stelle die Einbindung der Ebene der Entscheidenden notwendig. So wurde in einem ersten Schritt der notwendige Teilnehmerkreis nochmals überdacht, um allen präventiv arbeitenden Institutionen des Landkreises die Möglichkeit der Mitwirkung im Arbeitskreis zu ermöglichen. Die Beteiligten wurden dazu angehalten, von ihren jeweiligen Vorgesetzten einen Auftrag zur Mitwirkung zu erbitten. Für die Umsetzung der Veranstaltungsreihe wurde der Landrat als Schirmherr gewonnen, sodass der Stellenwert der Mitarbeit im Arbeitskreis nochmals erhöht werden konnte.

Für die Umsetzung der einzelnen Veranstaltungen innerhalb der Veranstaltungsreihe zeigten sich die einzelnen Institutionen verantwortlich, sodass sie hier eine gewisse Profilschärfung im Arbeitskreis vornehmen konnten, was die Überzeugungsarbeit bei den Vorgesetzten erleichterte. Gezielt wurden Kooperationsverträge geschlossen oder Aufträge erteilt. Da der größte Teil der Veranstaltungen kostenfrei angeboten wurde und die Beteiligten sich ohne Kostenübernahme durch Dritte beteiligten, wird hier eher von einer Kooperation gesprochen. Hinzu kommt die Tatsache, dass die Vereinbarung der Zusammenarbeit für ein bestimmtes Thema mit festgelegtem Zeitrahmen und Umsetzungsverantwortlichkeiten geschlossen wurde. Mit der Durchführung der Veranstaltungsreihe endeten diese Kooperationen und gingen in eine Form des informellen Austausches über.

Der Arbeitskreis betrieb seine Arbeit weiter mit der Evaluation der Veranstaltungsreihe. An dieser Stelle gingen die Moderation und die Koordination in den Verantwortungsbereich des Bildungsbüros über. In diesem Zusammenhang nahmen die Fragen der Zielsetzung, des Profils und der Einbettung in die Struktur des Landkreises einen immer stärkeren Stellenwert ein. Hier war vor allem die Frage nach dem tatsächlichen Bedarf der Region zentral, weshalb der Arbeitskreis eine Veranstaltung mit Multiplikatoren zur Bestands- und Bedarfserhebung veranstaltete. Der Bedarf erwies sich als groß, sodass die Anforderungen an den Arbeitskreis nicht mehr im Verhältnis zu seiner Leistungsfähigkeit standen. So definierten die Mitwirkenden ein klares Anforderungsprofil einer Anlauf- und Beratungsstelle und der Einrichtung eines verstetigten Netzwerkes der Akteure mit klarem Mitwirkungsauftrag. Hier war die Anforderung mit einer größeren Ressourcenkapazität verbunden.

Phase 1: Ausgangssituation/Auftrag Auch eine Idee auf operativer Ebene kann den Anstoß für die Gründung eines Netzwerks geben. Hierbei ergibt sich jedoch rasch der Druck der Legitimation und Beauftragung durch die Entscheiderebene. Dies ist mit der Bindung von Ressourcen verbunden.	**Form: Operativ** Kooperationen oder Netzwerke auf operativer Ebene können auch vorrangig dem Austausch dienen und damit einen sehr losen und unverbindlichen Austauschcharakter haben.
Phase 2 und 3: Zusammenstellung und Beteiligung sowie Entwicklungsphase Die Zusammenstellung des Netzwerkes bzw. der Kooperation ist ein sehr sensibler Teil der Netzwerkarbeit. Eine Kenntnis der regionalen Akteure, über deren Entscheidungsbefugnisse sowie Befindlichkeiten sind sehr wichtig.	**Form: Strategische Ebene/ kommunale Steuerung** Bei Großveranstaltungen bieten sich Kooperationen in Form einer Schirmherrschaft an, um den Stellenwert zu verdeutlichen. Diese Kooperationen sind ohne vertragliche Bindung und enden mit der Veranstaltung.
Phase 4: Umsetzung Innerhalb der Umsetzungsphase ist eine klare Definition der Verantwortlichkeiten und Rollen von Nöten. Die Kooperationen sind hier meist zeitlich und inhaltlich klar. Hier ist eine Abgrenzung von einem reinen Auftrag an Dritte sicherzustellen.	**Form: Operativ** Kooperationen auf operativer ebene sollten durch Verträge abgesichert werden. Vor allem bei unentgeltlicher Zusammenarbeit wird damit eine Verbindlichkeit hergestellt.

Weitere Beispiele und Erfahrungen aus den Kommunen Duisburg, Bremen, Lindau und München zu Kooperationen und Netzwerkarbeit im Rahmen von „Lernen vor Ort“ im Handlungsfeld Familienbildung und Elternarbeit

Beispiel 1

	Form 1: kommunale Steuerung	Form 2: Verwaltung	Form 3: operativ
Phase 1: Ausgangssituation/ Auftrag		„Lernen vor Ort“ initiiert eine Veranstaltung/Tagung zum Thema Elternarbeit und Übergänge mit dem Ziel der Sensibilisierung der Fachkräfte und Grüdung von kleinräumigen Netzwerken. Als Ergebnis der Tagung soll sich eine Initiative Elternarbeit und Übergänge entwickeln.	
Phase 2 Zusammenstellung und Beteiligung		Als Kooperationspartner werden unter anderem Jugendamt, Bildungsholding, Schulaufsicht, Referat für Integration, Universität, freie Träger, VHS, Stadtbibliothek, Schulformsprecher und Stadtelternschaft ausgewählt.	
Phase 3 Entwicklungsphase	• Zusammenstellung des Teilnehmerkreises • Einholung von Expertisen aus verschiedenen Ämtern zur Planung diverser Aktionen wie zum Beispiel Workshops • Gründung einer großen Vorbereitungsgruppe, aus der nach zweimaligem Treffen eine Steuerungsgruppe entsteht, die die Tagung planen wird • die Steuerungsgruppe trifft sich alle sechs Wochen zum Austausch des aktuellen Standes sowie zur Festlegung der weiteren Planungsschritte		
	Potenzial	**Schwierigkeiten**	
	• persönliche und bilaterale Gespräche sind am erfolgreichsten • fest definierter und geschlossener Teilnehmerkreis • alle Kooperationspartner wurden über Inhalte der Steuerungsgruppe per Protokoll informiert	• keine schriftlichen Verträge mit den Kooperationspartnern • Kooperationspartner, die nicht in der Steuerungsgruppe sind, versuchen auf Umwegen zu steuern • finanzielle Ressourcen von „Lernen vor Ort“ wecken Begehrlichkeiten • persönliche Konflikte, die ein groß angelegtes Projekt fast zum Scheitern bringen • Aufgabenverteilung innerhalb der Steuerungsgruppe wird nur mündlich geregelt, was mehrfach zu Irritationen führt • fachliche Kompetenzen der einzelnen Kooperationspartner finden nicht genügend Berücksichtigung • nicht alle Beteiligten verfügten über ausreichende Erfahrungen in Kooperationsprojekten und sind nicht hinreichend mit den vorhandenen kommunalen Strukturen vertraut • bereits vorhandene Angebote sind nicht ausreichend transparent und somit sind auch nicht alle in Frage kommenden Akteure eingebunden	
Phase 4 Umsetzung	Die Tagung für eine Initiative Elternarbeit und Übergänge findet statt. Schwierigkeiten gibt es trotz Abschluss von Verträgen, wenn sich Dozenten weigern, ihr Material zur Verfügung zu stellen.		
Phase 5 Evaluation/ Rückmeldung/ Ergebnissicherung	Nach der Tagung Gründung einer Steuerungsgruppe bestehend aus „Lernen vor Ort“ und einer unabhängigen Prozessberaterin; themenbezogen werden weitere Partner integriert. Zur Sicherung der Nachhaltigkeit ist geplant: • Broschüre Best Practice • Dokumentation der großen Fachtagung • Gründung von sozialräumlichen Netzwerken mit Hilfe von moderierten Lokalkonferenzen (im Aufbau), mit anschließender Auswertung und Veröffentlichung der Ergebnisse • Folgeveranstaltung der großen Tagung		

Beispiel 2

	Form 1: kommunale Steuerung	Form 2: Verwaltung	Form 3: operativ
Phase 1 Ausgangssituation/ Auftrag			Viele Angebote von Frauen für Frauen im Stadtteil
			Potenzial: • hohes Engagement der Frauen • große Abdeckung der niedrigschwelligen Bedarfe/ viele niedrigschwelligen Angebote **Schwierigkeiten**: • viele parallele Angebote oder Aktionen • eigenes Angebot hat Vorrang
Phase 2 Zusammenstellung und Beteiligung		Kooperation zwischen „Lernen vor Ort“ und dem Träger eines Nachbarschaftstreffs, um gemeinsam den aktiven Frauen einen Rahmen zu geben – zum Austausch, zur Abstimmung und bei Bedarf zum Aufbau eines Netzwerkes	
		Potenzial: • es werden mehr Frauen erreicht **Schwierigkeiten**: • Eigeninteressen vor Bedarfe	
Phase 3 Entwicklungsphase		Festlegung des Termins und des Ortes für die Veranstaltung sowie schriftliche/persönliche Einladung der Frauen, die Schlüsselfunktionen im Stadtteil inne haben oder aktiv ein Angebot machen	
		Potenzial: • schriftliche Festlegung des Ablaufs sowie der Zuständigkeiten bei der Organisation **Schwierigkeiten**: • Kontaktdaten aller betreffenden Frauen nicht immer vorhanden, daher Zeitaufwand für Recherche	
Phase 4 Umsetzung			Durchführung der Veranstaltung
			Potenzial: • Anwesenheit aller Frauen, die eine Schlüsselfunktion im Stadtteil haben • neutrale Moderation durch „Lernen vor Ort“ und Nachbarschaftstreff • schriftliches Festhalten der Angebote, Planungen und Ergebnisse auf vorbereiteten Plakaten • Strukturierung des Ablaufs **Schwierigkeiten**: • nicht alle Frauen, die aktiv sind, waren anwesend • zum Teil starke Konkurrenz • zwischen den Frauen • Auftreten von sprachlichen • Verständnis- und Verständigungsschwierigkeiten
Phase 5 Evaluation/ Rückmeldung/ Ergebnissicherung	• Protokoll wird erstellt und an alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie alle relevanten Akteure, die nicht teilnehmen konnten, verschickt • zwei Schlüsselpersonen übernehmen Koordination zukünftiger Treffen, die drei bis viermal im Jahr stattfinden sollen • Nachbarschaftstreff und „Lernen vor Ort“ werden zu den Treffen ebenfalls eingeladen		

Beispiel 3

	Form 1: kommunale Steuerung	Form 2: Verwaltung	Form 3: operativ
Phase 1 **Ausgangssituation/ Auftrag**			Beratungsstelle für Schwangerschaftsfragen und kommunale Jugendarbeit initiieren ein Besprechungsgremium mit dem Ziel einer Veranstaltungsreihe
Phase 2 **Zusammenstellung und Beteiligung**	An der Kooperation beteiligt sind Jugendamt, Polizei, Suchtberatung der Caritas, Synergie der freien Träger, Beauftragte für Chancengleichheit, Kinderschutzbund, Beratungsstelle für Erziehungsfragen, Gesundheitsamt und „Lernen vor Ort“.		
Phase 3 **Entwicklungsphase**	Aufbau des Besprechungsgremiums mit den erforderlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Festlegung der Modalitäten für das Gesprächsgremium: • moderierte und protokollierte Besprechungstermine, Moderation erfolgt durch „Lernen vor Ort“ • sechswöchiger Rhythwmus • Kontakte in loser Form über E-Mail		
		Potenzial	Schwierigkeiten
		• persönliche Ansprache mit klar definierter Nutzenargumentation ist hilfreich • Erstkontakt mit den Entscheidungsträgern, dann mit den als sinnvoll • erachteten Personen • auf homogene Gruppe achten, damit es zu keiner Übergewichtung einer Interessensvertretung kommt	• einzelne Kooperationspartner, die für die Umsetzung der Vorhaben sinnvoll sind, finden keine Zeit für die Mitarbeit
Phase 4 **Umsetzung**	Durchführung der Besprechungsgremien		
		Potenzial	Schwierigkeiten
		• klar definierte Handlungsaufträge mit Verantwortlichkeiten und Zeitschiene • alle Informationen sowie Themensammlung laufen bei der Moderation durch „Lernen vor Ort“ zusammen, die wiederum Transfer sicherstellt • durch Verbindlichkeit werden Ergebnisse sichergestellt, verbunden mit Verantwortlichkeiten und Rollendefinitionen • neutrale Moderation und Koordination ist sehr wichtig	• Einhalten von Verbindlichkeiten vor allem bei freien Trägern nicht immer • gegeben auf Grund fehlender zeitlicher Ressourcen
Phase 5 **Evaluation/ Rückmeldung/ Ergebnissicherung**	aus dem Besprechungsgremium entstehen: • eine Impulsveranstaltung zur Definition des landkreisspezifischen Handlungsbedarfs • ein nachhaltiges Schulungsangebot mit Akquise der Finanzierung		

Beispiel 4

	Form 1: kommunale Steuerung	Form 2: Verwaltung	Form 3: operativ
Phase 1 **Ausgangssituation/ Auftrag**	Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit beauftragt „Lernen vor Ort“ mit der Umsetzung eines speziellen Programms zur Sprachförderung in einem ausgewählten Stadtteil		
Phase 2 **Zusammenstellung und Beteiligung**		Die Schulen und Einrichtungen sollen bei der systematischen Entwicklung ihrer Strukturen und Angebote für eine heterogene Schülerschaft und Elternschaft unterstützt werden. Sondierung der Bedarfe im Stadtteil, bessere Verzahnung der Angebote und Verbesserung der vertikalen (Kooperationen der Einrichtungen im Stadtteil) und horizontalen (zwischen den unterschiedlichen Ressorts) Koordination.	
		Potenzial	**Schwierigkeiten**
		• frühzeitige schriftliche Information • Einladung zu einer Infoveranstaltung • auf Nachfrage Besuche mit Präsentation des Programms in den Einrichtungen • Klarheit über Arbeitsaufwand und gegenseitige Erwartung	• viele Schulen haben prinzipiell eine Abwehrhaltung gegenüber neuen Programmen und Projekten auf Grund des Mehraufwands
Phase 3 **Entwicklungsphase**		• Einpassung des Programms in die Strukturen der Einrichtungen • Vorbereitung der gemeinsamen Programm-Fortbildungen mit Schulen und Stadtteileinrichtungen • Erarbeitung von Rahmenbedingungen • Erarbeitung der Indikatorenlisten zur Qualitätssicherung	
		Potenzial	**Schwierigkeiten**
		• Selbstverpflichtung der Einrichtungen zu einer verbindlichen und regelmäßigen Teilnahme an den Sitzungen • Schulen erhalten eine Stunde pro Woche für die konzeptionelle Mitarbeit an den Rahmenbedingungen • fest vereinbarte Zielsetzungen • regelmäßige Information über den Planungsstand	• Belange und Bedürfnisse der Schulen rücken stark in den Vordergrund, wodurch Stadtteileinrichtungen benachteiligt werden • bislang gibt es kein Mandat und keine Ressourcen für die nichtschulischen Bildungsakteure
Phase 4 **Umsetzung**		„Lernen vor Ort“ übernimmt Moderation und Koordinierung des Implementierungsprozesses.	
		Potenzial	**Schwierigkeiten**
		• Ziel- und Leistungsvereinbarungen zwischen Bildungsbehörde und Schulen • Besuche in jeder Einrichtung durch Lernen vor Ort • „Lernen vor Ort“ sichert Transfer von Wissen (Bereitstellung von Materialien, Organisation von Inputs durch externe Referenten, Erstellung und Verteilung der Sitzungsprotokolle, Einarbeitung der Arbeitsergebnisse in die Evaluationsmaterialien) • Schulen erhalten zusätzliche Ressourcen für die Implementierung und Arbeit an den spezifischen Handlungsfeldern	• bislang gibt es kein Mandat und keine Ressourcen für die nicht-schulischen Bildungsakteur

Allgemeine Schlussfolgerungen
Wie die Beispiele aus den Kommunen zeigen, müssen im Zusammenhang mit Netzwerkarbeit und Kooperation im Rahmen von Elternarbeit und Familienbildung im Programm „Lernen vor Ort“ einige Aspekte beachtet werden. Zunächst stellt sich die Frage nach dem Anlass und dem Auftraggeber, da sich danach in der Regel die Gewichtung des Auftrags mit den entsprechenden Ressourcen richtet. Der Auftrag zur Umsetzung des speziellen Programms zur Sprachförderung kam aus der kommunalen Steuerung, was automatisch eine verpflichtende Beteiligung der zuständigen Akteure sowie die Sicherstellung eines gewissen Maßes an zeitlichen und finanziellen Ressourcen dieser Akteure beinhaltet. Kommt der Handlungsbedarf hingegen beispielsweise aus dem operativen Bereich, muss dieser von der nächsten Hierarchieebene gewollt sein, da sonst häufig weder personelle noch zeitliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, wodurch mitunter wichtige Akteure fehlen, die für eine Kooperation bzw. Netzwerkarbeit unentbehrlich sind.

Die Beteiligten zur Initiierung einer Kooperation bzw. eines Netzwerkes müssen im Vorfeld klar benannt sein, einschließlich der Kompetenzen und Verantwortlichkeiten. Die zuverlässige Übernahme der Rolle des „Kümmerers“ muss gegeben sein, da Kooperationen bzw. Netzwerke sonst nicht zustande kommen und gepflegt werden können. „Lernen vor Ort“ hat diese Rolle immer wieder übernommen. Zudem ist zu beachten, dass Eigeninteressen dem Handlungsbedarf unterzuordnen sind, was wiederum für die Verankerung an neutraler kommunaler Stelle spricht. Bei der Schaffung des Netzwerks von Frauen für Frauen in Zusammenarbeit mit dem Träger eines Nachbarschaftstreffs war Voraussetzung, dass es nicht darum geht, möglichst viele Angebote im Nachbarschaftstreff zu ermöglichen, sondern eine parallele Angebotsstruktur zu vermeiden.

Der Auftrag zu einer Kooperation bzw. eines Netzwerkes sollte zudem eine klare Zielsetzung sowie nach Möglichkeit bereits eine Zeitschiene beinhalten. Anhand der Zielsetzung ergeben sich die Zielgruppe und daraus resultierend wiederum die notwendigen Kooperationspartner. Es sind nicht immer alle Akteure vor Ort notwendig, um ein Vorhaben umzusetzen. Allerdings ist es hilfreich, die Schlüsselpersonen zu identifizieren und zu kennen, um diese grundsätzlich zu beteiligen und somit auch durchgängige Transparenz über das Vorhaben zu ermöglichen.

Auch die Form der Kooperation bzw. des Netzwerkes ist entscheidend, da davon sowohl Verbindlichkeiten als auch Ergebnisse abhängen. Wird die eher lose Form des sporadischen Austauschs gewählt, sind andere Ressourcen und Interessen notwendig als bei der konkreten Umsetzung eines Projektvorhabens.

Hier ist zu beachten, dass die Zusammenarbeit und Kommunikation immer wieder von Konkurrenz und Streitigkeiten der Akteure vor Ort beeinflusst werden kann. Hilfreich ist in diesem Zusammenhang eine neutrale Position, was in der Folge meist die Rolle eines Koordinators oder Moderators erfordert. Dies bedeutet jedoch nicht, dass keine fachliche Positionierung erfolgen darf.

Wie es sich bei der Umsetzung von QUIMS bewährt hat, ist es unerlässlich, Vereinbarungen mit den Kooperationspartnern schriftlich festzuhalten. Werden jedoch Vereinbarungen ausschließlich mündlich getroffen, besteht das Risiko einer unzuverlässigen Umsetzung. Zusätzlich sollte jede Vereinbarung auf der betreffenden Hierarchieebene verankert sein.

Ein wichtiger Bestandteil von Kooperationen und Netzwerken ist die Dokumentation, sowohl über die einzelnen Handlungsschritte als auch über den aktuellen Stand sowie die weitere Planungen und Vereinbarungen. Diese Protokolle müssen an alle verteilt werden, um Transparenz zu gewährleisten, alle auf den gleichen Wissenstand zu bringen und Verbindlichkeit herzustellen.

Ist eine Finanzierung notwendig, muss diese bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt der Kooperation geklärt sein, da eine fehlende Kostenübernahme Frustrationen und Verärgerung nach sich ziehen. Neben der strukturellen Verortung von „Lernen vor Ort“ muss das Programm nicht nur etabliert, sondern es muss Zeit zur Vertrauensbildung eingeräumt werden. Erst dann ergibt es Sinn, Kooperationen und Netzwerke bei Bedarf selbst zu initiieren. Um das zu erreichen, hat es sich als sinnvoll erwiesen, an bestehenden Kooperationen und Netzwerken mitzuwirken, um einen anerkannten Stand zu erreichen.

Checkliste
Die nachfolgende Checkliste dient als Leitfaden zur Vorbereitung, Einführung und Umsetzung von erfolgversprechenden Kooperationen bzw. Netzwerken und ist das Ergebnis der Erfahrungen aus den einzelnen Kommunen, die an diesem Kapitel mitgewirkt haben.

	Im Vorfeld und während des Prozesses zu klären	Generell zu beachten
Auftraggeber/ Initiator	• Wer ist der Auftraggeber? • Aus welcher Hierarchieebene kommt der Auftraggeber? • Welche Entscheidungsbefugnisse hat der Initiator? • Müssen Entscheidungsträger überzeugt werden?	• Auftraggeber ist in der Entscheiderposition • Top-Down-Ansatz ist erfolgreicher • Entscheider müssen mit eingebunden werden
Anlass/ Auftrag/ Bedarf	• Was führte zu dem Auftrag? • Welchen Stellenwert nimmt das Thema in der strategischen Ausrichtung der Kommune ein? • Kann eine Mehrheit von Entscheidungsträgern für das Thema gewonnen werden?	• Aktive Beteiligung der Entscheider, inhaltlich wie strategisch
Form	• Auf welcher Ebene ist das Netzwerk bzw. die Kooperation anzusiedeln? • Ist eine Kooperation oder ein Netzwerk anzustreben? • Ist die Form lose oder verbindlich ausgerichtet?	• Hierarchieebenen dürfen nicht übergangen werden • Verbindlichkeiten müssen definiert werden
Beteiligte	• Wer übernimmt die Rolle des „Kümmerers“ • Wer sind die definierten Schlüsselpersonen im Themenfeld? • Wie können die Schlüsselpersonen erreicht werden? • Auf welcher Hierarchieebene befinden sich die Schlüsselpersonen? • Welche Entscheidungsbefugnisse haben die Beteiligten? • Welche Ebene muss beteiligt werden? • Können die Schlüsselpersonen für die Mitarbeit motiviert werden? • Wie kann ein Anreiz zur Mitarbeit geschaffen werden? • Auf welche Feinheiten bzw. Rivalitäten muss geachtet werden? • Was ist die Motivation und Intention für Beteiligung? • Welche Interessen werden durch die unterschiedlichen Beteiligten verfolgt? • Wie wird eine homogene Interessenvertretung sichergestellt?	• Es dürfen keine Akteure im Themenfeld übergangen werden • benötigte Ressourcen müssen im Vorfeld definiert werden • ohne Anreiz keine Mitarbeit • klare Verantwortungsbereiche und „Hierarchieebenen“ innerhalb des Netzwerkes bzw. der Kooperation • Neutralität des „Kümmerers“ • Gleichgewicht der Interessenvertretung
Zielsetzung	• Welche Zielsetzung wird mit dem Netzwerk bzw. der Kooperation verfolgt? • Handelt es sich um eine thematisch klar definierte Zusammenarbeit mit Zeitrahmen? • Wird die Gruppe zur Erarbeitung von Prozessen bzw. Handlungsbedarfen initiiert? • Welche übergeordneten Ziele verfolgt das Vorhaben? • Welche Kleinziele werden verfolgt?	• Klarheit notwendig • Zieldefinitionen mit Meilensteinen und somit auch „Ausstiegsszenarien“ (zeitlich begrenzte Bindung von Ressourcen)
Zielgruppe	• Wer wird mit der angestrebten Zielsetzung erreicht? • Gibt es Randgruppen? Müssen Auswirkungen auf weitere Gruppen berücksichtigt werden? (Schnittstellen)	

	Im Vorfeld und während des Prozesses zu klären	Generell zu beachten
Finanzierung	• Ist eine Finanzierung durch Dritte notwendig? • Wer trägt die Verantwortung für die Finanzmittel?	• Ideelle Netzwerke funktionieren kaum • Missachtung von Förderrichtlinien hat fatale Folgen, hier ist eine Koordination notwendig
Zeitlicher Rahmen	• Wird die Kooperation für ein klar umrissenes Projekt geschlossen • Welche Zeitschiene ist vorgesehen? • Wie wird damit umgegangen, wenn die Zeitschiene nicht eingehalten wird?	
Kooperationspartner	• Wer sind die Partner auf welcher Hierarchieebene • Auf welcher Ebene werden vertragliche Vereinbarungen geregelt? • Wie können notwendige Kooperationspartner gewonnen werden?	• Kommunikation auf Augenhöhe • paritätische Verteilung der Institutionen
Befugnisse	• Wer übernimmt welche Verantwortlichkeiten? • Wie sind Rechte und Pflichten definiert, müssen sie gemeinsam erarbeitet werden und müssen sie vertraglich festgelegt werden (Ausschlussregelungen, Stimmrechte usw.)?	• Rollenkonflikte • eigene Interessen über die Kooperation bzw. das Netzwerk hinaus (Folgeaufträge) können zu Interessenskonflikten führen
Ressourcen		
Personell	• Muss Personal für die Mitarbeit freigestellt werden? • Wer entscheidet über die Freistellung? • Muss durch die Finanzierung eine zusätzliche Stelle geschaffen werden? • Kann die Teilnahme bzw. Abwicklung aus dem personellen Bestand übernommen werden? • Welche finanziellen Mittel sind notwendig?	• Beachtung von Ausschreibungsverfahren (Zeit)
Finanziell	• Kann die Kooperation bzw. das Netzwerk aus bestehenden Ressourcen bzw. aus dem Jahresbudget bedient werden? • Müssen Drittmittel akquiriert werden? • Können die Kooperationspartner Mittel einbringen (notwendige Motivation prüfen)?	• Beachtung von Förderrichtlinien mit Konfliktpotenzial
Materiell	• Welcher Materialeinsatz ist notwendig? (evtl. einmalige Neuanschaffungen) • Auf welche Ressourcen in der Kommune und bei den Kooperationspartnern kann zurückgegriffen werden?	• Verhinderung von einseitigem Nutzen der Beteiligten
Handlungsschritte	• Welche kurz-, mittel- und langfristigen Ziele werden angestrebt? • Wie können diese Schritte beschrieben werden und sind sie messbar?	• Meilensteinplanung • Qualitätsmanagement (Standards)

	Im Vorfeld und während des Prozesses zu klären	Generell zu beachten
Vereinbarungen	• Wie werden Vereinbarungen getroffen (Hierarchieebene)? • Wie werden Vereinbarungen dokumentiert? • Wie wird mit Nichteinhaltung von Vereinbarungen umgegangen? • Finden Delegationen statt? Und wenn ja, durch wen und in welcher Form?	
Kommunikation	• Was sind bestehende Kommunikationsstrukturen? • Was sind Kommunikationswege? • Wie sieht die Konfliktkultur aus? • Wie wird Gleichberechtigung in der Gruppe hergestellt? • Können sich alle Beteiligten auf einer Augenhöhe begegnen? • Wie wird Partizipation sichergestellt? • Wer nimmt die Rolle des Moderators bzw. Koordinators ein?	• Neutralität des Moderators • Redezeit gerecht verteilen
Dokumentation	• Wie werden die Fortschritte, Vereinbarungen und Ergebnisse dokumentiert (Protokoll, persönliche Notizen)? Wer übernimmt hierfür die Verantwortung? • An wen geht die Dokumentation? • Gibt es Dokumentationsverpflichtungen aus der Finanzierung? • Wie müssen diese gepflegt werden und wie sind die Verantwortlichkeiten hierfür geklärt?	• Dokumentationsstandards, siehe Qualitätsmanagement • Transfer von Wissen an alle Beteiligten, Kooperationspartner und Schlüsselfiguren muss sichergestellt sein
Reflexion		
Potenziale	• Welcher Nutzen kann für die Beteiligten aus der Zusammenarbeit gezogen werden? • Welcher zusätzliche Nutzen ergibt sich für die Beteiligten und für die Kommune? • Welche Entwicklungsmöglichkeiten ergeben sich für die Kommune und für die Beteiligten aus der Kooperation bzw. aus dem Netzwerk? • Welcher Nutzen ergab sich aus der Kooperation bzw. aus dem Netzwerk? • Konnte eine Verstetigung der Kooperation bzw. des Netzwerkes erreicht werden? Wenn nicht, warum?	• Transparenter Umgang mit auftretenden Schwierigkeiten • gemeinsame Lösungssuche (Partizipation)
Schwierigkeiten	• Mit welchen Schwierigkeiten muss gerechnet werden (in Abhängigkeit von Personen, Finanzen und Rahmenbedingungen)? • Was könnte die Kooperation bzw. das Netzwerk zum Scheitern bringen (mit Abwägung der Relevanz bzw. Wahrscheinlichkeit)? • Wie wirkt sich ein Scheitern auf die Kommune bzw. auf das Verhältnis zu den Beteiligten aus? • Welche Schwierigkeiten sind aufgetreten und wie wurde darauf regiert? • Was lässt sich daraus ableiten?	

3. Koordination der Akteure zur zielgruppenspezifischen Ansprache entlang der Lebensphasen

Autorinnen und Autoren: Tanja Hoprich, Landkreis Mühldorf a. Inn; Mirco Johannes, Heidekreis; Detlef Knapp, Stadt Mannheim; Hedwig Lucks, Landkreis Osnabrück; Birgit Piltman, Kreis Lippe; Claudia Serschen, Stadt Herne; Inge Wilkens, Landkreis Stade

3.1 Thematische Einführung

Familien waren und sind einem steten Wandel ausgesetzt. In den letzten Jahren fand eine beschleunigte Differenzierung unterschiedlicher Familienformen statt. Dies liegt nicht nur an übergreifenden gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen, sondern ist auch das Ergebnis unterschiedlicher sozialkultureller Entwicklungen [10]. Beispielsweise führen sowohl die gesellschaftliche Individualisierung als auch die Pluralisierung der Wertvorstellungen zu einer verstärkten Berufstätigkeit der Mütter [11].

Dieser und andere Wandlungsprozesse beeinflussen nicht nur die familiären Lebensformen, sondern wirken sich auch auf die Lebenslagen der Familien aus. Darüber hinaus beeinflusst die unterschiedliche Ausstattung mit Ressourcen den Zugang zu Bildungsangeboten. Neben der ökonomischen Situation sind auch Mobilität und vorangegangene Erfahrungen in der persönlichen Lernbiographie der Eltern entscheidende Faktoren, ebenso wie die Haltung zu Bildungsangeboten im sozialen Milieu der Familien. Doppelte Erwerbstätigkeit der Eltern oder auch die Kombination verschiedener Minijobs machen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf schwierig und führen häufig zu einer Mehrbelastung und Überforderung der Eltern. Familienleben ist vor diesem Hintergrund nicht mehr nur noch privater Rückzugsort, sondern von vielschichtigen Organisations- und Managementaufgaben geprägt.

Auf Grund der Vielfalt von Familienformen und der unterschiedlichen Ausstattung mit Ressourcen sind auch die Bedarfe an familenbildenden, unterstützenden Maßnahmen komplexer geworden. So gilt es, die bisherige Angebotspalette an die jeweiligen Lebenslagen von Familien anzupassen. Auf diese Veränderungen einzugehen, ist eine wichtige Aufgabe der Familienbildung und Elternarbeit.

Im Bereich der Familienbildung und Elternarbeit kann insgesamt ein vielfältiges Angebot verzeichnet werden. Um allerdings die entsprechenden Zielgruppen zu erreichen, bedarf es der Entwicklung passgenauer und bedarfsgerechter Angebote. Zentrale Ansatzpunkte für eine Weiterentwicklung der Angebotsstrukturen liegen in der Berücksichtigung der Lebensphasen einzelner Zielgruppen. Daraus resultiert die Planung und Koordination der Akteure vor Ort. Ein wichtiger Erfolgsfaktor für eine gute Koordination vor Ort liegt in der Identifizierung der wichtigsten im Bereich Familienbildung und Elternarbeit agierenden Akteure auf der Basis einer soliden Datengrundlage. Nachfolgend müssen dann tragfähige Strukturen entwickelt, Doppelstrukturen abgebaut und sinnvolle Vernetzungen einschließlich aller relevanten Partner aufgebaut werden. Nur so können letztlich funktionierende und passgenaue Strukturen entstehen.

Neben der Koordinierung der verschiedenen Akteure gilt es jedoch auch, die Zielgruppen und deren bevorzugte Art der Ansprache herauszufinden. Als Werkzeug zur Bestimmung der unterschiedlichen Zielgruppen wird im folgenden Teil auf die aus dem Marketingsektor stammende Sinus-Milieu-Studien zurückgegriffen. Die Sinus-Milieus gruppieren Menschen, die sich in ihrer Lebensauffassung und Lebensweise ähneln. Die grundlegende Wertorientierung geht dabei ebenso in die Analyse ein wie Alltagseinstellungen hinsichtlich Arbeit, Familie, Freizeit, Geld und Konsum.

Die dargestellten Milieus tragen zu einem besseren Verständnis verschiedener Lebenswelten bei und erleichtern so den Zugang. Da die eigentliche Sinus-Milieu-Studie nicht speziell für die Identifizierung verschiedener Elterngruppen entwickelt ist, haben die an dem Bericht beteiligten „Lernen vor Ort“-Kommunen eine modifizierte Version, angelehnt an das Modell der Elternschule Hamm, entwickelt. Durch dieses Modell ist es möglich, eine Klassifizierung und Bedarfsermittlung für eine Region, ob Stadt oder Land, vorzunehmen. [12]

3.2 Herausforderungen für die Kommune

Die Zugänge zu Bildungs- und Unterstützungsangeboten vor Ort sind ein wichtiges Kriterium für Familien zur Wahl ihres Wohnortes und stehen für eine messbare Lebensqualität in der Kommune. Der Unterschied wird besonders mit Blick auf die ländlichen Regionen bedeutsam, da hier die Angebote nicht wie in Ballungszentren vorhanden und zentral erreichbar sind. Mit der gesetzlichen Verankerung der Familienbildung im Kinder- und Jugendhilfegesetz (§ 16 SGB VIII) werden die Angebote der Familienbildung als Leistung der Jugendhilfe platziert. Familienbildung wird als ein Arbeitsfeld der Kinder- und Jugendhilfe verstanden, das Hilfe und Unterstützung bereithält, um die Lernprozesse in Familien zu fördern. Dabei sind ebenso die Angebote relevant, die eine Kommune etabliert.

Für den Auftrag einer Koordination in der Familienbildung als Handlungsfeld des Bildungsmanagements ist deshalb die enge Kooperation mit dem örtlichen Jugendhilfeträger ein besonders wichtiger Erfolgsfaktor. Die Angebotsformen im Rahmen der Familienbildung sind vielfältig. Es bestehen die wichtigen und bekannten Angebote wie zum Beispiel Eltern-Kind-Kurse, Säuglingskurse, Vorträge, Informationsveranstaltungen. Kommunen sind herausgefordert, sich ihre Ausrichtung auf und für Familien zur aktiven Aufgabe zu machen. Dabei sollen die im nachfolgenden Kapitel dargestellten Ausführungen zur Zielgruppenansprache eine systematische Orientierung geben.

Jede Lebensphase hat für Familien ihre eigenen Herausforderungen und Ansprüche. Der Einstieg in die Elternschaft, die Elternorientierung, ist die Basis für den weiteren Verlauf. Eltern legen den Grundstein dafür, dass Kinder lernen können. Insbesondere bei bildungsbenachteiligten Familien stellt die frühe Einbindung die manchmal einmalige Chance der Kontaktanbahnung und einen damit verbundenen Abbau von Hemmschwellen der Familien gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kommune, Gemeinde etc. dar.

In diesem Sinne bieten die frühen Angebote in der Phase der Elternorientierung die Chance zur Profilierung als moderne, familienfreundliche Kommune, die die Akzeptanz und Wertschätzung von Familien mit einer nachhaltigen Gestaltung der relevanten Angebote verbindet. Es gilt dabei nicht nur, die Ansprüche und Herausforderungen der Institutionen im Blick zu behalten, sondern auch die lebensbiographischen Krisen und Risiken des Einzelnen zu berücksichtigen. Die Entwicklung des Kindes bzw. der Familie ist Risiken ausgesetzt – Herausforderungen, Brüche, Krisen sollen und müssen von der Familie bewältigt werden. Was kann eine Kommune zum Gelingen beitragen?

Die Herausforderungen junger Menschen und Familien, die Risiken und Brüche, können häufig nicht mehr ohne Unterstützung durch die öffentliche Kinder- und Jugendhilfe bewältigt werden. Die Optimierung des Zusammenspiels zwischen der Schule als klassische Bildungseinrichtung, der Familie als Basis für die Bildungsbiographie und der Kinder- und Jugendhilfe als Möglichkeit der zweiten (Bildungs-)Chance, stellt für die Kommunen eine Herausforderung dar, die sich letztlich auch in Zahlen messen lassen muss. Die Verzahnung der einzelnen Aspekte dieses Bereichs setzt ein Denken über kommunale Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten hinweg voraus. Kommunen stehen damit vor der großen Herausforderung, Bildung ganzheitlich zu betrachten, Leitziele dementsprechend auszurichten und ihre Verwaltung und Organisation flexibler zu gestalten.

3.3 Differenzierung zwischen Stadt und Land

Die unterschiedlichen sozialräumlichen Rahmenbedingungen sind ein wichtiges Kriterium, wenn es um die Entwicklung einer bedarfsgerechten Familienbildung und Elternarbeit geht. Eine Differenzierung der Strukturen im städtischen und ländlichen Raum ist vorzunehmen und die sich daraus ergebenden Anforderungen für die konzeptionelle Ausgestaltung der Familienbildung und Elternarbeit sind zu beachten. Es bestehen nicht nur deutliche Unterschiede bezüglich der Lebensformen in der Bevölkerung, sondern auch im Aufbau der Siedlungs- und Infrastruktur [13].

Charakteristisch für den städtischen Raum ist die Heterogenität der sozialen Milieus bzw. die Vielschichtigkeit der familiären Lebenswelten. Verglichen mit dem urbanen Lebensstil ist die Lebensführung auf dem Land stärker an Traditionen sowie an Familien- und Verwandtschaftsverbünden ausgerichtet. Unterschiede zwischen dem städtischen und ländlichen Raum bestehen auch hinsichtlich der regionalen Angebotsdichte und der Mobilität. So findet man im städtischen Raum ein reichhaltiges

dezentrales Angebot, das durch den weitläufig ausgebauten öffentlichen Personennahverkehr gut erreichbar ist. Im ländlichen Raum ist die Angebotsdichte weitaus geringer. Institutionen der Familienbildung und Elternarbeit lassen sich häufig nur zentral, in Orten mit einer höheren Bevölkerungsdichte, nieder. In diesem Kontext sind mitunter selbstorganisierte Initiativen entstanden, die dem Dachverband von Vereinen, Kirchen und Pfarrgemeinden zuzuordnen sind. Insgesamt sind Angebote im ländlichen Kreis auf Grund des weniger ausgebauten öffentlichen Personennahverkehrs deutlich schwieriger erreichbar und setzen eine persönliche Mobilität der Familien voraus. Da diese häufig nicht gegeben ist, wird vor allem die Mobilität der Familienbildungsanbieter zunehmend wichtiger.

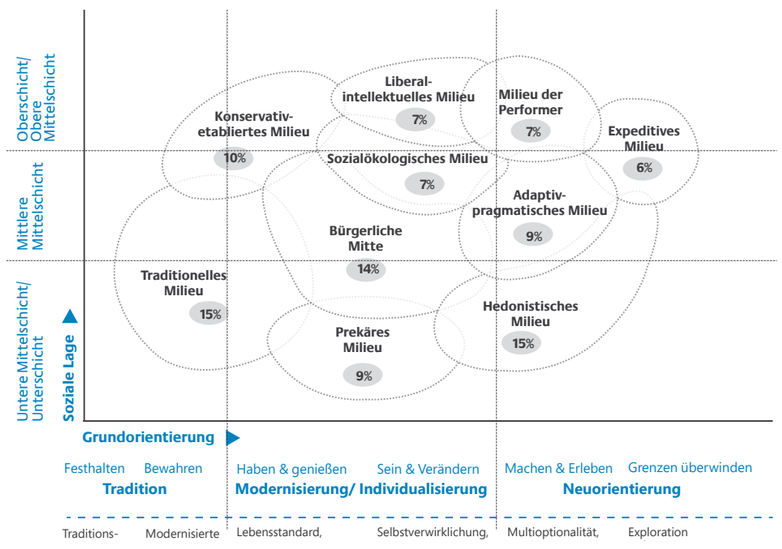
Durch die Schaffung von Geh-Strukturen sollten Angebote deshalb an alltagsnahen Orten integriert werden. Geeignet wären beispielsweise Vereine, Kindertageseinrichtungen und Schulen. Aber auch kommerziell genutzte Räumlichkeiten, wie gastronomische Einrichtungen, Markttreffs und andere Geschäftsräume, können niedrigschwellige Orte für familienbildende Angebote darstellen. Da das Familien- und Erwerbsleben aufeinander wirkt und sich gegenseitig beeinflusst, können auch Arbeitsstätten und Betriebe für die Erreichbarkeit der berufstätigen Eltern, insbesondere der Väter, wesentlich sein [14]. Ob strukturstarke städtische oder strukturschwache ländliche Regionen – gerade der Aspekt der Familienfreundlichkeit ist ein wesentlicher Standortfaktor für regionale Unternehmen und ihre Leistung für das Gemeinwesen. Die Ausgestaltung der Familienbildung ist ein wichtiger Baustein. Vor diesem Hintergrund ist auch für den ländlichen Raum der Ausbau familienfreundlicher Strukturen wichtig, denn der demographische Wandel und die Abwanderung der Fachkräfte sind hier bereits spürbar.

3.4 Modelle zur Zielgruppendefinition

Wie im vorangegangenen Abschnitt beschrieben, stellen Sinus-Milieu-Studien aus Sicht der beteiligten „Lernen vor Ort“-Kommunen ein sinnvolles Grundlagenmodell zur Zielgruppendefinition dar. In klassischen Sinus-Milieu-Studien werden die einzelnen Zielgruppen ausgehend von ihrer sozialen Lage (Y-Achse) und Grundorientierung (X-Achse) in einem Koordinatensystem verortet. Auf Grund ähnlicher Ausprägungen werden dann einzelne Milieus gebildet, wobei innerhalb eines Milieus durchaus eine größere Bandbreite an Orientierungen und sozialen Lagen anzutreffen ist. Verknüpfungen zwischen einzelnen Milieus sind möglich, wobei oftmals eine Abgrenzung nach „unten“ stattfindet.

Abbildung 3:
Klassisches Sinus-Milieu-Modell

Quelle: www.sinus-institut.de/uploads/pics/Die_Sinus-Milieus_in_Deutschland_2010.jpg)
(letzter Zugriff: 17.04.2013)



Innerhalb des Modells der Elternschule Hamm wurden Elterngruppen aus den Milieus der ursprünglichen Sinus-Studie abgeleitet und entlang der Y-Achse gruppiert. Ein weiterer Unterschied zum eigentlichen Modell liegt in der X-Achse, die hier durch einzelne Lebensabschnitte der Kinder definiert wird. Innerhalb der einzelnen Bereiche bzw. Überschneidungen wurden dann bedarfsorientiert einzelne Maßnahmen der Stadt Hamm verortet. So sind zum Beispiel Angebote, die ein hohes Maß an Selbstständigkeit und Interesse erfordern, auch solchen Elterngruppen zugeordnet, die diese Voraussetzungen erfüllen.

Im Modell sind zum Beispiel Mutter-Kind-Gruppen, die hier bei den „Bildungsgewohnten Eltern“ und den „gut integrierten Eltern mit Migrationshintergrund“ angesiedelt sind.

Für die Identifizierung von Zielgruppen wurde in dem vorliegenden Bericht das Modell der Elternschule Hamm dahingehend weiterentwickelt, dass nicht mehr kleinräumig einzelne Lebensabschnitte im Vordergrund stehen, sondern in Übergänge unterteilte Lebensphasen.

Das entwickelte Lebensphasenmodell besteht aus vier einzelnen Phasen, die von der Elternorientierung bis zur allgemeinbildenden Schulphase reichen. Innerhalb der einzelnen Phasen wurden dann einzelne Ausprägungen und Kernthemen bestimmt. Es wurden zum Beispiel im Bereich Elternorientierung der Übergang Paar – Familie und zentrale Themen wie Versorgung und Bindung bestimmt. Die vierte Phase „Allgemeinbildende Schulphase“ schließt mit dem Übergang in Ausbildung oder weiterführender Schule und Hochschule.

Ausgehend von dieser Vorlage sollen sich die nachfolgenden Ausführungen an einem Lebensphasen-Säulenmodell orientieren, das im folgenden Teil dargestellt und erläutert wird. Dieses Modell soll interessierten Kommunen eine umfassende Strukturanleitung bieten.

Es kann sowohl für eine zielorientierte und individuelle Bedarfserfassung und Zielgruppenorientierung, zur Überprüfung der vorhandenen Angebotspalette und zur Entwicklung und Abstimmung von bedürfnisgerechten Maßnahmen genutzt werden.

Abbildung 4:
Abgewandeltes Sinus-Modell der Elternschule Hamm

Quelle: Der GanzTag, in: NRW- Beiträge zur Qualitätsentwicklung, Bartscher, Boßham

	Schwanger-schaft	0-1	2-3	KiGa Bereich	Primar-Bereich	SEK-1-Bereich	SEK-2-Bereich
Bildungsgewohnte Eltern	Geburts-Vorbereitung	PEKIP	Mutter-Kind-Gruppen	SESK	„Lernlust statt Lernfrust“	Aufbruch-Umbruch - kein Zusammenbruch	Aufbruch-Umbruch - kein Zusammenbruch
Bildungsun-gewohnte Eltern				FuN	„Lernlust statt Lernfrust“	Elterncafe-arbeit	
Gut integrierte Eltern mit Migra-tionshintergrund	Geburts-Vorbereitung	PEKIP	Mutter-Kind-Gruppen	SESK	SESK	Aufbruch-Umbruch - kein Zusammenbruch	
Wenig integrierte Eltern mit Migra-tionshintergrund		FAMI Baby	Griff-Bereit	MeiKiFi FuN	FuN MeiKifi ELIF	FuN MeiKifi ELIF	
Eltern mit geringen Bewegungsradius	Geburts-Vorbereitung	Angebote im Nahbereich - Kitas - Schulen - Gemeinden					
Eltern mit hohen Vorbehalten und Ängsten	Hammer Elterntraining						
Eltern mit geringer Zeitstrukturierung	Aufsuchende Ansätze - Lebensweltorientierte Gemeinwesenprojekte Familienpädagogische Wochenenden						

Die Charakteristika der einzelnen Phasen sind im Folgenden als Übersicht dargestellt.

Themenbezogene Charakteristika der Lebensphasen: Das Lebensphasenmodell
Eltern durchlaufen in ihrem Familienleben mit Kindern Phasen, die durch äußere Rahmenbedingungen gesetzt sind und daher für alle gleichermaßen gelten. Jede Phase bietet den Eltern besondere Herausforderungen – Themen und Fragen, denen sie sich stellen müssen, weil sie sich aus dem Leben als Familie ergeben. Daher bietet sich die Entwicklung eines familienbildnerischen Gesamtkonzepts auf der Grundlage des Lebensphasenmodells an. Es orientiert sich an den Entwicklungslinien der Kinder und ist daher für alle Eltern gleichermaßen passend. Da die einzelnen Herausforderungen sehr unterschiedliche individuelle Bedeutungen in den Familien haben können, ist bei der Konzeptionierung als zweiter Aspekt auf die jeweiligen Lebenssituationen zu achten.

Eine Angebotsplanung erfolgt in der Regel entsprechend dem Lebensphasenmodell.

Innerhalb der einzelnen Lebensphasen kann die Vielfältigkeit und somit das pädagogische Handlungsspektrum im Rahmen der Themenwahl durch die Berücksichtigung der Charakteristika unterstützt werden. Die Charakteristika der einzelnen Phasen sind im Folgenden als Übersicht dargestellt.

Zielgruppendefinition
Ein weiterer Aspekt für die Angebotsplanung und -entwicklung ist die jeweilige Lebenssituation von Familien, die sich insbesondere in der Ausgestaltung der Angebote widerspiegeln kann – ausgehend von unterschiedlichen Vorerfahrungen und individuellen Interessen der Eltern können gleiche oder ähnliche Themen in unterschiedlichen Formen angeboten werden.

Die Erfahrungen der an „Lernen vor Ort“ beteiligten Kommunen zeigen auch hier, dass zwar eine Differenzierung der Zielgruppen nach Lebenswelten notwendig, das Angebot zu vieler Untergruppen jedoch für die alltägliche Arbeit nicht sinnvoll ist, da in den meisten Institutionen die Angebotspalette nur einen begrenzten Rahmen umfassen kann.

Abbildung 4: Lebensphasenmodell

Lebensphasenmodell – Herausforderungen für Familien in den einzelnen Lebensphasen

Phase 1 Elternorientierung	**Phase 2** Organisierte frühkindliche Bildung und Erziehung	**Phase 3** Formalisierte kindliche Bildung und Erziehung, Primarstufe	**Phase 4** Allgemeinbildende Schulphase (Sek I+Sek II)
▪ Übergang Paar – Familie	▪ Übergang Familie - KiTa ▪ Vertrauen in Institutionen ▪ Unterschiede zwischen organisierter/öffentlicher und familiärer/häuslicher Erziehung	▪ Übergang in die Grundschule	▪ Übergang in die weiterführende Schule ▪ Unterstützung der Bildungsbiografie im Übergang Schule – Beruf
▪ Begleitung der Entwicklungsbedarfe ▪ zentrales Thema Bildung	▪ Altersgemäße Entwicklungsbedarfe	▪ Altersgemäße Entwicklungsbedarfe ▪ Begleitung der Bildungsbiografie des Kindes (Hausaufgaben, Lernen)	▪ Altersgemäße Entwicklungsbedarfe ▪ Begleitung der Bildungsbiografie des Kindes (Hausaufgaben, Lernen)
▪ Erziehungshaltung entwickeln	▪ Erziehungshaltung/verschiedene Erziehungsthemen ▪ Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Erziehungs- und Lebensmodellen ▪ Eigene Erziehungshaltung stärken, Sicherheit im erzieherischen Alltag	▪ Präzisierung der eigenen Erziehungsziele	▪ Reflexion der Erziehungs- und Alltagssituation
▪ Kontakte zu Familien in gleicher Lebenssituation/ Elternnetzwerk	▪ Neuorganisation des Alltags, Vereinbarkeit Familie/Beruf, Rollenbild „Mutter“, Familienbilder	▪ Neuorganisation des Alltags	
	▪ Erziehungspartnerschaften	▪ Erziehungs- und Bildungspartnerschaft ▪ Verbindlichkeit in Bildungsinstitutionen	▪ Erziehungs- und Bildungspartnerschaft ▪ Verbindlichkeit in Bildungsinstitutionen
▪ Schwangerschaft, Geburtsvorbereitung ▪ Versorgung	▪ Bewertung der Kindsentwicklung durch Fachkräfte ▪ Vermehrte Vergleiche der Entwicklung unter den Eltern	▪ Organisation außerschulischer Bildungsorte/-angebote, informelle Bildungssituationen ▪ Steuerung des sozialen Umfeldes, sozialer Erfahrungen, sozialer Einflussnahmen	▪ Organisation außerschulischer Bildungsorte/-angebote, informelle Bildungssituationen

Als wesentliche Faktoren haben sich die Bildungserfahrung der Eltern und damit deren Bildungsbeteiligung sowie die Ansprechbarkeit für familienpädagogische Programme, also der Wirkungsgrad bezogen auf die Erreichbarkeit durch entsprechende Angebote, herausgestellt.

Die Gruppe der Familien mit Migrationshintergrund wurde bewusst nicht gesondert aufgeführt, da deren Bedarfe genauso vielfältig sind wie die der deutschen Familien und es viele Überschneidungen sowohl in den Themen als auch in den Angebotsformen gibt.

- **Bildungsbeteiligt mit hohem Wirkungsgrad:** Eltern mit eigener erfolgreicher Bildungsgeschichte, die die Entwicklung und Bildung ihrer Kinder aktiv unterstützen. Gerne werden unterstützende Angebote wahrgenommen, oft auch mit großer Eigeninitiative.
- **Bildungsbeteiligt mit geringem Wirkungsgrad**: Eltern mit eigener erfolgreicher Bildungsgeschichte, die die Entwicklung und Bildung ihrer Kinder als ihre persönliche Aufgabe betrachten. Erziehungspartnerschaften in Kindertageseinrichtung und Grundschule sind schwierig, zum Teil von Konkurrenz oder fehlender Wertschätzung begleitet. Unterstützung von außen wird nicht als hilfreich eingeschätzt. Grundlage für familienbildnerische Angebote ist ein individueller Beziehungs- und Vertrauensaufbau, der für die Bedarfe der Kinder sensibilisiert.
- **Bildungsbenachteiligt mit hohem Wirkungsgrad**: Eltern mit eigener schwieriger Bildungsgeschichte, die für ihre Kinder einen besseren Bildungsweg anstreben. Angebote mit hohem Bezug zum Lebensalltag werden wahrgenommen. Häufig sind gezielte Einladungen, Motivation und weitere Hilfen zur Überwindung von Schwellen hilfreich bzw. notwendig.
- **Bildungsbenachteiligt mit geringem Wirkungsgrad:** Eltern mit eigener schwieriger Bildungsgeschichte, deren Leben von Perspektivlosigkeit auch in Bezug auf ihre Kinder geprägt ist. Angebote für diese Zielgruppe müssen unmittelbar lebenspraktische Verbesserungen einschließen, um zu einer Teilnahme zu motivieren. Eine individuelle Unterstützung und Begleitung ist notwendig.

Modell zur Koordination und Planung von Familienbildung
Zur ersten Annäherung und Systematisierung der Erreichbarkeit der Zielgruppe dienen die folgenden Tabellen. Sie können als erstes Planungsinstrument für das Bildungsmanagement dienen und den Einrichtungen einen Überblick über die bestehende Situation und die erforderliche Entwicklung verschaffen. In den Tabellen kann der IST-Stand festgehalten werden. Er dient als Gesprächsgrundlage im Austausch mit den Einrichtungen und ist Planungsinstrument für die nächsten Ziele. Die unterschiedlichen Zielgruppen in den Lebensphasen finden Berücksichtigung. Der erste Schritt auf dem Weg zu einer systematisierten Koordinierung der Familienbildung entlang der Bildungsbiographie findet so seinen Anfang und ist Begleitinstrument der Planung.

3.5 Herausforderungen und Ansatzpunkte für die Koordinierung

Zur Umsetzung einer bedarfsgerechten Familienbildung bedarf es einer Koordinierung. Die Handlungsfelder der Koordination werden im Folgenden beschrieben.

Bestandsaufnahme der bestehenden Netzwerke
Die Bestandsaufnahme der bereits bestehenden Netzwerke, in denen die Akteure aus den Bereichen Bildung, Familienbildung, Gesundheit, Betreuung und Beratung von Familien und Elternarbeit bereits vertreten sind, ist notwendig, um den Aufbau von Doppelstrukturen und die Überlastung der Akteure zu vermeiden. Da die Arbeit der Koordinatoren vom Zusammenwirken der verschiedenen Akteure lebt und es in den meisten Kommunen vorhandene, wenn auch punktuell nicht besonders aktive Netzwerke gibt, sollten diese Beachtung finden. Es entsteht schnell der Eindruck nicht geschätzter Aktivitäten – und das behindert die Koordination und Zusammenarbeit.

Beispiele für diese Netzwerke sind Arbeitskreise von Familienzentren, Arbeitsgemeinschaften nach Familienbildung nach §78 SGB IIIV, Bündnisse für Familien, Arbeitskreise Kinderschutz und je nach Region auch sozialräumlich

	Bildungsbeteiligt mit hohem Wirkungsgrad	Bildungsbeteiligt mit geringem Wirkungsgrad	Bildungsbenachteiligt mit hohem Wirkungsgrad	Bildungsbenachteiligt mit geringem Wirkungsgrad
Phase 4: Allgemeinbildende Schulphase (Sek.I und Sek. II)				
Phase 3: Formalisierte kindliche Bildung und Erziehung, Primarstufe				
Phase 2: Organisierte frühkindliche Bildung und Erziehung				
Phase 1: Elternorientierung (vor der Geburt bis zur institutionellen Betreuung)				

Beispielhafte Planungsübersicht eines zielgruppenorientierten Angebotsspektrums

	Bildungsbeteiligt mit hohem Wirkungsgrad	Bildungsbeteiligt mit geringem Wirkungsgrad	Bildungsbenachteiligt mit hohem Wirkungsgrad	Bildungsbenachteiligt mit geringem Wirkungsgrad
Phase 4: Allgemeinbildende Schulphase (Sek.I und Sek. II)				
Phase 3: Formalisierte kindliche Bildung und Erziehung, Primarstufe				
Phase 2: Organisierte frühkindliche Bildung und Erziehung	Starke Eltern – Starke Kinder	Fachvorträge zur kindlichen Entwicklung	Rucksack-Gruppen FuN-Familie	Elterncafé Elternfrühstück
Phase 1: Elternorientierung (vor der Geburt bis zur institutionellen Betreuung)	Pekip-Kurse Baby-Massage			Sure Start (Münster)
	FuN-Baby			
	Neugeborenenbesuche			

Raster der LvO-Entwicklungsgruppe Familienbildung – Erreichbarkeit der Zielgruppen – Übersicht zur Entwicklung eines zielgruppenorientierten Angebotsspektrums –

arbeitende Netzwerke, die Familien mit im Blick haben. Daher ist es eine vorrangige Koordinationsaufgabe, diese Netzwerke zu identifizieren und die darin zusammenarbeitenden Akteure und deren Netzwerkziele zu erfassen. Im zweiten Schritt werden diese Erkenntnisse im Hinblick auf folgende Fragen ausgewertet:

- Welche Netzwerke verfolgen bereits ähnliche Ziele?
- In welchen Netzwerken arbeiten die für Familienbildung relevanten Akteure bereits zusammen?
- Könnten Netzwerke zusammengefasst werden?
- Welches Netzwerk könnte evtl. gewonnen werden, seine Zielsetzung im Hinblick auf Familienbildung zu erweitern?
- Muss ein neues Netzwerk „Familienbildung“ initiiert werden?

Bestandsaufnahme der Akteure

Familienbildung, die das Ziel hat, bedarfsgerechte Unterstützungs- und Bildungsangebote für alle Eltern anzubieten, erfordert ein breites Spektrum von Akteuren an unterschiedlichen Orten und in unterschiedlichen Funktionen in der kommunalen Bildungslandschaft, um die unterschiedlichen benannten Zielgruppen auf möglichst vielfältige Weise zu erreichen.

Dabei sind die Akteure nicht nur in den klassischen Bildungsinstitutionen wie den Familienbildungsstätten oder der VHS zu suchen, sondern auch zum Beispiel:

- in den Familienzentren (abhängig von den Bundesländern),
- bei Anbietern aus dem freizeitpädagogischen Bereich wie Musik- und Kunstschulen, Stadtsportbund, Bibliotheken, Jugendhäusern
- fachpädagogische Stellen wie Erziehungsberatungsstellen, Familienhilfen, ASD
- kirchliche Träger im Rahmen gemeindepädagogischer Arbeit

Die Identifikation der Akteure kann unter Zuhilfenahme der Netzwerke geschehen, ist ggf. aber auch durch Einzelabfragen bei unterschiedlichsten Trägern und Vereinen zu organisieren.

Die Bestandsaufnahme kann abhängig von bestehenden Strukturen auf unterschiedlichem Wege erfolgen, dabei sollten folgende Aspekte berücksichtigt werden:

- Standort des Akteurs
- Einzugsbereich des Akteurs
- Zielgruppe(n) des Akteurs (entsprechend der Zielgruppendefinition)
- Themenfelder des Akteurs
- Angebotsformen des Akteurs

Die identifizierten Akteure sollten von Beginn an über das Ziel der Bestandsaufnahme informiert und soweit möglich in die strategische Planung einbezogen sein. Im weiteren Verlauf ist die Koordinierung von Familienbildung auf eine gute Kooperation mit den Akteuren in der Familienbildung angewiesen.

Fallbeispiel: Landkreis Mühldorf a. Inn

Um die Familienbildung im Landkreis Mühldorf a. Inn zu erschließen, erfolgte eine Bestandsaufnahme der Familienbildungs- und -beratungsanbieter. Diese wurden zunächst in Gesprächen mit Netzwerkpartnern, wie beispielsweise dem Amt für Jugend und Familie, ermittelt. Aus diesem Kontext heraus entstand dann in der Phase der Bedarfsanalyse auf dem ersten Familiensymposium (siehe „Bedarfsanalyse“, Abschnitt 3.5.4) ein konkreter Auftrag: Um die Bildungsanbieter und deren Angebotsstrukturen für Bürgerinnen und Bürger transparent machen zu können, sollte ein Bildungswegweiser für Familien erstellt werden, der soziale Bildungs- und Beratungseinrichtungen im Landkreis abbildet.

Zur Erstellung des Bildungswegweisers für Familien wurde nach der Recherche der Familienbildungs- und Beratungsanbieter ein Online-Formular für die Anbieter entwickelt, das verschiedenste Daten, zum Beispiel Kontaktdaten, Öffnungszeiten und Kurzbeschreibung der Institutionen, abfragt. Die Rückläufe der Online-Daten wurden anschließend an eine beauftragte Grafikagentur weitergeleitet und in das Layout eingespeist. Anschließend wurde der Korrekturabzug noch einmal zur Abstimmung an alle Anbieter geschickt. Im Bildungswegweiser für Familien wurde eine Kategorisierung der Anbieter hinsichtlich Ihrer Angebote für bestimmte Zielgruppen vorgenommen, die sich an den Lebensphasen orientiert. So wurden Bildungs- und Beratungsanbieter und ihre Angebote von der vorgeburtlichen Phase bis zum Seniorenalter erfasst. Innerhalb dieser Kategorien stehen die einzelnen Anbieter mit einer Aufzählung ihrer Angebote, ihren Kontaktdaten und Öffnungszeiten. Die Spannweite der Angebote und Themen umfasst Schwangerenberatung, Elternkurse, Jugendschutz und Unterhaltsfragen, Ehrenamt sowie allgemeine Bildungsangebote. Darüber hinaus enthält der Bildungswegweiser eine Liste aller Familienbildungsstätten, Kinderbetreuungseinrichtungen sowie Schulen im Landkreis Mühldorf a. Inn. Diese sind nach Gemeinden sortiert, sodass die Bürgerinnen und Bürger beispielsweise schnell die nächstgelegene Kindertageseinrichtung finden. Der Bildungswegweiser liegt in den Bürgerbüros, Rathäusern, Kindertageseinrichtungen, Bildungseinrichtungen und im Landratsamt aus. Eine pdf-Version steht auf der Webseite von Lernen vor Ort www.lernenvorort-muehldorf.de unter „Aktuelles“ zur Verfügung.

Bestandsaufnahme der Familienbildungsangebote

Nach der erfolgten Bestandsaufnahme der Institutionen und Akteure ist der nächste Schritt eine Bestandsaufnahme der bereits bestehenden Familienbildungsangebote in den erfassten Institutionen. So kann festgestellt werden, ob es sowohl für die Zielgruppen, als auch die Herausforderungen entlang des Lebensalters der Kinder entsprechende bedarfsgerechte Angebote gibt.

Gleichzeitig kann es regional hilfreich sein, sich bei der Bestandsanalyse auf bestimmte Institutionen, Themen oder Zielgruppen auszurichten und zu erfragen, was für diese angeboten wird. Die Ausrichtung der Bestandsaufnahme orientiert sich dann an den

	1. Zielgruppe											2. Themenbereiche der Familienbildung												3. Angebotsform						
	nach Alter der Kinder				nach Gruppenform		nach speziellen Zielgruppen																							
Übersicht Familienbildung	1. schwangere Eltern	2. Familien mit Kindern 0-3 Jahre	3. Familien mit Kindern 3-6 Jahre	4. Familien mit Kindern 6-10 Jahre	5. nur Erwachsene (Kinder/Großeltern)	6. Erwachsene + Kinder	7. Frauen / Mütter	8. Angebot mit Übersetzung in anderer Sprache (2.5)	9. Familien mit Zuwanderungsgeschichte (2.5, 2.9, 2.10)	10. Alleinerziehende (2.11)	11. Väter/Mütter (2.13)	1. Stärkung der Erziehungskompetenz / pädag. Themen (2.2, 2.4)	2. Kindliche Entwicklung (2.4)	3. Sprache / Leseförderung (2.4, 2.14)	4. Interkulturalität (2.5)	5. Deutschkurs (2.5, 2.9)	6. Gesundheit / Bewegung (2.8)	7. Gesundheit / Ernährung (2.8)	8. Haushaltführung / Schulden (2.12)	9. Arbeitsmarkt / Berufsorientierung (2.12)	10. Medienkompetenz (2.14)	11. kulturelle Bildung / musisch-kreative ANgebote (2.15)	12. Grundbildung für Eltern	13. Vereinbarkeit von Familie und Beruf	1. Vorträge, Workshops, Seminare für Eltern (Einzelveranstaltungen)	2. Elternkurs / Eltern-Kind-Kurs	3.thematische Elterngesprächskreise	4. Elterncafe	5. Ort für Treffen anderer Institutionen und Elterngruppen	6. Arbeitskreis / von Eltern für Eltern (2.7)	7. Feste
dauerhafte Angebote																														
einmalige Angebote																														

kommunal verfolgten Zielen. Je nach Situation kann diese Angebotserfassung anhand standardisierter Bögen in persönlichen Gesprächen mit den Anbietern oder durch eine Befragung mit standardisierten Bögen auf dem postalischen Weg oder per E-Mail durchgeführt werden.

Fallbeispiel: Stadt Herne

Die Herner Familienzentren sind die zentralen Anbieter von Familienbildung im Sozialraum. Das Angebot wird vielfältig von zahlreichen Kooperationspartnern gestaltet. Jedes der 15 Familienzentren mit insgesamt 27 beteiligten Kindertageseinrichtungen organisiert ein individuelles Programm.

Die Bestandsaufnahme aller Angebote jeweils eines Kita-Halbjahres erfolgte im Rahmen von Dienstbesprechungen mit den Leitungen der Familienzentren und wenn möglich unter Einbeziehung des gesamten Teams. Durch die Bearbeitung in Tabellenform mit gleichzeitiger Einordnung nach unterschiedlichen Kriterien entstand eine Übersicht, aus der Schwerpunkte der Arbeit ebenso ersichtlich waren wie Lücken im Angebotsbereich des jeweiligen Familienzentrums.

Im Sinne der Transparenz wurden alle Ergebnisse im Rahmen einer Familienzentrenkonferenz zusammengeführt und diskutiert. Die Erhebung der Daten mehrerer Kita-Halbjahre ermöglicht eine Auswertung der Angebotsentwicklung sowohl einrichtungsintern als auch stadtweit.

Fallbeispiel: Kreis Lippe

Der Kreis Lippe befragte alle Kindertageseinrichtungen nach ihren Elternbildungsangeboten mit per Post zugesandten Fragebögen.

Dabei ging es vor allem um

- einen inhaltlichen Überblick – was wird überhaupt an Themen angeboten?
- einen regionalen Überblick – wo gibt es viele, wo wenig Angebote?
- einen Aufbau und Umfang der einzelnen Angebote
- die Frage: Für welche Zielgruppen sind die Angebote gedacht?

Eine Möglichkeit abzugleichen und zu überprüfen, ob für alle Themen und Lebensphasen Angebote vorgehalten werden, ist die Auswertung über ein Raster. Die Auswertung sollte Antworten auf folgende Fragen geben:

- Gibt es eine ausreichende Anzahl von Angeboten für jedes Lebensalter des Kindes?
- Gibt es ausreichend viele Angebote für alle definierten Zielgruppen?
- Werden die Kriterien der Niedrigschwelligkeit erfüllt?
- Finden die Angebote in dem Sozialraum der Zielgruppen statt?
- Falls die Resonanz zeigt, dass es zwar viele Angebote gibt, die Anbieter aber rückmelden, dass die Angebote häufig wegen fehlender Teilnehmerzahlen ausfallen, kann eine Analyse über die Gründe Auskunft geben.
- Zu viele Angebote zum ähnlichen Thema?
- Sind Zeit, Ort, Art des Angebotes, Ansprache, Kursleiter, Kosten usw. zielgruppengerecht?
- Wie wird für die Angebote geworben?
- Welche Multiplikatoren sind eingebunden und werben persönlich? (Fragebögen im Anhang)

Fallbeispiel: Landkreis Osnabrück

Im Aktionsfeld „Familienbildung“ wurde zunächst eine Bestandsaufnahme aller Familienbildungsangebote in allen 21 Städten, Gemeinden und Samtgemeinden des Landkreises vorgenommen. Diese erfolgte auf Ebene des Kreisgebiets zum einen durch persönliche Gespräche mit allen Familienbildungsanbietern, die landkreisweit agieren. Zum anderen wurden weitere Fachkräfte, wie zum Beispiel die Fachberaterinnen und Fachberater der Kindertageseinrichtungen, das Niedersächsische Institut für frühkindliche Bildung und Entwicklung (nifbe), Regionalnetzwerk Südwest und Professorinnen und Professoren sowie Lehrkräfte der Hochschule und Universität Osnabrück befragt.

Um Familienbildungsangebote auf lokaler Ebene zu ermitteln, führten die dezentralen Bildungsbüros in den kreisangehörigen Städten und (Samt-)Gemeinden ebenfalls Gespräche. Sie erfassten die Angebote von Kindertageseinrichtungen, Schulen, Jugendhilfeträgern, Vereinen, Jugendpflegern, Gleichstellungsbeauftragte, Kinder- und Familienservicebüros, regionale Bildungsanbieter und kulturellen Einrichtungen.

Die Ergebnisse der Befragungen wurden in eine durch „Lernen vor Ort“ aufgebaute digitale Datenbank („Wegweiser Bildung und Soziales“) eingepflegt. Dieser Wegweiser steht inzwischen allen Fachkräften und Bürgerinnen und Bürgern im Landkreis Osnabrück unter www.bildungundsoziales-os.de zur Verfügung.

Eine vom Landkreis Osnabrück in Auftrag gegebene Expertise zur Familienbildung soll Aufschluss darüber geben, welche der bereits vorhandenen Angebote – unterteilt nach Lebensphasen der Kinder und besonderen Zielgruppen – für den Landkreis empfehlenswert sind, aber auch, welche Familienbildungsangebote noch fehlen.

Bedarfsanalyse

Eine Bedarfsanalyse kann auf verschiedenen Ebenen erfolgen. Die Analyse sollte im Vorfeld mit den Schwerpunkten und Zielen der jeweiligen Kommune abgestimmt sein. Die Fragestellungen der Bedarfsanalyse können sich nach folgenden Grundaspekten ausrichten:

- Welche Familien leben wo in welchem Umfang?
- Angebote zu welchen Themen werden von wem benötigt?
- In welchem Sozialraum fehlen Familienbildungsangebote?
- Wie sollten die Angebote konzipiert sein? (Arbeitsformen, Veranstaltungsort, -zeit, Teilnehmerbeiträge, Umfang)

Das Spektrum der Personen, bei denen die Bedarfsermittlung ansetzt, kann sehr breit sein. Auch hier ist eventuell eine kommunale Schwerpunktsetzung notwendig, die sich folglich entsprechend auf die Ergebnisse auswirkt. Werden Eltern nach ihrem Familienbildungsbedarf befragt, ist es sinnvoll, gezielt verschiedene Lebenssituationen – zum Beispiel Alter der Kinder, Status Alleinerziehend, Migrationsgeschichte, Berufstätigkeit der Eltern, sozioökonomische Situation der Eltern, Wohnsituation – bei der Befragung zu berücksichtigen. Um zielgruppenspezifische Ergebnisse zu erzielen, sollten die jeweiligen Gruppen als solche auch erfasst und ausgewertet werden, um entsprechende Schlussfolgerungen passgenau für die jeweiligen Zielgruppen entwickeln zu können.

Bei der Befragung von Fachleuten resultiert der benannte Bedarf aus den Erfahrungen der jeweiligen Arbeitsfelder. Dazu gehören sowohl die regionalen Spezifika des Arbeitsfeldes, als auch die Zielgruppe und die inhaltliche Ausrichtung des Tätigkeitsfeldes. Ein Lehrer an einem Vorstadtgymnasium wird vermutlich einen anderen Bedarf an Elternbildung benennen als ein Grundschullehrer in einem Wohngebiet mit besonderem Erneuerungsbedarf. Lehrer, Sozialpädagogen, Erzieherinnen, Hebammen, Erziehungsberaterinnen, Jugendamtsmitarbeiter usw. schauen in der Regel auf die Zielgruppen ihres Arbeitskontextes. Gibt es eine kommunale Schwerpunktsetzung, zum Beispiel bei „Früher Bildung“, lassen sich Fachkräfte relativ klar identifizieren, die im Sinne einer Bedarfsanalyse aussagen können.

Fallbeispiel: Landkreis Mühldorf a. Inn

Im Landkreis Mühldorf a. Inn fand im Rahmen des Aktionsfeldes Familienbildung von September 2010 bis März 2011 eine umfangreiche qualitative Bedarfserhebung statt. Der Auftakt wurde mit einem ersten Familiensymposium gemacht. Etwa 90 Bildungsanbieter und kommunalpolitische Vertreter des Landkreises diskutierten in vier themenspezifischen Entwicklungsgruppen über aktuelle Herausforderungen für Familien und Familienbildungsanbieter. Gleichzeitig sammelte man Lösungsansätze, wie diesen Herausforderungen künftig begegnet werden könnte.

Um die Ergebnisse aus den Entwicklungsgruppen konkretisieren und letztlich Schwerpunktthemen bzw. Handlungsfelder ermitteln zu können, wurden im Januar 2011 noch einmal zu Entwicklungsgruppenthemen des ersten Familiensymposiums zwei vertiefende Workshops durchgeführt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer setzten sich in erster Linie zusammen aus pädagogischen Fachkräften von Kindertageseinrichtungen sowie Vertretern der Kommunalpolitik.

Anschließend wurden die ermittelten Handlungsfelder in persönlichen Gesprächen mit allen 31 Bürgermeistern des Landkreises abgestimmt. Parallel dazu wurden persönliche Gespräche mit Familienbildungsanbietern geführt, um deren Bereitschaft zur Unterstützung und Mitwirkung abzuklären.

Fallbeispiel: Kreis Lippe

Im Kreis Lippe wurden hinsichtlich des Bedarfs sowohl Fachleute als auch Eltern nach ihren Einschätzungen befragt. Es wurden strukturierte Interviews geführt, die Raum für individuelle Aussagen ließen. Dabei wurde bei den Fachleuten eine Mischung verschiedener Professionen befragt (Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, Hebammen), während bei den Eltern auf die Mischung unterschiedlicher Lebenssituationen (alleinerziehend, Migrationshintergrund, sozioökonomische Situation) geachtet wurde. Die befragten Eltern lebten sowohl im kleinstädtischen Raum als auch in ländlichen Regionen in Lippe.

Der Bedarf an Angeboten, die insbesondere bildungsferne Familien erreichen, wurde deutlich und bildete die Grundlage für die Koordination und den passgenauen Ausbau sowie die Entwicklung spezifischer Arbeitsansätze. (Fragebögen im Anhang)

Entsprechend der aufgedeckten Bedarfe gilt es zu klären, wie und ob diese Angebotslücken geschlossen werden können. Bei beschränkten Ressourcen ist es notwendig, einen konsensualen Prozess zwischen allen Akteuren, Verwaltung, Politik und potenziellen Geldgebern zu initiieren, der anhand der Zieldefinition geführt werden kann.

Dieser Prozess wird federführend von der Koordination Familienbildung in Gang gesetzt. Die Ergebnisse von Bestands- und Bedarfsanalyse dienen der weiteren Entscheidungsfindung und Setzung von Schwerpunkten. Dabei geht es nicht nur um zusätzliche Angebote und Konzepte, sondern auch darum, mit den Akteuren an möglichen Akzentuierungen oder veränderten Zugangswegen zu arbeiten. In Folge der Bedarfsanalyse wurde nach stark zielgruppenorientierten Angeboten die Koordination ausgerichtet. Zudem standen neue Bildungsformen im Vordergrund, die den Zugang der relevanten Zielgruppen erleichterten. Es entwickelten sich verschiedene Multiplikatorenkonzepte, die insbesondere durch Elternarbeit im nichtinstitutionellen Rahmen Familien mit Zuwanderungsgeschichte erreichen. Elternbildung wurde auch durch sogenannte Bildungs- und Entwicklungsbegleiterinnen in den häuslichen Bereich verlegt und durch eine gute Vernetzung vermittelt. Spezifische Seminare für alleinerziehende Elternteile wurden nicht mehr durch klassische Öffentlichkeitsarbeit beworben, sondern durch direkte Einladung des Allgemeinen Sozialdienstes der Jugendämter.

Zielgruppen und Nutzer

Die meisten Angebote der Familienbildung stehen prinzipiell allen Familien offen. Hier gilt es jedoch, zwischen Nutzern, das heißt den Familien, die real an den Angeboten teilnehmen, und den anvisierten Familien als Zielgruppe zu differenzieren. In der Praxis zeigt sich, dass bestimmte Zielgruppen durch die gängigen Familienbildungsangebote kaum erreicht werden. Daher ist es notwendig, die Ursachen zu ergründen. Lag es zum Beispiel daran, dass das Angebot nicht am Alltag und dem Bedarf der Eltern orientiert war? Waren Zeit, Ort, Methode, Werbung, Ansprache zielgruppenorientiert?

Fallbeispiel: Kreis Lippe

Im Kreis Lippe wurden im Rahmen einer Bestandsanalyse alle Anbieter von Familienbildungsangeboten nach der Zielgruppe der Angebote befragt. Dabei stellt sich heraus, dass bei zwei Dritteln der Angebote die Anbieter „alle Eltern“ als Zielgruppe benennen.

Die Nutzer der Angebote sind jedoch nicht ein breites Spektrum von Familien aller Milieus, sondern meist Familien, die über Bildungserfahrungen verfügen und auch in wirtschaftlich grundsätzlich gesicherten Zusammenhängen leben. Da sich dies auch in der Bedarfsanalyse so widerspiegelte, dass die Fachleute deutlich einen Bedarf für die übrigen, eher benachteiligten Familien formulierten, setzte sich „Lernen vor Ort“ mit dem Bereich Familienbildung das Ziel, Angebote zu fördern und zu unterstützen, die zum Beispiel deutlich Familien mit Migrationsgeschichte erreichen.

Greift man an dieser Stelle auf das Lebensphasenmodell zurück, stellt sich heraus, dass innerhalb der Lebensphasen spezifische Angebote für unterschiedliche Zielgruppen notwendig sind.

Um die Angebote bedarfsgerecht zu gestalten, müssen

- die unterschiedlichen Zielgruppen der Familienbildung,
- die Herausforderungen der jeweiligen Lebensphasen,
- die spezifischen Angebote ins Verhältnis gesetzt werden.

Bei der Definition der Zielgruppen ist zwischen den unterschiedlichen Lebenslagen der Familien und der Orientierung am Lebensalter der Kinder zu unterscheiden. Dies kann in der Planung dann dazu führen, dass für bestimmte Lebensphasen unterschiedliche Angebote in einer Kommune oder Region vorgehalten werden müssen. Beispielsweise sind in der Phase der Elternorientierung (Eltern mit Kleinstkindern) für bildungsgewohnte, mobile Eltern Elternbildungsangebote geeignet, die als zentrale Informations- und Wissensvermittlungsangebote stattfinden, während Angebote für bildungsferne Familien im sozialen Nahraum und anhand eher erfahrungsorientierter Lernformen stattfinden sollten. Für Familien im ländlichen Raum mit weniger Zugang zu Bildungsangeboten sind Modelle aufsuchender frühkindlicher Bildung geeigneter.

Das durch die Entwicklungsgruppe erstellte Raster (siehe Abschnitt 3.4.3) kann als Hilfestellung für eine Analyse vor Ort genutzt werden. Dazu ist je nach Sozialraum eventuell eine sehr kleinräumige Betrachtung notwendig. Die Akteure vor Ort sind als aktive Praktiker hier die relevanten Ansprechpartner. Sie müssen „ihre“ Zielgruppen erkennen und benennen. Dabei sollten nicht nur in klassischen Bildungsbereichen Akteure hinzugezogen werden. So bietet beispielsweise auch das Gesundheitswesen hilfreiche Zugänge. Hierzu ist ein inhaltlicher Dialog mit einem starken Sozialraumbezug notwendig. Die Wahrnehmung der Zielgruppen beinhaltet auch eine genaue Analyse der Zugangswege zu den Zielgruppen. Eine entsprechende Erfassung von Fakten zur Lebenssituation der Familien ist empfehlenswert, um „gefühlte“ Einschätzungen belegbar zu machen.

Die Herausforderung besteht darin, zum einen alle relevanten Zielgruppen im Sozialraum zu erfassen, zum anderen dürfen die identifizierten Zielgruppen aber nicht zu klein und zu speziell sein. Über die Zielgruppen kann neben

dem Gespräch mit den unterschiedlichsten Akteuren ein sozialraumbezogenes Datenmonitoring Aufschluss geben.

Fallbeispiel: Kreis Lippe

Im Rahmen von Wirtschafts- und Sozialraumkonferenzen wurde in einzelnen Kommunen in Lippe mit den Leiterinnen der örtlichen Kindertageseinrichtungen, den Grundschullehrerinnen und -lehrern und anderen Akteuren vor Ort, die Frage nach den Handlungsbedarfen in der Kommune gestellt. Damit wurde die Rolle der Fachleute als Verantwortliche vor Ort deutlich gestärkt. Es stellte sich heraus, dass sowohl Kindertageseinrichtungen als auch Schulen die stark religiös gebundenen Spätaussiedlerfamilien in der Kommune wenig erreichen. Diese Familien schicken ihre Kinder nicht in eine Kindertageseinrichtunge. Das führt zu einem schwierigeren Schulstart der Kinder und bedeutet je nach Entwicklung, eine frühe Benachteiligung für diese Kinder.

Der so im Dialog mit den Fachleuten identifizierten Zielgruppe konnten in der Folge spezifische Elternbildungsangebote für den Übergang in die Grundschule gemacht werden. Dies wurde in erster Linie möglich durch das Zusammenwirken der Akteure und das koordinierte Handeln.

Fallbeispiel: Stadt Herne

Die städtische Musikschule Herne bietet Eltern mit Kindern im Vorschulalter unterschiedliche Kurse an, die Werbung dafür geschieht flächendeckend auf dem Postweg. Dieses kostenpflichtige Angebot wird gut von einer bildungsorientierten Elternschaft angenommen, großen Teilen der Herner Bevölkerung bleibt die Teilnahme an diesem Angebot auf Grund des hochschwelligen Zugangs jedoch verschlossen. Die Koordinatorin der Familienbildung hat hier das Gespräch mit dem zuständigen Fachleiter der Musikschule gesucht, um Zugangswege, pädagogische Zielsetzungen und organisatorische Bedingungen zu reflektieren.

Welche Bedingungen brauchen Eltern, die sich selbst als „unmusikalisch“ bezeichnen, deren Erinnerungen an den schulischen Musikunterreicht abschreckend sind und die die entwicklungsfördernden Zusammenhänge musikalischer Förderung nicht kennen, um diese Möglichkeit ganzheitlich kultureller Bildung ausprobieren und eventuell Zugang zu ihr finden zu können? Dieser von der Koordinatorin der Familienbildung gesteuerte neue Blick auf unterschiedliche Zielgruppen und deren Bedarfe hat die Entwicklung eines „Schnupperkurses“ unterstützt, in dem die Freude an der Musik und am Ausprobieren vor der Vermittlung musikalischer Inhalte steht und der in Zusammenarbeit mit Familienzentren für die Eltern kostenfrei angeboten wird.

Ansprache der Zielgruppen

Für die Erreichung der Eltern werden unterschiedliche Formen der Elternarbeit benötigt. Das Angebot muss an Bedarf und Alltag der Familien orientiert sein. Zeit, Ort, Kosten, Erreichbarkeit und die ausgewählten Methoden müssen neben der Art der Werbung und der unterschiedlichen Ansprache zielgruppenspezifisch auf die Eltern abgestimmt sein. Vor allem benachteiligte Eltern werden für die Teilnahme nur gewonnen, wenn das Angebot an vertrauten Orten stattfindet, sie persönlich durch vertraute Personen angesprochen wurden, die Methoden keinen Lese- und Schrifterwerb voraussetzten, die Kursleiter sehr wertschätzend und ressourcenorientiert arbeiten, die Kosten sehr niedrig sind, eine Kinderbetreuung angeboten wird, keine Anmeldung erforderlich ist usw. Das heißt, die Angebote müssen sehr niedrigschwellig sein.

Fallbeispiel: Kreis Lippe

Im Kreis Lippe wurde speziell für den ländlichen Raum ein Konzept aufsuchender, erfahrungsorientierter, kostenloser Elternbildungsarbeit für Familien mit Kindern bis zum 3. Lebensjahr entwickelt.

Damit wurden Teilnahmehindernisse wie fehlende Mobilität, Unverbindlichkeit der Teilnahme, Unsicherheiten in Gruppen und im Sprachgebrauch behoben. Durch die Platzierung des Konzeptes der Bildungs- und Entwicklungsbegleiterinnen im Fachbereich Jugend, Familie, Bildung und Soziales war das Konzept gut mit den unterschiedlichen Diensten vernetzt. Das Konzept konnte so in Facharbeitskreisen wie den Treffen der Kindertagestättenleiterinnen, der Erziehungsberatungsstellen, der örtlichen Hebammenorganisation, allgemeinem Sozialdienst und auch im Jugendhilfeausschuss vorgestellt werden. Die Umsetzung dieses Konzeptes war abhängig von der Bereitschaft aller familienunterstützenden Dienste, die auch an der Vermittlung der Familien mitwirken. Diese Vernetzungsarbeit war durch die kommunale Koordination leistbar, weil sie auch für freie Träger eine gewisse „Neutralität“ besitzt und Zugang zu vielen Akteuren hat. Gleichzeitig musste sich der Arbeitsansatz mit vorhandenen Angeboten verbinden und abgrenzen.

Fallbeispiel: Landkreis Osnabrück

Die Bestandsaufnahme im Landkreis Osnabrück ergab, dass niedrigschwellige Familienbildungsangebote, die benachteiligte Familien erreichen, fehlen. Deshalb wurden in zwei kreisangehörigen Gemeinden speziell zur Erreichung von benachteiligten Familien „Begleitete offene Cafés“ in je zwei Kindertageseinrichtungen erprobt.

Die Auswertung der Erprobungsphase hat ergeben, dass sich dieses Angebot sehr gut eignet, um benachteiligte Familien für Bildungs- und Unterstützungsangebote zu gewinnen und ihnen damit einen niedrigschwelligen Einstieg zur Stärkung ihrer Bildungs- und Erziehungskompetenz zu ermöglichen. Deshalb soll das Angebot auf alle 30 inzwischen installierten Familienzentren im Landkreis ausgeweitet werden. „Begleitete offene Cafés“ sind niedrigschwellige Familienbildungsangebote für alle Eltern in einer Kindertageseinrichtung. Von den Gruppenerzieherinnen und -erziehern werden insbesondere benachteiligte Eltern, Eltern die isoliert leben, Eltern, die wenig Kontakt zur Kindertageseinrichtung haben, angesprochen und zum „offenen Café“ eingeladen.

Das Angebot wird in der Kindertageseinrichtung von einer Erzieherin begleitet. Die Kinder werden in dieser Zeit von einer Fachkraft betreut, damit die Eltern Zeit haben, sich auf intensivere Gespräche mit den anderen Eltern einzulassen. Die Erzieherin nimmt die Themen der Eltern auf, gibt gegebenenfalls dazu kurze fachliche Inputs und initiiert bei Bedarf Referenten zu den Themen, die von den Eltern gewünscht werden. Sie wird damit zu einem Bindeglied zwischen den Eltern und der Kindertageseinrichtung und unterstützt dadurch die Bildungs- und Erziehungspartnerschaft, insbesondere bei den Eltern, die sonst wenig Anbindung an die Kindertageseinrichtung haben. Das niedrigschwellige Familienbildungsangebot „Begleitete offene Cafés“ ist eingebettet in die lokalen Familienbildungsnetzwerke. Dort treffen sich die örtlichen Bildungsakteure und erarbeiten gemeinsam ein lokales Handlungskonzept für die Familienbildung. So erfolgte die Initiierung der „Begleiteten offenen Cafés“ im Netzwerk. Alle Mitglieder des Netzwerkes kennen das Angebot, weisen Familien darauf hin und gehen bei Bedarf als Experten in das „Begleitete offene Café“.

Fallbeispiel: Stadt Mannheim

In Mannheim gibt es die Bestrebung, die Erfahrungen in der Elternarbeit am Übergang Schule – Beruf zu systematisieren und als festen Bestandteil in das Mannheimer Übergangsmanagement Schule – Beruf aufzunehmen. Vor diesem Hintergrund wurde in Mannheim eine Expertenbefragung mit dem Ziel durchgeführt, die in Mannheim gewonnen Erfahrungen mit der Elternarbeit am Übergang Schule – Beruf zusammenzutragen.

Die Expertenbefragung hat in Übereinstimmung mit dem vorherrschenden Fachdiskurs ergeben, dass die Eltern eine zentrale Orientierungsinstanz im Berufsorientierungsprozess der Jugendlichen darstellen. Die Einschätzung der befragten Fachkräfte zeigt jedoch auch, dass es Eltern häufig an Informationen fehlt, um ihre Kinder aktiv bei der Berufsorientierung zu unterstützen. Insbesondere bei Eltern mit niedrigem Bildungsstand und Eltern mit Migrationshintergrund ist festzustellen, dass oft grundlegende Kenntnisse zum deutschen Schul- und Ausbildungssystem fehlen. Obwohl bei diesen beiden Elterngruppen ein Informationsdefizit besteht, bleiben viele Eltern den angebotenen Berufsinformationsveranstaltungen fern bzw. werden durch diese Veranstaltungen nicht erreicht. Nach Einschätzung der Expertinnen und Experten haben die Eltern außerdem Hemmungen, das Gespräch mit den Lehrerinnen und Lehrern zu suchen. Dies gilt für alle Elterngruppen.

Weitere zentrale Ergebnisse der Befragung sagen aus, dass Eltern nicht ausreichend in den Berufsorientierungsprozess ihrer Kinder eingebunden werden und dass gelungene Elternarbeit in eine kontinuierliche Unterstützungsstruktur eingebettet sein und auf der Beziehungsebene stattfinden muss. Auf Grundlage der Ergebnisse der Expertenbefragung und unter Einbeziehung von Best-Practice-Beispielen aus Mannheim sowie der Metropolregion Rhein-Neckar wurden in einem weiteren Schritt Handlungsempfehlungen zur Erreichbarkeit der Eltern am Übergang Schule- Beruf erstellt, die Systematisierung der Elternarbeit im Mannheimer Übergangsmanagement vorgeschlagen und Elternarbeit als Bestandteil in das Mannheimer Übergangsmanagement Schule – Beruf integriert.

Die gesamten Ergebnisse der vorgenannten Expertenbefragung, einige Best-Practice-Beispiele aus Mannheim und der Metropolregion Rhein-Neckar sowie mit Bildungsakteuren abgestimmte Handlungsempfehlungen wurden in der Broschüre „Unterstützen und stärken. Gelingende Elternarbeit am Übergang Schule – Beruf“ der AHA! Bildungsoffensive Mannheim zusammengetragen. Die Broschüre steht unter: http://www.aha-mannheim.de/elemente/bildungsuebergaenge/aha-eltern/ zum Download bereit und kann über die AHA!-Geschäftsstelle bezogen werden.

Koordinierung von Fortbildungsveranstaltungen für die Akteure

Die Fachkräfte der Familienbildung sind eine zentrale Stelle im System Familienbildung. Fortbildungen können in diesem Kontext als ein weiteres Steuerungselement verstanden werden. Die inhaltliche Ausrichtung, die Setzung von Schwerpunktthemen, eine gemeinsame inhaltliche Linie und qualitätssichernde Aspekte lassen sich auf diese Weise verwirklichen.

An dieser Stelle sind sowohl die bereits in der Familienbildung tätigen Fachkräfte als auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus familienunterstützenden Diensten im Blick, die perspektivisch Angebote und Arbeitsformen der Familienbildung in ihre Arbeit integrieren können.

Der Nutzen von Fortbildungsveranstaltungen liegt darin, Akteure aus spezifischen Arbeitsfeldern zur Zusammenarbeit und zur Arbeit an gesetzten Zielen zu motivieren und zu qualifizieren. Dabei ist auch die Berücksichtigung zielgruppenspezifischer Konzepte möglich, ebenso wie die Fokussierung auf ein gemeinsames Verständnis sowie verschiedene Themen und Zielgruppen. Dies führt zu einer strukturierten Familienbildungslandschaft und verhindert die Vernachlässigung einzelner Zielgruppen und Regionen. Gleichzeitig wird eine gute Basis für Kooperationen der verschiedenen Dienste im Sozialraum geschaffen.

Die Abstimmung der Bedarfe mit den Einrichtungen und Fachleuten ist die erste Voraussetzung. Koordinierung bedeutet in diesem Kontext sowohl lokale Fortbildungsangebote zu initiieren, zur Teilnahme zu motivieren und transparent zu machen, als auch den Akteuren vor Ort überregionale Fortbildungsmöglichkeiten zu eröffnen. Die Finanzierung von Fortbildungen beinhaltet für Institutionen und Fachkräfte unterschiedliche Schwierigkeitsgrade. Dies sollte bei der Koordination mit berücksichtigt werden. In der Fortbildungskoordination liegt die Chance einer Steuerung der Familienbildungslandschaft. Unter Beteiligung der Akteure sollte in der jeweiligen Kommune eine Grundausrichtung zukünftiger Konzepte entwickelt werden.

- Welcher Pool an Konzepten soll vorgehalten und umgesetzt werden?
- Gibt es regionale, fachliche Gründe, eine bestimmte konzeptionelle Ausrichtung zu fokussieren?
- Ist ein einheitliches Bild von Familienbildung angestrebt oder eher eine bunte Mischung?
- Welche Qualifikationen und Fortbildungen im Bereich Familienbildung sind vorhanden?

Fallbeispiel: Stadt Herne

Das Konzept der Herner Fachforen verbindet fachlichen Input zu aktuellen familienbildnerischen Themen durch externe Referenten und gruppenspezifische Arbeitsmethoden zu entsprechenden alltagsbezogenen Themen, um eine qualitative Weiterentwicklung der Angebote für Eltern und Familien zu unterstützen. Zugleich bieten sie ein Forum für thematisch orientierten fachlichen Austausch für Fachkräfte aus unterschiedlichen familienunterstützenden Arbeitsbereichen an.

Derzeit bieten das Herner FuN-Forum und das Fachforum Angebote für junge Familien an. Sie finden jeweils jährlich als halbtägige Veranstaltungen statt. Teilnehmende der Fachforen sind Fachkräfte aus Familienzentren, Kindertageseinrichtungen und kooperierenden Institutionen aus dem Bereich der Familienbildung. Die Koordinatorin der Familienbildung kann so über die Auswahl der Themenschwerpunkte und der Referenten Impulse in der Familienbildungslandschaft setzen und Entwicklungsrichtungen steuern.

Fallbeispiel: Kreis Lippe

Im Kreis Lippe wurde eine Qualifizierung für die Durchführung des Familienprogramms FuN initiiert. Im Vorfeld wurden gezielt zwei Kommunen im Kreisgebiet über den Bürgermeister und – in der Kommune mit eigenem Jugendamt – über den Amtsleiter und die Fachberatungen der Allgemeine Sozialdienst und zwei Sozialpädagogische Familienhilfen in unterschiedlicher Trägerschaft mit einbezogen. Da das Konzept FuN ein niedrigschwelliges Programm ist, das sich besonders auch für das Erreichen von sozioökonomisch benachteiligten und bildungsfernen Familien eignet, war bei der Umsetzung eine breite Beteiligung aller Akteure sinnvoll. Über diese Qualifizierung gelang es zum einen, die Akteure für die Zielgruppe zu sensibilisieren, zum anderen wurden multiprofessionale, einrichtungsübergreifende Teams qualifiziert, die aus einer Kita-Mitarbeiterin, eine SPFH und einer ASD-Fachkraft bestanden. Es entstand eine konkrete Zusammenarbeit der Fachkräfte in der Durchführung des FuN-Programms mit Familien der Zielgruppe. Ohne eine Koordinierung der Fortbildungsaktivitäten bleibt die zielgruppenspezifische Zusammenarbeit der Dienste eher ein Zufallsprodukt.

Entwicklung eines lokalen Familienbildungsplans

Der Familienbildungsplan steht auf der Grundlage der Bestands- und Bedarfsanalyse. Diese Analyse schließt ein Monitoring der für Familienbildung relevanten Daten ein. Der Familienbildungsplan stellt eine kleinräumliche Planungsorientierung sowohl für die Akteure vor Ort, als auch für die kommunale Verwaltung dar. Durch den Familienbildungsplan wird gewährleistet, dass passende Angebote zeitlich, räumlich und inhaltlich aufeinander abgestimmt und für die vorhandenen Zielgruppen umgesetzt werden.

Anhand demographischer Daten lässt sich auch der Umfang der Angebote planen. Die Planungsziele sollten kleinschrittig und realisierbar sein. Jugendhilfeplanung, Bildungsmonitoring und Familienbildungsplan können sich gut ergänzen und in diesem Zusammenspiel stellt der Familienbildungsplan eher einen Arbeitsplan dar, der insbesondere auch die Ausrichtung auf die für die Kommune aktuell vorrangigen Zielgruppen sichert. Ein solcher Familienbildungsplan kann nur unter deutlicher Beteiligung der Akteure vor Ort entwickelt werden, da hierzu auch die Bereitschaft und die Ressourcen zur Umsetzung erforderlich sind. Gerade die Angebote für schwer erreichbare Zielgruppen sind für Träger und Akteure oft ein erheblicher Mehraufwand und passen nicht in die bisher praktizierten Modelle. Zudem ist ein Familienbildungsplan nur sinnvoll, wenn er klare Hinweise zur Finanzierung und Unterstützung der Akteure und Anbieter vor Ort enthält.

Fallbeispiel: Landkreis Osnabrück

Im Landkreis Osnabrück wurden exemplarisch in zwei kreisangehörigen Gemeinden lokale „Netzwerke Familienbildung“ systematisch mit dem Ziel aufgebaut, die kommunale Verantwortung für Familienbildung zu stärken. In den Netzwerken erarbeiten alle relevanten lokalen Bildungsakteure auf der Grundlage der vom Programm „Lernen vor Ort“ vorgenommenen Bestandsaufnahme der vorhandenen örtlichen Familienbildungsangebote ein lokales Handlungskonzept für die Familienbildung. Die Koordinierung und Steuerung dieses Prozesses liegt in der Aufbauphase bei „Lernen vor Ort“ und der Kommune.

Der Prozess beinhaltete folgende Schritte:

- Vertieftes Kennenlernen der kommunalen „Familienbildungsakteure“
- Bestandsaufnahme der lokalen Familienbildungsangebote
- Verständigung über die Ziele des Netzwerkes
- Erarbeitung erster Umsetzungsmaßnahmen

- Festlegung der Kooperationsstrukturen
- Unterzeichnung einer Kooperationsvereinbarung
- Umsetzung der vereinbarten Ziele

Fallbeispiel: Kreis Lippe

Das Weiterbildungsgesetz NRW sieht für Einrichtungen der Familienbildung für Veranstaltungen eine Mindestteilnehmerzahl von zehn Erwachsenen vor. In ländlichen Regionen lässt sich zum Beispiel ein Angebot für alleinerziehende Mütter zahlenmäßig nicht füllen, sodass ein Familienbildungsträger dieses Angebot aus eigenen Ressourcen nicht durchführen kann. Wenn diese Zielgruppe aber erreicht werden soll, ist es notwendig, dies in einem Familienbildungsplan auch abzusichern, das heißt Finanzierungswege zu eröffnen.

Fortschreibung und Begleitung des Familienbildungsplans

Der Familienbildungsplan sollte in einem festen Rhythmus immer wieder überprüft und abgeglichen werden. Hierzu sind die notwendigen demographischen Daten, die vorhandenen Angebote und deren Nutzung zu erfassen und eventuelle Veränderungen im Familienbildungsplan festzuhalten. Ein kontinuierlicher Austauschprozess hierzu sollte mit den Akteuren geplant und verbindlich in die Aufgaben der Koordination eingeplant sein. Eine mögliche Form ist zum Beispiel eine Fachgarbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB IIIV.

Fallbeispiel: Landkreis Osnabrück

In vier kreisangehörigen Gemeinden wurde eine qualitative Elternbefragung durchgeführt, um die Erfahrungen, Bedarfe und Wünsche von Eltern stärker in den Blick zu nehmen und die Perspektive der Eltern bei der Gestaltung der Familienbildung zu berücksichtigen. Diese Ergebnisse fließen in die Entwicklung der lokalen Handlungspläne Familienbildung ein, die von den örtlichen Netzwerkakteuren erstellt werden. Die Elternbefragung erwies sich als sehr nützliches Instrument zur Ermittlung der Unterstützungsbedarfe der Eltern, da die Eltern einen sehr viel weiteren Blick auf das Thema „Familienbildung“ haben als die Fachkräfte. Um die Familienbildungsangebote bedarfsgerecht weiterzuentwickeln, wurde auf der Grundlage der Ergebnisse der qualitativen Elternbefragung in den vier beteiligten kreisangehörigen Gemeinden ein Selbstevaluationsbogen entwickelt. Dieser „Feedbackbogen“ soll jährlich von den Eltern, deren Kinder die Kindertageseinrichtungen und Grundschulen besuchen, ausgefüllt werden und für die Kommunen die Grundlage für eine kontinuierliche Überprüfung und bedarfsgerechte Anpassung der lokalen Familienbildungsangebote darstellen.

Evaluation der Aktivitäten und fortlaufende Bestands- und Bedarfsanalyse

Die Evaluation der Aktivitäten im Familienbildungsbereich sollte auf der qualitativ-inhaltlichen Ebene immer wieder erfolgen und insbesondere den Blick auf die durchgeführten Schritte zur Erreichbarkeit der Zielgruppen richten. Folgende Fragestellungen können als Leitgedanken zu Grunde gelegt werden.

- Wer hat an dem Angebot teilgenommen und war das die anvisierte Zielgruppe?
- Welche Aspekte haben zum Erreichen der Zielgruppe beigetragen oder es verhindert?
- Sind die Inhalte der Angebote für die Zielgruppe angemessen dargestellt und vermittelt worden?
- Sind kurz- und langfristige Effekte der Angebote ablesbar?
- Wie schätzen die Akteure die Umsetzung und Wirkung des Angebotes ein?
- Welche Angebote (Art und Umfang) werden weiterhin benötigt und sind sinnvoll?

Je nach Intensität der Evaluation bietet es sich an, einzelne Angebote exemplarisch auszuwerten, um auch die Verarbeitung der erfassten Aspekte überschaubar zu halten. Eine regionale und inhaltliche Streuung der Evaluation gibt dann trotzdem einen guten Einblick und Orientierung für die Weiterarbeit.

Fallbeispiel: Kreis Lippe

Die bereits seit Jahren von einer Familienbildungsstätte angebotenen Seminare für alleinerziehende Mütter sollten zukünftig als Angebot insbesondere für bildungsferne alleinerziehende Frauen mit ihren Kindern genutzt werden. Hierzu wurde das Konzept mit dem Bildungsträger inhaltlich neu überarbeitet und die Teilnehmeranwerbung stark in das Jugendamt verlagert. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sprachen potenzielle Teilnehmerinnen direkt an und der Träger wurde finanziell unterstützt, um zum Beispiel höhere Personalkosten bei der veränderten Zielgruppe abdecken zu können. Mit dem Anbieter wurde die Durchführung einer Evaluation vertraglich vereinbart. Diese Angaben bilden die Grundlage für die einmal jährlich stattfindende Arbeitstagung mit dem Träger zur Überprüfung der Zielerreichung und inhaltlichen Modifizierung des Konzeptes. Bedingung für die Mitfinanzierung ist unter anderem das Erreichen der Zielgruppe.

Fallbeispiel: Stadt Herne

Evaluation von „Abenteuer Sprache für Eltern und Kind“

Die Stärke von Familienbildung in Familienzentren ist eine flexibel auf die Bedarfe der Eltern abgestimmte Angebotsentwicklung, ermöglicht durch einen engen Kontakt zwischen Familien, Fachkräften und Familienbildnern. In Zusammenhang mit der Information der Eltern über die Ergebnisse der Sprachstandserhebung (Delfin-Test) und der Vermittlung der Notwendigkeit einer zusätzlichen Sprachförderung wurde der Bedarf der Eltern an erweitertem Wissen in Bezug auf die Sprachentwicklung und Sprachfördermöglichkeiten benannt. In Zusammenarbeit mit den Sprachförderkräften in zwei Familienzentren hat „Lernen vor Ort“ ein Angebot für Eltern mit ihren Kindern entwickelt und an zwei Standorten in Form von Pilotprojekten durchgeführt.

Die Evaluation erfolgte nicht nur nach Beendigung des Kurses, sondern bereits im Verlauf, um die gemachten Erfahrungen unmittelbar in die Weiterentwicklung des Angebots einfließen zu lassen.

Grundlage der Evaluation war eine enge Abstimmung der LvO-Mitarbeiterin, der Familienbildnerin, der Sprachförderkraft und der Familienzentrumsleitung, die ihre eigenen Beobachtungen und Rückmeldungen der Eltern zusammenführten.

Kriterien der Auswertung dabei waren:

- Höhe der Nachfrage
- Regelmäßigkeit der Teilnahme
- Intensität der Beteiligung
- Entwicklung der Kinder in der Sprachförderung
- Zufriedenheit der Eltern
- Fachliche Einschätzung der Familienbildnerin

Die Ergebnisse dieser praxisnahen Evaluation waren überaus positiv, sodass an beiden Standorten ein erneuter Kurs im neuen Kindergartenjahr geplant wurde. Im Rahmen der Kooperation der Familienzentren in Herne wird das Konzept dieses Kurses den anderen Familienzentren sowie den Fachkräften der Schwerpunktkindertageseinrichtungen „Integration und Sprache“ zur Verfügung gestellt.

An der Entwicklungsgruppe „Familienbildung und Elternarbeit“ waren beteiligt:

Dr. Susan Arnold, Stadt Leipzig; Manfred Becker, Stadt Trier; Christine Etterich, Stadt Frankfurt am Main; Jürgen Haarstick, Heidekreis; Petra Sievers, Stadt Herne; Nadine Dobberstein, Stadt Duisburg; Jana-Maria Hahn, Stadt Frankfurt am Main; Angelika Kurtic, Landeshauptstadt München; Monika Schanz, Landkreis Lindau; Neda Mehrabi-Neumann, Kreis Recklinghausen; Heike Jungherr, Hansestadt Bremen; Tanja Hoprich, Landkreis Mühldorf a. Inn; Mirco Johannes, Heidekreis; Detlef Knapp, Stadt Mannheim; Hedwig Lucks, Landkreis Osnabrück; Birgit Piltman, Kreis Lippe; Claudia Serschen, Stadt Herne; Inge Wilkens, Landkreis Stade

Verweise

[1] Häussermann, H., Schwarze, K., Jaedicke, W., Bär, G. und Bugenhagen, I. (2010). Lebenslagen in Deutschland. Armuts – und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung. Forschungsprojekt Möglichkeiten der sozialen Inklusion in der Wohnumgebung. Schlussbericht. IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH. Berlin.

[2] Bundesjugendkuratorium (BJK), Sachverständigenkommission für den Elften Kinder- und Jugendbericht & Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ) (2002). Bildung ist mehr als Schule. Leipziger Thesen zur aktuellen bildungspolitischen Debatte. Gemeinsame Erklärung des Bundesjugendkuratoriums, der Sachverständigenkommission des Elften Kinder- und Jugendberichts und der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe. http://www.bundesjugendkuratorium.de/pdf/1999-2002/bjk_2002_bildung_ist_mehr_als_schule_2002.pdf (letzter Zugriff: 09.04.2013).

[3] Deutscher Verein für private und öffentliche Fürsorge e. V. (2005): Niedrigschwelliger Zugang zu familienunterstützenden Angeboten in Kommunen. Berlin.

[4] Vgl. Stefan, A. und Greskowiak, G. (2011): Werkstattbericht Bildungsmanagement auf kommunaler Ebene. Magazin für das Programm „Lernen vor Ort“. Projektträger im Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (PT-DLR) für das Bundesministerium für Bildung und Forschung. Abteilung Bildungsforschung (Hg). Bonn.

[5] http://www.leipzig.de/de/buerger/bildung/lernenvorort/index.shtml

[6] Bildungsstab wird als Sammelbegriff genutzt. Er steht nicht automatisch für eine Stabsstelle, andere Bezeichnungen wären: Bildungsbüro, Fachstelle Bildung usw.

[7] Es wird hier behelfsmäßig nur von einer Mitarbeiterin/einem Mitarbeiter gesprochen. Damit ist keine Quantifizierung der notwendigen Personalressource für die Arbeitsaufgabe beabsichtigt.

[8] Vgl. auch Abbildung 6 sowie Ausführungen zu den Aufgaben eines Bildungsbüros in: Stefan, A. und Greskowiak, G. (2011): Werkstattbericht Bildungsmanagement auf kommunaler Ebene. Magazin für das Programm „Lernen vor Ort“. Projektträger im Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (PT-DLR) für das Bundesministerium für Bildung und Forschung. Abteilung Bildungsforschung (Hg). Bonn. S. 18.

[9] Refle G. und Schmitz, U. (2003): Familienbildung in Kooperation mit Kindertagesseinrichtungen. Zwischenbericht. http://www.felsenweginstitut.de/download/Imp/zwischenbericht.pdf (letzter Zugriff: 09.04.2013)

[10] Behse-Bartels, G.: Zielgruppe(n) Eltern – Differenzierung als Grundlage professionellen Handelns im qualitätsorientierten Bildungsmanagement, in Kindergartenpädagogik Online-Handbuch, hrsg. V.Martin R. Textor, 2009, S. 1.

[11] Vgl. Diller/Schelle 2009, S. 8

[12] Die den hier dargestellten Überlegungen zugrunde liegenden Modelle (Sinus-Milieus, Elternschule Hamm) werden kurz in Abschnitt 3.4 erläutert.

[13] Vgl. Deutscher Verein 2009, S. 4.

[14] Ebd. S. 6ff.

Anhang 1: Arbeitsmaterialien und Instrumente aus der Praxis (Kreis Lippe)

Fragebogen Bedarfsanalyse Familienbildung (an Eltern in Kindertagstätten im direkten Interview)

Zur Auswahl der Eltern:
Die Erzieherinnen sollten eine gute Mischung aussuchen und durchaus auch die Eltern ansprechen, die nicht zu den Eltern gehören, die gerne an Bildungsaktionen teilnehmen.

1. Grundlagen

Geschlecht: [ ] männlich [ ] weiblich

Wie viele Kinder haben Sie?

[ ] 1 Kind [ ] 2 Kinder [ ] 3 und mehr Kinder

Wie alt sind Ihre Kinder?

Kind 1: Alter (in Jahren): _____ Kind 2: Alter (in Jahren): _____

Kind 3: Alter (in Jahren): _____ Kind 4: Alter (in Jahren): _____

In welcher Familienkonstellation leben Sie?

[ ] Alleinerziehend

[ ] Mehrgenerationshaushalt

[ ] Verheiratet/Lebenspartnerschaft

[ ] Patchwork-Familie

Sind Sie berufstätig?

Vater [ ] Ja [ ] Nein

wenn ja: [ ] Vollzeit [ ] Teilzeit [ ] Mini-Job

Mutter [ ] Ja [ ] Nein

wenn ja: [ ] Vollzeit [ ] Teilzeit [ ] Mini-Job

In welchem Land sind die Mitglieder Ihrer Familie geboren worden?

Großmutter mütterlicherseits des Kindes

[ ] Deutschland [ ] anderes Land, bitte angeben: _____ Anzahl _____

Großvater mütterlicherseits des Kindes

[ ] Deutschland [ ] anderes Land, bitte angeben: _____ Anzahl _____

Großmutter väterlicherseits des Kindes

[ ] Deutschland [ ] anderes Land, bitte angeben: _____ Anzahl _____

Großvater väterlicherseits des Kindes

[ ] Deutschland [ ] anderes Land, bitte angeben: _____ Anzahl _____

Mutter des Kindes

[ ] Deutschland [ ] anderes Land, bitte angeben: _____ Anzahl _____

Vater des Kindes

[ ] Deutschland [ ] anderes Land, bitte angeben: _____ Anzahl _____

Welche Sprache wird bei Ihnen zu Hause hauptsächlich gesprochen?

[ ] Deutsch [ ] Sonstiges, bitte angeben: _____

Für Familien mit Migrationshintergrund:

Sollten Ihre Kinder ihre Deutschkenntnisse verbessern? [ ] Ja [ ] Nein

Würden Sie gerne Ihre Deutschkenntnisse verbessern? [ ] Ja [ ] Nein

Würde Ihr Partner gerne seine Deutschkenntnisse verbessern? [ ] Ja [ ] Nein

---

2. Familienbildungsbedarf

Jede Familie mit Kindern macht sich darüber Gedanken, wie sie ihre Kinder erfolgreich groß ziehen können. Welche Themen beschäftigen Ihrer Meinung nach Familien mit Kindern heute?

[ ] Angebote rund um die Schwangerschaft und Geburt

[ ] Kurs zu allgemeinen Erziehungsthemen

[ ] Informationen zum Thema Ernährung

[ ] Informationen zum Thema Bewegung

[ ] Förderung von Fantasie und Kreativität bei Kindern

[ ] Spezielle Angebote für Eltern mit Migrationshintergrund

[ ] Spezielle Angebote, wenn Kinder in den Kindergarten kommen

[ ] Spezielle Angebote, wenn Kinder in die Schule kommen

[ ] Spezielle Angebote für Alleinerziehende mit Kindern

[ ] Spezielle Angebote für Alleinerziehende ohne Kinder

[ ] Angebote für Eltern gemeinsam mit ihren Kindern

[ ] Aktionstage (z.B. gemeinsamer Museums-Besuch/Tierpark, Waldtag, Thementage ...) für

[ ] gesamte Familie [ ] Mütter [ ] Väter

[ ] Mutter/Kind [ ] Vater/Kind

[ ] Beratungsangebote

[ ] Sonstiges _____

---

3. Angaben zu Familienbildungsangeboten

Haben Sie mit Ihrem Kind/Ihren Kindern zusammen oder auch allein bereits Angebote für Familien bzw. Eltern wahrgenommen? (z.B. Babyschwimmen, Ernährungsberatung etc.)

[ ] Ja An welchen mit Kindern_____

An welchen ohne Kinder_____

[ ] Nein Falls nein, warum nicht?

[ ] Zeit [ ] Umfang [ ] Kursleiter [ ] Teilnehmer

[ ] Kosten [ ] Geschwister [ ] Thema

Gab es Angebote, die Ihnen weitergeholfen haben?

[ ] Ja,

[ ] weil ich etwas Neues gelernt habe und umsetzen konnte.

[ ] weil ich neue Kontakte geknüpft habe.

[ ] bei meinen Anfragen und Unsicherheiten im familiären Kontext war der Kurs hilfreich.

[ ] Sonstiges_____

[ ] Nein

Falls nein, warum nicht?

[ ] Zeit [ ] Umfang [ ] Kursleiter [ ] Teilnehmer [ ] Kosten

[ ] Geschwister [ ] Thema

4. Bildungsübergänge

An was erinnern Sie sich, wenn Sie an die Zeit zurückdenken, als Ihr Kind in den Kindergarten gekommen ist?

[ ] Ich war unsicher, ob mein Kind mit der Erzieherin warm wird.

[ ] Ich war unsicher, ob sich mein Kind in der Gruppe mit den anderen Kindern wohlfühlt.

[ ] Ich war unsicher, ob mein Kind sich von mir verlassen fühlt.

[ ] Ich war unsicher, wie ich mit meinem Kind in dieser Übergangszeit umgehen soll.

[ ] Es war für mich schwierig, mich von meinem Kind zu trennen.

[ ] Für mein Kind war das eine tolle und spannende Zeit.

[ ] Sonstiges_____

Hat Sie der Kindergarten in dieser Zeit unterstützt? Denken Sie auch an die Zeit kurz vor Beginn des Kindergartens!

[ ] Ja

Falls ja, wie?

[ ] Gespräche [ ] Schriftliche Information [ ] Elternabende

[ ] Besuche im Kindergarten [ ] Hausbesuche

[ ] Nein

Gab es etwas, das Ihnen gefehlt hat, bei dem Sie mehr Unterstützung gebraucht hätten?

[ ] Ein Kursangebot für Eltern und Kinder, die sich mit dem Thema Einstieg in den Kindergarten und den Problemen beschäftigen.

[ ] Kennenlernen der Erzieherinnen.

[ ] Ein gemeinsamer Einstieg in die Kita über

[ ] mehrere Tage. [ ] mehrere Wochen.

[ ] Ein gezieltes Kennenlernen der anderen Eltern und der Kinder.

[ ] Gar nichts.

Irgendwann ist es dann soweit, dass Ihr Kind in die Schule kommt. Was beschäftigt Sie, wenn Sie daran denken?

[ ] Ich frage mich, ob mein Kind von den Lehrern angenommen wird.

[ ] Ich frage mich, ob sich mein Kind im System Schule wohlfühlt.

[ ] Ich frage mich, ob mein Kind die Leistungsanforderungen erfüllen wird.

[ ] Ich frage mich, wie ich mit meinem Kind in dieser Übergangszeit umgehen soll.

[ ] Ich bin unsicher, wie der Kontakt zu den Lehrern sein wird.

[ ] Ich war im Kontakt mit den Lehrern unsicher.

[ ] Ich frage mich, wie viel ich mein Kind in der Schule unterstützen muss.

[ ] Sonstiges_____

Vielleicht haben Sie ja bereits ein Schulkind in der Familie – wie wurden Sie vom Kindergarten und der Schule auf den Wechsel vorbereitet?

[ ] Gespräche [ ] Schriftliche Information

[ ] Elternabende [ ] Kindergartenbesuche

[ ] Besuche in der Schule [ ] Hausbesuche

Wo könnten Sie noch Unterstützung gebrauchen?

[ ] Ein Kursangebot für Eltern und Kinder, die sich mit dem Thema Einstieg in den Schule und deren Probleme beschäftigen.

[ ] Frühzeitiger Kontakt zum Klassenlehrer.

[ ] Ein gemeinsamer Einstieg in die Schule über
[ ] mehrere Tage.
[ ] mehrere Wochen.

[ ] Informationsabende zu Schulthemen (Hausaufgaben, Regeln in der Schule, Lerninhalte).

[ ] Ein gezieltes Kennenlernen und Kontakt zu den anderen Eltern.

[ ] Gar nicht.

[ ] Sonstiges_____

5. Allgemeines

Wo sollten Ihrer Meinung nach Angebote für Familien stattfinden?

[ ] In der Kita.

[ ] In den Räumen der Kirchengemeinde/Räumen des Ortsvereins.

[ ] Im privaten Umfeld.

[ ] In öffentlichen Räumen (wie VHS, Familienbildungsstätte etc.).

Zu welchen Zeiten würde es Ihnen am besten passen?

[ ] vormittags [ ] nachmittags [ ] abends

[ ] am Wochenende

Würden Sie für Angebote Kosten in Kauf nehmen?

[ ] Nur kostenfrei. [ ] Ja, falls die Kosten gering sind.

[ ] Es ist für mich selbstverständlich, dass Angebote etwas kosten.

[ ] Sonstiges: _____

Was dürfte Ihrer Meinung nach eine Veranstaltung kosten, die 3 Stunden dauert?

[ ] 1 – 3 EUR [ ] 3 – 5 EUR

[ ] 5 – 8 EUR [ ] Mehr als 8 EUR

Wie lange sollten Angebote sein bzw. wie häufig sollen Sie stattfinden?

[ ] wöchentlich [ ] monatlich [ ] Wochenendveranstaltung

[ ] einmalige Aktionen [ ] Sonstiges, bitte angeben:_____

Sollten die Angebote für Eltern und Kinder zusammen stattfinden?

[ ] Nur Eltern [ ] Nur Kinder [ ] Kommt auf das Thema an

[ ] Beide zusammen

Vielleicht haben sie ja bisher noch an keinem Angebot mitgemacht. Warum nicht?

[ ] Es gab keine Angebote, die mich interessiert hätten.

[ ] Die Kurse waren räumlich zu weit entfernt oder es war zu schwierig, hinzukommen.

[ ] Die Kosten waren zu hoch.

[ ] Ich wollte mich nicht mit anderen austauschen.

[ ] Ich kenne keine Angebote.

[ ] Kein Interesse.

[ ] Keine Zeit.

[ ] Sonstiges, bitte angeben:_____

Anhang 2 : Fragebogen zum Thema Elternbildung (Kreis Lippe)

Name der Einrichtung/ Ansprechpartner:

Anschrift:

Datum:

Zur Erfassung aller Elternbildungsangebote im Kreis Lippe bitten wir Sie, die folgenden Fragen bezüglich ihrer Einrichtung bis zum 15.07.2010 zu beantworten und anschließend an den Kreis Lippe, Frau Pollmeier, Felix-Fechenbachstr.5, 32756 Detmold zu senden.

Bei Rückfragen können sie sich jederzeit bei Frau Pollmeier melden unter Tel. 05231-624880.

Bei der Beantwortung der Fragen ist es wichtig zu erfahren in welcher Stadt bzw. Gemeinde die Veranstaktung durchgeführt wird. Deshalb wurden den Gemeinden Ziffern zugeordnet, die Sie bitte immer vor jede von Ihnen genannte Veranstaltung setzen.

Städte und Gemeinden in Lippe:

1. Bad Salzuflen
2. Barntrup
3. Blomberg
4. Detmold
5. Horn-Bad Meinberg
6. Lage
7. Lemgo
8. Lügde
9. Oerlinghausen
10. Schieder-Schwalenberg
11. Augustdorf
12. Dörentrup
13. Extertal
14. Kalletal
15. Leopoldshöhe
16. Schlangen

	Ziffer der Gemeinde		13					
	Anzahl der Veranstaltungen		2					
	Thema/ Titel des Angebots		Kurs XY					
Schwerpunkt des Angebots	Erziehungsfähigkeit		X					
	Vereinbarkeit von Familie und Beruf							
	Gesundheit							
	Alltagskompetenz							
	Paar- Elternbeziehung							
	Kooperationspartner		Frau XY von Täger XY					
Umfang des Angebots	Einzelveranstaltung							
	2-5 Termine							
	6-12 Termine		X					
	Fortlaufend							
Zielgruppe des Angebots	Alle Eltern		X					
	Alleinerziehende Eltern							
	Junge Eltern							
	Bildungsungewohnte Eltern							
	Eltern mit Migrationshintergrund							
	Mütter							
	Väter							
	Angebot für Eltern und Kinder							
	Angebot nur für Eltern		X					

1. Welche Angebote haben in Ihrer Einrichtung im Kalenderjahr 2009 stattgefunden? (Kurse, Seminare oder Veranstaltungen zum Thema Erziehungskompetenz, Wissensvermittlung, Informationsaustausch oder die Möglichkeit zu Begegnungen)

2. Geplante, allerdings NICHT durchgeführte Angebote in Ihrer Einrichtung?

	Ziffer der Gemeinde							
	Anzahl der Veranstaltungen							
	Thema/ Titel des Angebots							
Schwerpunkt des Angebots	Erziehungsfähigkeit							
	Vereinbarkeit von Familie und Beruf							
	Gesundheit							
	Alltagskompetenz							
	Paar- Elternbeziehung							
	Kooperationspartner							
Umfang des Angebots	Einzelveranstaltung							
	2-5 Termine							
	6-12 Termine							
	Fortlaufend							
Zielgruppe des Angebots	Alle Eltern							
	Alleinerziehende Eltern							
	Junge Eltern							
	Bildungsungewohnte Eltern							
	Eltern mit Migrationshintergrund							
	Mütter							
	Väter							
	Angebot für Eltern und Kinder							
	Angebot nur für Eltern							

3. Bietet Ihre Einrichtung Aktivitäten an, die den Übergang vom Elternhaus in die Kindertageseinrichtung unterstützen?

[ ] nein [ ] ja falls ja, mit welchen Angeboten werden die Eltern und Kinder in dieser Zeit unterstützt?

[ ] Infoveranstaltung für Eltern [ ] freizeitorientierte Aktivitäten für Eltern und Kinder

[ ] Hospitation/ Schnuppertage [ ] Elterngespräche

[ ] gezieltes Kennenlernen und Kontaktaufnahme unter den Eltern

[ ] sonstiges _____

_____

3.1. Sind die oben genannten Aktivitäten Bestandteil eines Gesamtkonzeptes?

[ ] nein [ ] ja falls ja, welches? _____

_____

4. Bietet Ihre Einrichtung Aktivitäten an, die den Übergang vom Kindergarten in die Schule unterstützen?

[ ] nein [ ] ja falls ja, mit welchen Angeboten werden die Eltern und Kinder in dieser Zeit unterstützt?

[ ] spezifische Vorbereitung der Schulkinder

[ ] Infoveranstaltung für Eltern

[ ] freizeitorientierte Aktivitäten für Eltern und Kinder

[ ] Schnuppertage für Eltern und Kinder in der Schule

[ ] Besuche der Schulkinder in der Kindertageseinrichtung

[ ] Lehrerbesuche in der Kindertageseinrichtung

[ ] Elterngespräche

[ ] gezieltes Kennenlernen und Kontaktaufnahme unter den Eltern

[ ] Austausch der Entwicklungsbögen/ Beobachtungsbögen der Kinder

[ ] Sonstiges _____

_____

4.1. Sind die oben genannten Aktivitäten Bestandteil eines Gesamtkonzeptes?

[ ] nein [ ] ja falls ja, welches? _____

Vielen Dank, dass Sie sich Zeit genommen haben die Fragen zu beantworten!

Anhang 3: Fragebogen zum Thema Elternbildung (Kreis Lippe)

Name der Einrichtung/ Ansprechpartner:

Anschrift:

Datum:

Zur Erfassung aller Elternbildungsangebote im Kreis Lippe – von Geburt bis zum Übergang der Kinder in eine weiterführende Schule – bitten wir Sie, die folgenden Fragen bezüglich ihrer Einrichtung bis zum 15.07.2010 zu beantworten.

1. Welche Angebote haben in Ihrer Einrichtung im Kalenderjahr 2009 stattgefunden? (Kurse, Seminare oder Veranstaltungen zum Thema Erziehungskompetenz, Wissensvermittlung, Informationsaustausch oder die Möglichkeit zu Begegnungen)

	Thema/ Titel des Angebots		2x Kurs xy					
Schwerpunkt des Angebots	Erziehungsfähigkeit		X					
	Vereinbarkeit von Familie und Beruf							
	Gesundheit							
	Alltagskompetenz							
	Paar- Elternbeziehung							
	Kooperationspartner		Frau XY von Träger XY					
Umfang des Angebots	Einzelveranstaltung							
	2-5 Termine							
	6-12 Termine		X					
	Fortlaufend							
Zielgruppe des Angebots	Alle Eltern		X					
	Alleinerziehende Eltern							
	Junge Eltern							
	Bildungsungewohnte Eltern							
	Eltern mit Migrationshintergrund							
	Mütter							
	Väter							
	Angebot für Eltern und Kinder							
	Angebot nur für Eltern		X					

2. Geplante, allerdings NICHT durchgeführte Angebote in Ihrer Einrichtung?

	Thema/ Titel des Angebots		2x Kurs xy					
Schwerpunkt des Angebots	Erziehungsfähigkeit		X					
	Vereinbarkeit von Familie und Beruf							
	Gesundheit							
	Alltagskompetenz							
	Paar- Elternbeziehung							
	Kooperationspartner		Frau XY von Träger XY					
Umfang des Angebots	Einzelveranstaltung							
	2-5 Termine							
	6-12 Termine		X					
	Fortlaufend							
Zielgruppe des Angebots	Alle Eltern		X					
	Alleinerziehende Eltern							
	Junge Eltern							
	Bildungsungewohnte Eltern							
	Eltern mit Migrationshintergrund							
	Mütter							
	Väter							
	Angebot für Eltern und Kinder							
	Angebot nur für Eltern		X					

3. Bietet Ihre Einrichtung Aktivitäten an die den Übergang vom Elternhaus in die Kindertageseinrichtung unterstützen?

[ ] nein [ ] ja

falls ja, mit welchen Angeboten werden die Eltern und Kinder in dieser Zeit unterstützt?

[ ] Infoveranstaltung für Eltern

[ ] freizeitorientierte Aktivitäten für Eltern und Kinder

[ ] Hospitation/ Schnuppertage

[ ] Elterngespräche

[ ] gezieltes Kennenlernen und Kontaktaufnahme unter den Eltern

[ ] Sonstiges _____

3.1. Sind die oben genannten Aktivitäten Bestandteil eines Gesamtkonzeptes?

[ ] nein [ ] ja

falls ja, welches? _____

---

4. Bietet Ihre Einrichtung Aktivitäten an, die den Übergang vom Kindergarten in die Schule unterstützen?

[ ] nein [ ] ja

falls ja, mit welchen Angeboten werden die Eltern und Kinder in dieser Zeit unterstützt?

[ ] spezifische Vorbereitung der Schulkinder

[ ] Infoveranstaltung für Eltern

[ ] freizeitorientierte Aktivitäten für Eltern und Kinder

[ ] Schnuppertage für Eltern und Kinder in der Schule

[ ] Besuche der Schulkinder in der Kindertageseinrichtung

[ ] Lehrerbesuche in der Kindertageseinrichtung

[ ] Elterngespräche

[ ] gezieltes Kennenlernen und Kontaktaufnahme unter den Eltern

[ ] Austausch der Entwicklungsbögen/ Beobachtungsbögen der Kinder

[ ] Sonstiges _____

4.1. Sind die oben genannten Aktivitäten Bestandteil eines Gesamtkonzeptes?

[ ] nein [ ] ja

falls ja, welches? _____

Anhang 4:
Fragebogen an Fachleute (Kreis Lippe)

1.Fragen zur Person

[ ] weiblich [ ] männlich

Tätig als [ ] Erzieher/-in [ ] Lehrer/-in [ ] Hebamme

---

2. Familienbildungsbedarf

Erläuterung des Begriffs Familienbildung, ohne konkrete Beispiele zu nennen.
Anschließend offene Fragen zu Bedarf und Wünschen in diesem Bereich.

Welche Themen beschäftigen aus Ihrer Sicht Eltern?

[ ] Erziehungsfähigkeit

- [ ] Strukturen schaffen [ ] Grenzen setzen
- [ ] Erziehungsstil finden [ ] Sonstiges_____

[ ] Alltagskompetenz

- [ ] Finanzielle Regelungen [ ] Alltagsstruktur
- [ ] Angemessene Kleidung [ ] Sonstiges_____

[ ] Vereinbarkeit von Familie und Beruf

- [ ] Gesundheitserziehung [ ] Hygiene
- [ ] Ernährung [ ] Bewegung
- [ ] Sonstiges_____

[ ] Paarbeziehungsfragen

Gibt es Themen, mit denen Eltern sich aus Ihrer professionellen Sicht beschäftigen sollten?

[ ] Erziehungsfähigkeit

- [ ] Strukturen schaffen [ ] Grenzen setzen
- [ ] Erziehungsstil finden [ ] Sonstiges_____

[ ] Alltagskompetenz

- [ ] Finanzielle Regelungen [ ] Alltagsstruktur
- [ ] Angemessene Kleidung [ ] Sonstiges_____

[ ] Vereinbarkeit von Familie und Beruf

[ ] Gesundheitserziehung [ ] Hygiene

[ ] Ernährung [ ] Bewegung

[ ] Sonstiges_____

[ ] Paarbeziehungsfragen

Haben Sie Ideen, welche Zielgruppen besonderen Unterstützungsbedarf haben?

[ ] Bildungsungewohnte Familien

[ ] Besonders junge Familien (Geburt des Kindes bei der Mutter unter 21)

[ ] Alleinerziehende

[ ] Familien mit Migrationshintergrund

[ ] Ich habe keine Idee

---

3. Bildungsübergänge (für Erzieherinnen)

Welche Themen beschäftigen Eltern, wenn sie ihr Kind in einer Kindertageseinrichtung angemeldet haben?

Eltern sind unsicher, ob ihr Kind von der Erzieherin angenommen wird.
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Eltern sind unsicher, ob sich ihr Kind in der Gruppe wohl fühlt.
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Eltern sind unsicher, ob sich ihr Kind von ihnen verlassen fühlt.
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Eltern sind unsicher, wie sie mit ihrem Kind in dieser Übergangszeit umgehen sollen.
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Eltern fällt es schwer, sich von ihrem Kind zu trennen.
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Eltern scheuen den Kontakt zu der Erzieherin.
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Eltern sind unsensibel für die Aufgaben, die ihr Kind in dieser Übergangsphase bewältigen muss.
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Eltern interessieren sich für die Möglichkeit der Beteiligung im Kitabereich.
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Sonstiges_____

Was ist für die Kinder im Übergang wichtig?

Berücksichtigen des jeweiligen Entwicklungsstandes der Kinder im Übergang.
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Anschluss in Kindergruppe finden.
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Aufbau des Kontakts/Vertrauen zu den Erzieherinnen.
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Erfahrung der geteilten Aufmerksamkeit der Erzieherin/Bezugsperson.
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Orientierung in den Räumlichkeiten.
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Orientierung in den Abläufen und Regeln.
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Aufbau von Kontakten zu Gleichaltrigen.
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Sonstiges _____

Wie hilfreich und notwendig sind spezielle Angebote und Maßnahmen für

a) Kinder im Übergang Familie – Kindertageseinrichtung
[ ] unverzichtbar [ ] ist hilfreich [ ] muss man nicht unbedingt

b) Eltern im Übergang Familie – Kindertageseinrichtung
[ ] unverzichtbar [ ] ist hilfreich [ ] muss man nicht unbedingt

---

Was sind aus Ihrer Sicht wichtige Themen beim Übergang der Kinder von der Kindertageseinrichtung in die Schule für Eltern?

Eltern sind unsicher, ob ihr Kind von den Lehrern angenommen wird.
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Eltern sind unsicher, ob sich ihr Kind in dem System Schule wohl fühlt.
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Eltern sind unsicher, ob ihr Kind die Leistungsanforderungen bewältigt.
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Eltern sind unsicher, wie sie mit ihrem Kind in dieser Übergangszeit umgehen sollen.
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Eltern sind unsicher, wie sie ihr Kind beim Lernen unterstützen können.
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Eltern haben klare Leistungsanforderungen an ihre Kinder.
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Eltern wünschen sich regelmäßig Kontakt zu den Lehrern.
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Eltern sind unsicher und scheuen den Kontakt zu Lehrern.
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Eltern sehen in dem Übergang keine besondere Herausforderung für ihre Kinder.
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Eltern interessieren sich für eine aktive Mitarbeit in der Schule.
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Sonstiges_____

Welche Aspekte sind in Bezug auf die Kinder im Übergang wichtig?

Berücksichtig des jeweiligen Entwicklungsstandes der Kinder im Übergang.
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Anschluss in der Klasse finden.
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Kontakt zum Lehrer bekommen
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Orientierung in den Räumlichkeiten.
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Orientierung in den Abläufen und Regeln
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Erfahrung der klaren Anforderungen (Hausaufgaben, Material usw.).
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Erwartung erhöhter Selbstständigkeit.
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Anforderungen an Anpassungsfähigkeit der Kinder (in Hinblick auf das verringerte Einschulungsalter).
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Fähigkeit, mit Leistungserwartungen umzugehen.
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Sonstiges_____

Wie hilfreich und notwendig sind spezielle Angebote und Maßnahmen für

c) Kinder im Übergang Kindertageseinrichtung – Schule
[ ] unverzichtbar [ ] ist hilfreich [ ] muss man nicht unbedingt

d) Eltern im Übergang der Kinder Kindertageseinrichtung – Schule
[ ] unverzichtbar [ ] ist hilfreich [ ] muss man nicht unbedingt

---

3.1 Bildungsübergänge (für Lehrer)

Was sind aus Ihrer Sicht wichtige Themen beim Übergang der Kinder in die Schule für Eltern?

Eltern sind unsicher, ob ihr Kind von den Lehrern angenommen wird.
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Eltern sind unsicher, ob sich ihr Kind in dem System Schule sich wohl fühlt.
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Eltern sind unsicher, ob ihr Kind die Leistungsanforderungen bewältigt.
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Eltern sind unsicher, wie sie mit ihrem Kind in dieser Übergangszeit umgehen sollen.
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Eltern sind unsicher, wie sie ihr Kind beim Lernen unterstützen können.
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Eltern haben klare Leistungsanforderungen an ihre Kinder.
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Eltern wünschen sich regelmäßig Kontakt zu den Lehrern.
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Eltern sind unsicher und scheuen den Kontakt zu Lehrern.
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Eltern sehen in dem Übergang keine besondere Herausforderung für ihre Kinder.
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Aktive Beteiligung der Eltern.
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Sonstiges_____

Was ist für die Kinder im Übergang wichtig?

Berücksichtigung des jeweiligen Entwicklungsstandes der Kinder im Übergang.
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Anschluss in der Klasse finden.
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Kontakt zu den Eltern haben.
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Orientierung in den Räumlichkeiten.
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Orientierung in den Abläufen und Regeln.
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Erfahrung der klaren Anforderungen (Hausaufgaben, Material usw.).
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Erwartung erhöhter Selbstständigkeit.
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Anforderungen an Anpassungsfähigkeit der Kinder (in Hinblick auf das verringerte Einschulungsalter).
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Fähigkeit mit Leistungserwartungen umzugehen.
[ ] trifft meistens zu [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Sonstiges_____

Wie hilfreich und notwendig sind spezielle Angebote und Maßnahmen für

e) Kinder im Übergang Kindertageseinrichtung – Schule
[ ] unverzichtbar [ ] ist hilfreich [ ] muss man nicht unbedingt

f) Eltern im Übergang der Kinder Kindertageseinrichtung – Schule
[ ] unverzichtbar [ ] ist hilfreich [ ] muss man nicht unbedingt

---

Unter welchen Bedingungen denken Sie, dass Eltern an Veranstaltungen und Angeboten teilnehmen?

Veranstaltungsort:
In der Kita/Familienzentrum: [ ] geeignet [ ] weniger geeignet

In der Schule : [ ] geeignet [ ] weniger geeignet

In der Praxis: [ ] geeignet [ ] weniger geeignetIn der Klinik

In den Räumen der Kirchengemeinde/
Räumen des Ortsvereins? [ ] geeignet [ ] weniger geeignet

Im häuslichen Umfeld? [ ] geeignet [ ] weniger geeignet

Sonstiges _____

Zeiten:
Welche Zeiten sind für Familienangebote am besten geeignet?

[ ] vormittags [ ] nachmittags

[ ] abends [ ] am Wochenende

Häufigkeit der Angebote:
Welcher Umfang von Veranstaltungen wird von Eltern bevorzugt angenommen?

[ ] Einzelveranstaltungen [ ] 2 – 5 Termine [ ] 6 – 12 Termine

[ ] fortlaufend (ohne zeitliche Begrenzung)

[ ] Wochenendveranstaltungen [ ] sonstige Veranstaltungsformen

---

Was hindert Ihrer Meinung nach Eltern an der Teilnahme an Familienbildungsangeboten?

Es gibt keine Angebote, die interessant sind.
[ ] Hauptgrund [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Sie haben zu wenig Zeit.
[ ] Hauptgrund [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Die Kurse sind räumlich zu weit entfernt oder es ist zu schwierig, hinzukommen.
[ ] Hauptgrund [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Die Angebotsform (Häufigkeit, Länge, Zeiten) ist nicht passend.
[ ] Hauptgrund [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Die Kosten sind zu hoch.
[ ] Hauptgrund [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Die Eltern scheuen die Kurssituation.
[ ] Hauptgrund [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Generelles Desinteresse an Familienbildung.
[ ] Hauptgrund [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

Sprachdefizite
[ ] Hauptgrund [ ] trifft teilweise zu [ ] trifft eher weniger zu

---

Welche Angebotsformen werden von Eltern bevorzugt angenommen

[ ] Eltern-Kindangebote

[ ] Elternangebote ohne Kinder

[ ] Elternangebote mit Kinderbetreuung

Notizen

Mehr Infos:
www.lernen-vor-ort.info

Lernen vor Ort – die Landkarte

* Die StädteRegion Aachen sowie der Regionalverband Saarbrücken werden zu den „kreisfreien Städten" gezählt.

Impressum

Herausgeber
Projektträger im Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (PT-DLR)
für das Bundesministerium für Bildung und Forschung
Abteilung Bildungsforschung

Heinrich-Konen-Str. 1
53227 Bonn
Telefon: 0228 3821 1322
Telefax: 0228 3821 1323
E-Mail: lernen-vor-ort@dlr.de

www.lernen-vor-ort.info

Die Verantwortung für den Inhalt tragen die zu den einzelnen Beiträgen genannten Autorinnen und Autoren.
Das Programm „Lernen vor Ort - Eine gemeinsame Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung mit deutschen Stiftungen" wird gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und vom Europäischen Sozialfonds der Europäischen Union.

Fotos / Abbildungen
PT-DLR und Projektnehmer im Rahmen des Programms, außer:
Titelfoto: www.dreamstime.com

Druck
vierC print+mediafabrik GmbH & Co. KG
Gustav-Holzmann-Straße 2
10317 Berlin

Satz/ Layout
HELLIWOOD media & education im fjs e.V.
Marchlewskistraße 27
10243 Berlin
www.helliwood.de

DLR Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V.
Projektträger im DLR

Lernen vor Ort
35 Modellkommunen aus 15 Bundesländern mit 180 Stiftungen

Das Programm „Lernen vor Ort“ ist zentraler Bestandteil der Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung und wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gemeinsam mit 180 deutschen Stiftungen, die sich in Grund- und Themenpatenschaften vor Ort engagieren, umgesetzt. 35 Kommunen entwickeln ein integriertes datengestütztes Bildungsmanagement auf kommunaler Ebene, das alle für das Handlungsfeld Bildung vor Ort relevanten Akteure einbezieht und zur systematischen Verbesserung der Angebotsstruktur in den beteiligten Kommunen beiträgt. Ziel ist die nachhaltige Entwicklung eines ganzheitlichen lokalen Bildungswesens, das allen Bürgerinnen und Bürgern bildungsbereichs- und lebensphasenübergreifend ermöglicht, ihre Bildungsbiografien erfolgreicher zu gestalten.

Programmstelle „Lernen vor Ort“

beim Projektträger im Deutschen Zentrum
für Luft- und Raumfahrt e. V. (PT-DLR)
für das Bundesministerium
für Bildung und Forschung

Heinrich-Konen-Straße 1
53227 Bonn

Telefon: 0228 3821 1322
Telefax: 0228 3821 1323
E-Mail: Lernen-vor-Ort@dlr.de

www.lernen-vor-ort.info

Gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung
ESF Europäischer Sozialfonds für Deutschland
EUROPÄISCHE UNION